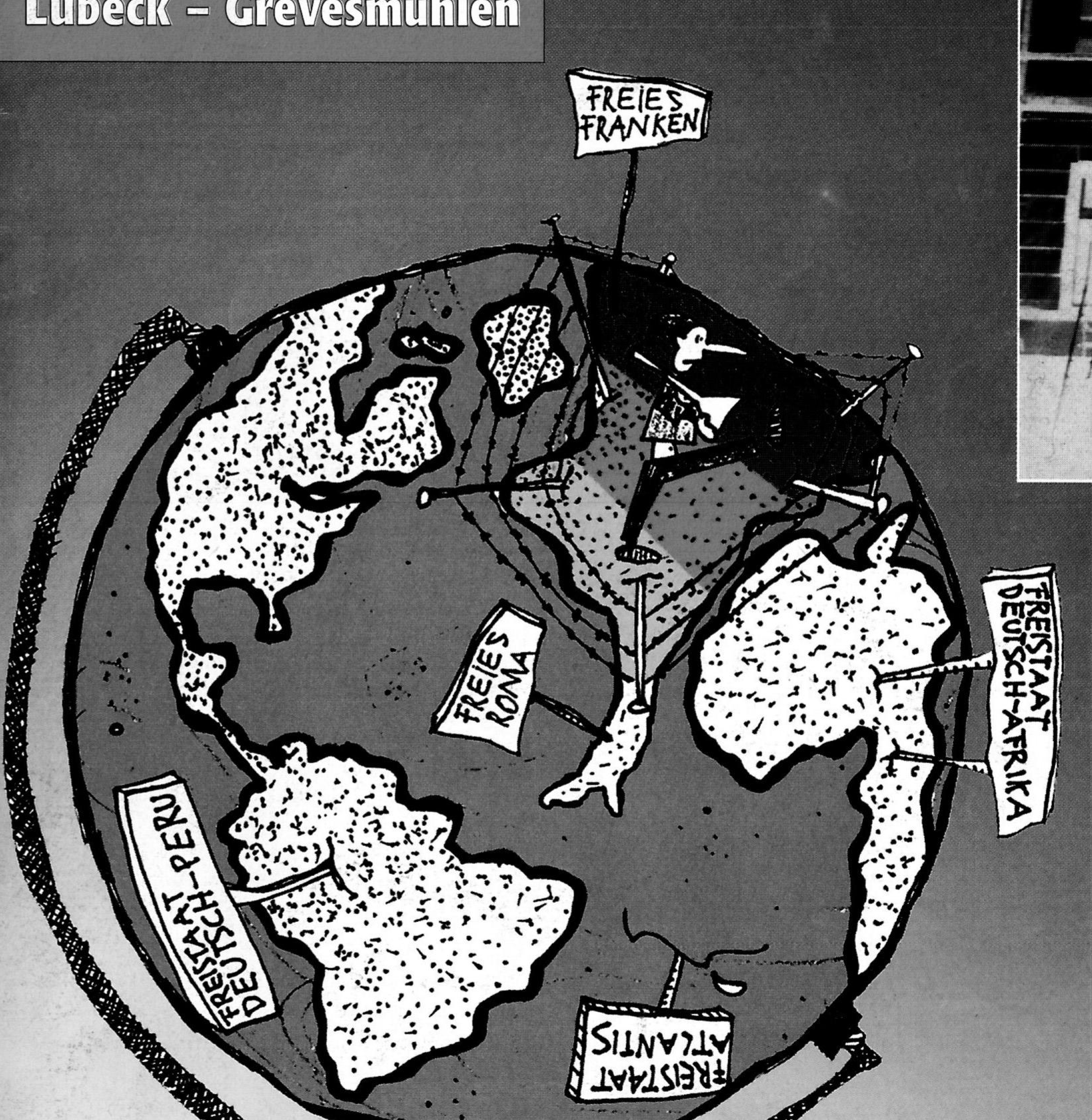
Antifaschistisches INFO BLATT 36

September/Oktober 1996 5,– DM



Regionalismus als Instrument für rechte Konzepte

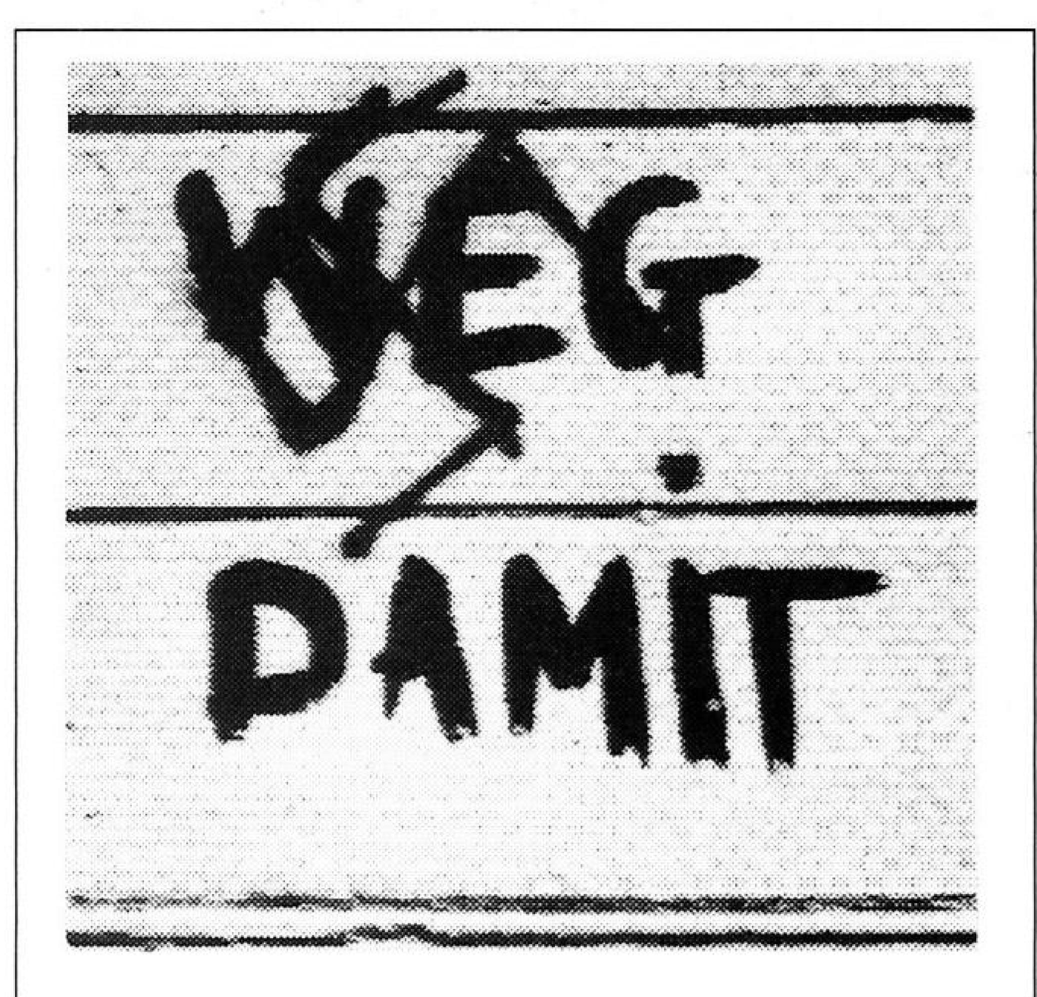
Lübeck – Grevesmühlen



Aufmärsche zum Heß-Todestag

Geschichte die Sudetendeutschen

1:1 für die Autonome Antifa (M)? – ein Interview



Antifaschistisches INFO-Blatt
Nr. 36, September/Oktober 1996
10. Jahrgang

Erscheinungsweise:
5x im Jahr

Herausgeber:
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Druckerei: Eigendruck

Konto: J. Lehmann, 411 960 - 105
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Preis: 5,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s. vorletzte Seite)

Nachdruck:
In Antifa-Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, andere Publikationen nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

Anzeigen:
Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Broschüren und Zeitungen bitte immer ein Exemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen!

Diese Ausgabe erscheint nun nach längerer Sommerpause mal wieder mit 52 Seiten und in verändertem Lay-out. Wir hoffen, es gefällt Euch.

Über weitere Anregungen, jegliche Informationen und LeserInnenbriefe freuen wir uns natürlich nach wie vor. Das Thema Geld ist leider immer noch nicht vom Tisch. Damit das Projekt auf finanziell sicheren Beinen stehen kann, brauchen wir von Euch auch weiterhin Spenden und Förderabos. Dafür schon einmal ein dickes »Danke schön!« im Voraus.

Ansonsten können wir Euch nur noch viel Spaß beim Lesen der Zeitung wünschen und hoffen, daß wir eure Ansprüche erfüllen.

die Redaktion

Neues von der Heimatfront - Parolen von gestern für heute und morgen

Regionalismus

Ein Gedankenexperiment

Im Jahr 2010 ist die völkische Neuordnung Europas fast vollendet. Das Ruhrgebiet hat sich aus dem deutschen Staatsverband verabschiedet und ist eine autonome Region der deutschen Polen geworden. Berlin-Kreuzberg hat gleichfalls der BRD den Rücken gekehrt und sich zur Republik der Deutschtürken erklärt und Lothar de Maizère ist wieder Staatschef, diesmal des Freistaates der Hugenotten in der Region Potsdam. In Frankreich haben sich einige Pariser Vorstädte unter dem grünen Banner des Islams selbständig gemacht und auch in den Niederlanden gärt es in einigen Regionen, die Siedlungsschwerpunkt der Einwanderer aus den ehemaligen Kolonien sind.

Regionalismus – oder die Heimatfront macht mobil



Nein, so soll die Zukunft Europas, ginge es nach dem Willen konservativer und neofaschistischer Regionalismus- und Volksgruppentheoretiker, keinesfalls aussehen. Zwar wollen sie ethnisch homogene Einheiten schaffen und fördern, die auch die Möglichkeit besitzen sollen, sich aus den bestehenden Staaten auszugliedern und neue Staaten zu bilden, doch gilt dieses Recht selbstverständlich nur für sog. »autochtone Völker«, mit dem »Boden verwurzelt, ihm blutsmäßig zugehörig«. Nur dann, so diese Theoretiker, kommen sie in den Genuß des Volksgruppenrechts. Schnell sieht die Zukunft ganz anders aus: Deutschland ist plötzlich ein Musterknabe, was den Schutz von Minderheiten anbelangt. Die Kultur der wenigen Friesen, Sorben und südschleswiger Dänen wird gehätschelt und gepflegt. Man kann sich dies leisten, geht doch von diesen Volksgruppen in keiner Weise eine Bedrohung der territorialen Integrität Deutschlands aus. Aber was ist mit den anderen Staaten? Sind nicht Frankreich, Italien, Belgien, Großbritannien usw. Völkergefängnisse, wie einst Jugoslawien und Rußland noch immer?

Regionalismus als paneuropäische und großdeutsche Interessenspolitik

Mangelnde Logik eines Konzeptes ist, wie so oft, ein Indiz dafür, daß es nicht um das Konzept an und für sich geht, sondern vielmehr um Interessenspolitik. Die Förderung sog. Volksgruppen in anderen europäischen Staaten bedeutet für Deutschland, das als weitgehend ethnisch homogen gedacht wird, eine Steigerung seines Gewichts im europäischen Vergleich.[1] Ebenso dienen Deutschland die zu einem größten Teil auf »öknomischem Interessen basierenden Euro-Regionen als Brückenköpfe deutscher Interessen in andere Staaten hinein. Hier wirkt deutsche Wirtschaftspolitik bei Umgehung der staatlichen Ebene der Nachbarn, direkt über die Grenzen hinweg.Weiter soll ein »Europa der Regionen« eine neue Supermacht Europa schaffen, mit der sich die Menschen identifizieren können. Ihre regionale »Verwurzelung« soll ihnen die Möglichkeit zur kritischen Distanzierung von der projektierten ökonomisch-militärischen neuen Supermacht Europa nehmen. Sie sollen so an eine europäische Identität herangeführt werden. Mit dieser pan(=groß)-europäischen Identität in den Köpfen der Menschen, die aus den Regionen wachsen soll, geht man dann an weltweite Interessenspolitik heran.

Gegner sind der zukünftigen panamerikanische und der panasiatische-Machblock. Deutschland wird, wenn dieses Konzept Realität werden sollte, Führungsmacht im europäischen Machtblock sein. Paneuropa und Großdeutschland schließen einander also nicht aus, sondern das eine ist Instrument und Voraussetzung des anderen.

Regionalismus ein Konzept der »Neuen Rechten« von 1871

Vielfach wird ein »Europa der Regionen« als ein Konzept der »Neuen Rechten« angesehen. Es ist zwar richtig, daß Nationalrevolutionäre wie Henning Eichberg und Wolfgang Strauss oder neurechte Vordenker wie Alain de Benoist, Piere Krebs oder Guillaume Faye dieser Form des Regionalismus anhängen, aber sie legen dieses Ordnungskonzept nur neu auf. Regionalismus, wie er in diesem Spektrum dargelegt wird, ist nichts weiter als die spezifisch deutsche Form des völkischen Imperialismus. Dieser deutsche Imperialismus mußte sich, wollte er in einer weitgehend bereits in Einflußsphären aufgeteilten Welt seinen »Platz an der Sonne« erkämpfen, Methoden bedienen, die es ihm ermöglichten, den Gegner zu schwächen und die erwünschten Einflußzonen in handliche Stücke zu zergliedern. *»Der Tag ist gekommen. (...) Die Geschicke ganzer Völker sind erneut zur Entscheidung gebracht. Mächtige Länderstrecken an unserer Grenze sind frei geworden. Neu entstehende Staatengebilde bedürfen der Anlehnung und des Schutzes. Dort hat keiner so ein gutes Recht wie wir. Wir sind ihre Nachbarn und Befreier. (...) Das Recht war mit uns, als wir das russische Reich in Stücke schlugen; das Recht war mit uns, als wir den befreiten Völkern ihre nationale Freiheit verbürgten«*[2]. Klingt ziemlich aktuell

oder? Ist aber ein Zitat aus dem deutschen Kaiserreich und stellt die Quintessenz des deutschen Imperialismus dar, die Prinz Max VON BADEN in einer Denkschrift aus dem Jahre 1918 darlegt[3]. Diese Denkschrift wiederum bezieht sich auf Konzepte, aus dem Auswärtigen Amt, wo Paul ROHRBACH die sog. »Orangentheorie« entwarf. Es ging um die Zerlegung des russischen Reiches in seine »natürlichen, geschichtlichen und ethnographischen Bestandteile: »*(...)Wie diese Frucht aus einzelnen leicht voneinander lösbaren Teilen besteht, so das russische Reich (...); man braucht diese nur voneinander abzulösen und ihnen eine gewisse Autonomie zu geben, so werde es leicht sein, dem russischen Großreich ein Ende zu bereiten.*«[4] Auf nichts anderes als auf diese »Orangentheorie« des spezifisch deutschen »ethischen« Imperialismus beruhen die programmatischen Aussagen des vermeintlich »neurechten Nationalrevolutionärs« Wolfgang Strauß, wenn er über seine Vorstellung von der »Befreiung« im Osten schreibt. Seine Idee der nationalen Befreiung der Völker vom »kommunistischen und großrussischen Joch« ist die konkretisierte Orangentheorie.[5]

Trotz daß all dies längst bekannt und verstanden sein müßte, fallen Teile der Linken auf diesen »ethischen« Imperialismus herein und solidarisieren sich undifferenziert mit nationalistischen oder regionalistischen Separatistenbewegungen. Die Krone aufgesetzt wird dem Ganzen, wenn das eigenen Unvermögen zur Analyse des spezifisch deutschen Imperialismus dazu führt, ihn als Querfrontstrategie einer »Neuen Rechten« auszugegeben.

Bioregionalismus oder »Blut und Boden«-Ideologie auf ökologisch

Aber nicht allein bezüglich nationalrevolutionärer Tendenzen und ihrer Auffassung von Regionalismus gab und gibt es Überschneidungen nach Links. Verstärkt und aktuell von besonderer Bedeutung existieren sie auch im Zusammenhang mit ökologisch orientierten Gruppen. Am Beispiel des Bioregionalismus[5] ist sowohl eine inhaltliche als auch organisatorisch-personelle Überschneidung zwischen ökofaschistischen Gruppen, Personen und Ideologien und Organisationen (z.B Earth First) in denen VeganerInnen aktiv sind zu erkennen. Bis in die PDS gehen über diese Schiene regionalistische Konzepte von ökofaschistischer Seite[6]. Tendenzen, daß über die Ideologie des Bioregionalismus ökofaschistische Positionen in breite Kreise der Öffentlichkeit der BRD einsickern, gilt es für die antifaschistische Bewegung entgegenzutreten. Es gilt einer Entwicklung, wie in den USA entgegenzutreten, wo Bioregionalismus bereits zum bestimmenden Konzept innerhalb der Ökologiebewegung geworden ist.

Regionalismus nichts als eine Hülle diverser Spezialinteressen

Weshalb der Regionalismus eine solche Verbreitung fand, läßt sich am von Andreas MÖLZER und Jürgen HATZENBICHLER herausgegebenen Buch »Europa der Regionen«[7] exemplarisch nachvollziehen. Sie selbst formulieren einen Regionalismus, den folgende Aspekte kennzeichnen: Im wesentlichen beziehen sie sich auf eine Einteilung der Regionen entlang völkisch-ethnischer Kriterien. Ökonomische motivierte Regionalismuskonzepte sind für sie nur zweitrangig. Ökologisch motivierten bioregionalistischen Ansätzen erteilen sie in sofern eine Absage, als sie unter ihnen lediglich eine Zusammenarbeit in Sachen Umweltschutz über den Grenzen hinweg verstehen. Bioregionalistische Inhalte im eigentlichen Sinne finden sich bei ihnen nicht. Sehr gut kann am Buch Mölzers und Hatzenbichlers aber nachvollzogen werden, daß Regionalismus ganz ähnlich dem Nationalismus nur eine Hülle ist, unter der sich verschiedene Spezialinteressen verbergen. So ist das Interesse, das Umberto BOSSI von der italienischen Lega Nord zum Regionalisten werden ließ, ein wohlstandschauvinistisches. Bossi geht es darum, den ärmeren italienischen Süden abzuschütteln und Argumente, in denen er das organisierte Verbrechen, also die Mafia, gegen die es sich abzuschotten gelte, thematisiert, sind seine populistische Munition bei der Durchsetzung dieses Interesses.

Das gleiche Muster findet sich in den Positionen des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei Sloweniens Joze PUCNIK. Sein Interesse als Slowene am separatistischen Regionalismus war die Herauslösung Sloweniens aus dem jugoslawischen Staatsverband. Zielperspektive hier: die Aufnahme Sloweniens in die EG. Ohne eine Loslösung vom jugoslawischen Staat wäre eine Aufnahme Sloweniens in die reiche Gemeinschaft der EG-Staaten ebenso undenkbar, wie die Kroatiens. Das Interesse Christian WALDNERS als ehemaliger Vorsitzender der Jugendorganisation der Südtiroler Volkspartei und jetziger Vorsitzender der Südtiroler Freiheitlichen liegt darin »*wieder zum Vaterland Österreich*« zurückzukehren.

Da aber eine Forderung nach direktem Anschluß nicht sehr populär war, »forderte man nun einen Freistaat Südtirol.[8]«

Um die Nation Europa sorgt sich der Volksgruppenexperte Guy HERAUD. Ziel seines Regionalismus ist es regionale Identitäten zu fördern, die dann zur europäischen Identität zusammenwachsen. In seinem Vortrag, den er vor dem von den Freiheitlichen mitorganisierten Kongreß der Volksgruppen hielt, ging es ihm darum, »tiefe Strukturen, die ein kollektives Unbewußtes der Völker offenbaren«, einen »zweiten genetischen Code« ins Feld zu führen, um ein Europa der Volksgruppen und Regionen zu fordern. All diese pseudowissenschaftlichen Argumente dienen ihm letztlich aber nur dazu, »die Souveränität auf eine höhere Ebene, auf Europa, zu verlegen.«[9] Es geht ihm darum die künftige Supermacht Europa nach innen heimelig zu gestalten, auf daß die Menschen in dieser Supermacht sich mit ihr identifizieren.

Das Erfolgsrezept des Regionalismus und nationalistischen Separatismus ist es, ein Konzept für alle zu sein: Wohlstandschauvinisten und anti imperialistische Entkolonialisierer, Ökologen und Revanchisten, Paneuropäer und provinzielle Volkstümler, sie alle können sich für den Regionalismus erwärmen. ■

1) vgl. dazu den Artikel »80 Millionen + X« in dieser Ausgabe des Info-Blattes

2) Prinz Max von Baden: Denkschrift über den ethischen Imperialismus vom 20.3.1918, zitiert nach: Opitz, Reinhard (Hg): Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Bonn 1994, S.437f.

3) Mogk, Walter: Paul Rohrbach und das »Größere Deutschland«. Ethischer Imperialismus im Wilhelminischen Zeitalter, München 1972, S.19, zitiert nach: ebd., S.42

4) vgl. dazu: z.B. Strauß, Wolfgang: Revolution gegen Jalta, insb. das Kapitel »Völkerfrühling im Vielvölkerstaat«, Berg am See 1982.

5) vgl. dazu: Artikel »Bioregionalismus« in dieser Ausgabe des Antifaschistischen Info-Blattes

6) vgl. dazu: Artikel »Bioregionalismus« in dieser Ausgabe des AIB's;

so diskutierte z.B. Lothar Bisky im April öffentlich mit Rudolf Bahro und fand, als dieser sein Konzept ausbreitete, daß ihn in der Hauptsache nur die mystischen Aspekte der Positionen Bahros stören würden.

7) Mölzer; Hatzenbichler: Europa der Regionen, Graz 1993

8) Waldner, Christian: Europäische Region Tirol, in: ebd., S. 66

9) alle Zitate aus: Heraud, Guy: Ein Europa der Völker und Regionen, in: ebd., S. 29ff.

Regionalismus als Instrument des Revanchismus

80 Millionen + X Deutsche

»*Jetzt geht es um nicht mehr und nicht weniger, als um den dritten Versuch in diesem Jahrhundert, Europa neu zu ordnen,*«1 beschrieb Bernd Posselt, Mitglied des Europäischen Parlamentes, geschäftsführender Vizepräsident der Paneuropa Union Deutschland und Vizeprädident der Sudetendeutschen Landsmannschaft 1991 das Bestreben der Revanchisten. Die Instrumente für die angestrebte Neuordnung Europas sind der Regionalismus und das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Volksgruppen.



Der alte und neue Ministerpräsident Tschechiens ist kein Freund des Regionalismus. Er befürchtet, daß »*die Euroregionen faktisch alle gemeinsamen Beziehungen, die auf der Ebene der Regierungen abgehandelt wurden, liquidieren.*«[2] Des einen Befürchtungen sind des anderen Hoffnungen. So diskutiert man beim ultra-revanchistischen WITIKOBUND und in der SUDETENDEUTSCHEN LANDSMANNSCHAFT »*im Rahmen der anstehenden Neuordnung Europas (...), daß Krisengebiete und unausgewogene Provisorien in europäische Regionen überführen werden.*«[3] »Unausgewogene Provisorien«? Darunter verstehen die Vertriebenenorganisationen jene Gebiete in Europa, auf die sie noch immer Anspruch erheben. Sie fordern, bzw. engagieren sich in bestehenden Euroregionen in Polen, Tschechien, Italien aber auch Rußland. Wenn sie von Regionalismus sprechen, meinen sie Revanche für die Niederlagen Deutschlands in den beiden Weltkriegen und die Revision der Ergebnisse dieser Kriege. Daher gehen die Befürchtungen des tschechischen Ministerpräsidenten nicht falsch. Es geht den Vertriebenenorganisationen und ihrem Spitzenverband dem BUND DER VERTRIEBENEN (BdV) tatsächlich darum, die Souveränität nicht allein Tschechiens zu unterminieren. Ihre Strategie lautet: Teile des Territoriums der schwachen Partnern, und dies sind Polen, Tschechien und Rußland gegenüber Deutschland, in Euroregionen einzubinden, also verstärkt in das Gravitationsfeld des ökonomisch und politische Starken zu ziehen und sie letztlich aus dem alten Staatsverband herauszulösen.

Vor Ort umgesetzt wird die Strategie, als kulturelle Aktivitäten getarnt, von den Heimatkreisgliederungen der Landsmannschaften im BdV. Kontakte dieser untersten Chargen des BdV zu Neofaschisten, wie Manfred ROEDER oder Dietmar MUNIER und die Unterstützung ihrer Projekte in der Region Kaliningrad werden vom BdV offensichtlich zumindest toleriert. Es ist die alte Strategie der »Chemische Auflösung« Ernst VON WEIZSÄCKERS, dem zweiten Mann im Auswärtigen Amt des NS-Staates, die hier im neuen Gewand daherkommt.

Neben dem BdV, dessen Präsident Fritz WITTMANN von »peaceful change« spricht, wenn er über diese Strategie redet, ist die PANEUROPA UNION (PEU) des Otto VON HABSBURG eine tragende Säule des bundesdeutschen Revanchismus. Die PEU agiert auf europäischer Ebene. Ihr internationaler Präsident Otto von Habsburg ist außenpolitischer Sprecher für die EVP-Fraktion des Europäischen Parlamentes und außenpolitischer Berater der CSU-nahen HANS-SEIDEL-STIFTUNG, die bekanntlich die Führung der Slowakei dahingehend beriet, den tschechoslowakischen Staat aufzulösen. Für Otto von Habsburg ist »*die Grenze, die (...) in Jalta durch Nichteuropäer durch unseren Kontinent gezogen wurde, keine gültige Grenze.*«[4] Eine Argumentation, die an Carl SCHMITTS Abhandlung »Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte« erinnert. Nach Schmitts darf nur eine Hegemonialmacht, die dem jeweiligen Raum entstammt, diesen ordnen. Dem zentralen Reich eines Raumes folgen die Satelitenstaaten dann ohne Zwang, strahlt doch dieses Reich seine Ordnung, die von Schmitt als aus dem Raum gewachsen gedacht wird, auf eben jenen wieder aus.[5] An eine solche quasi naturwüchsige Ordnung denkt auch Otto von Habsburg, wenn er von natürlichen Gemeinschaften redet, die den Unterbau eines neugeordneten und zur Supermacht aufsteigenden Europas abgeben sollen. Als innere Ordnung favorisieren die PEU´ler ein Europa der Völker, Volksgruppen und Regionen, daß nach außen als »*neue Supermacht vom Atlantik bis zur Ukraine*«[6] gegen die beiden anderen zukünftigen Machtblöcke Nordamerika mit der Führungsmacht USA und dem ostasiatischen Machblock mit der Führungsmacht Japan antritt.

Wer die Führungsmacht des europäischen Machblockes sein wird, nimmt die Struktur der PEU bereits vorweg. In der PEU dominiert eindeutig die deutsche Sektion. Diese Dominanz resultiert aus der Tatsache, daß 1974 vom Witikonen Rudolf WOLLNER die PEU zu einer Massenorganisation umgebaut wurde, indem die meisten Landsmannschaften der Vertriebenen der PEU beitraten. So verfügte die deutsche Sektion mit einem Schlag über einige Millionen Mitglieder

und ist nun die bestimmende Sektion in der PEU. Damals wurde die PEU gezielt von den Revanchisten als ihre europapolitische Speerspitze aufgebaut, nachdem diverse Europakongresse des BdV, die ebenfalls von Rudolf Wollner angeregt wurden, nicht die gewünschte Wirkung zeigten.

Aufgrund dieser Konstellation ist es auch nicht verwunderlich, in wessem Interesse das von der PEU angestrebte völkisch neugegliederte Europa liegt. Hier haben in erster Linie die Vertriebeneverbände zu gewinnen. Eine in den östlichen Nachbarstaaten und dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion organisierte deutsche Minderheit, möglichst zu regionalen Siedlungsschwerpunkten zusammengefaßt, wird, nicht wie es in offiziellen Verlautbarungen der deutschen Regierung heißt, als Brücke zwischen Ost und West, sonder als Brückenkopf des deutschen Revanchismus und völkischen Imperialismus benutzt. Im Interesse Deutschlands, das als ethnisch homogen gedacht im Gegensatz zu allen anderen europäischen Staaten an Masse gewinnt, wenn die angestrebte völkische Neuordnung Realtität werden sollte, liegen die Vorstöße der PEU im Europaparlament in Sachen Volksgruppenrechte.

Dem Zweck der Mehrung, Sammlung und des Zusammenhaltes der sog. AUSLANDSDEUTSCHEN, dienen die Aktivitäten des VEREINS FÜR DAS DEUTSCHTUM IM AUSLAND (VDA). In enger Koordination mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesinnenministerium geht der VDA seinen Geschäften nach.[7] Zentrale Person ist Horst WAFFENSCHMIDT, Parlamentarischen Staatsskretär im Bundesinnenministerium, Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und zeitweiliges Mitglied des VDA-Verwaltungsrates. Er koordiniert er Verinselung des Deutschtums im Osten.

Ergänzt werden diese Bestrebungen der Vertriebenenorganisationen, des VDA und der PEU von der FÖDERALISTISCHE UNION EUROPÄISCHER VOLKSGRUPPEN (FUEV), die für sich beansprucht, die Interessen der europäischen Volksgruppen zu bündeln und zu vertreten. Die FUEV sieht sich in der Nachfolge des Europäischen Nationalitätenkongresses, der schon bis zur Einstellung seiner Arbeit 1938 vom NS-Staat als Instrument inoffizieller Außenpolitik benutzt wurde. Auch in der FUEV, wie in der sie unterstützenden NIERMANN-STIFTUNG, sitzt mit Ossi BÖSE ein ehemaliger Vertreter der ersten Witikonengarde in der Vorstandsetage. Weiter fällt auf, daß auch hier, wie in der PEU, Vertreter deutscher Minderheiten und Volksgruppen das Präsidium majorisieren. Gemeinsam mit dem INTERNATIONALEN VERBAND ZUM SCHUTZ BEDROHTER SPRACHEN UND KULTUREN (AIDLCM) und dem INSTITUT FÜR NATIONALITÄTENRECHT UND REGIONALISMUS (INTEREG) wirkt die FUEV auf das europäische Parlament und die Regierungen ein, mit dem Ziel, die europäischen Volksgruppen in ihrer Stellung gegenüber den staatlichen Organe zu stärken.

Die Unterstützung, die die FUEV den Korsen, Bretonen, Elsaß-Lothringer und Okzitanier in Frankreich, den Flamen und Deutschen in Belgien, den Südtiroler und Frulaner in Italien, den Nordschlewiger in Dänemark, den Waliser und »Söhnen Cornwalls« in Großbritannien usw[8]. zukommen läßt, dient selbstverständlich nicht irgendwelchen separatistischen Zielen dieser völkischen Gemeinschaften, zumindest behauptet dies die FUEV.

Doch wer sich, wie die FUEV, von der Hermann-Niermann Stiftung sponsern läßt, in der über Jahre Südtiroler Bombenleger wichtige Positionen einnahmen, hat auch allen Grund, in seinen Werbebroschüren die Unterstützung separatistischer Bewegungen zu leugnen. Genau darum geht es ihnen aber. Anders ist ein Konventionsentwurf zum Volksgruppenschutz der FUEV nicht zu verstehen, in dem es 1994 hies: *»Die Angehörigen von Volksgruppen (...) haben ein Recht auf einen als Territorialautonomie bezeichneten territorial abgegrenzten Sonderstatus«.*[9]

Wie sieht die Perspektive aus, wenn sie mit ihren Projekten durchkommen? Ein monolitischer Volksklotz von 80 Millionen + X deutscher Volkszugehörigen in Mitten eines Europas, das in seine Ehnien zerfällt. Und wenn es nicht so einfach läuft, mit dem dritten Versuch in diesem Jahrhundert, Europa neu zu ordnen?

Dann sagen sie, daß sie auch andere Seiten aufziehen können. Oder wie ist jenes Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu verstehen, in dem sie drohend verlauten ließ, wenn die EU nicht mitziehen würde, *»könnte Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein, die Stabilität des östlichen Europa allein und in traditioneller Weise zu bewerkstelligen«*[10]? Und wer nicht versteht, was mit »traditioneller Weise« gemeint ist, der bekommt vielleicht eine Ahnung davon, wenn er zu Kenntnis nimmt, daß dieses Postionspapier mit der Sperrfrist 1.9.1994, also dem 55 Jahrestages des Überfalls Deutschlands auf Polen und dem damit verbunden Beginn des 2. Weltkrieges, versehen worden war. ■

---

1) Posselt, Bernd: Rede auf dem Bundeskongreß der Paneuropa Jugend 1991 in Naumburg, zitiert nach: Machen wir Europa reif für seine Rolle in der Welt!, in Paneuropa Deutschland, Nr.4/1991,S.18

2) Klaus, Vaclav, zitiert nach: Klaus gegen Euroregionen, Prager Zeitung Nr. 9/1996, S.12

3) Staffa, Walter: Zur Europäisierung der Vertreibungsgebiete, Witiko Brief Nr.1/1995, S.2f. Das diese Strategie im Witikobund, dessen Vorsitzender Staffa ist, schon seit geraumer Zeit diskutiert wird, belegt der Vortrag Theodor Veiters vor dem Witikobund zum Thema: »Das Volksgruppenrecht als elementarer Baustein für ein vereinigtes Europa« aus dem Jahre 1967.

4) Habsburg, Otto von: Sonderausgabe »Freies Europa« anl. des XII. Paneuropa-Kongresses in Achen, zitiert nach: Herde, Georg u. Stolze, Alexa: Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, Köln 1987, S.210

5) Nichts anderes als eine akademisch daherkommende Blut und Boden Theorie verbirgt sich hinter Schmitts Abhandlung, die in der Weiterentwicklung durch Schmitt eine Rechtfertigung für das nationalsozialistische Deutschland lieferte, sich ganz Europa zu unterwerfen.

6) vgl. Molden Otto: Die Europäische Nation, München 1990

7) Von finanziellen Rückschlägen gebeutelt ist der VDA z.Z. von der fordersten Volkstumskampflinie zurückgezogen worden. Es verschwanden einige Millionen DM auf wundersame Weise. Angeblich gelangten sie in die Arme einer rußlanddeutschen Mafia, wie derf BND behauptet. Doch die Vertreter der Rußlanddeutschen behaupten, sie bei genau jenen Personen, die die Informanten des BND waren, gesichtet zu haben. (vgl. dazu: Schulz, Theodor: Projekte, Mafia und Rußlanddeutsches Roulette - oder über die im Wolgagrader Kessel verschwundenen DM, in: Ost-West-Dialog 96/02, S.10-13

8) Insg. sind 63 Organisationen aus ganz Europa auf unterschiedlichen Ebenen Mitglieder der FUEV, vgl. Informationsschrift des Generalsekretariats der Förderalistische Union Europäischer Volksgruppen, Flensburg o.J., die mit der Unterstützung der »Gemeinnützigen Hermann-Niermann Stiftung« herausgegeben wurde.

9) Goldendach, Walter von und Minow, Hans-Rüdger: a.a.O., S.415

10) Wolfgang Schäuble im Namen der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages: Überlegungen zur europäischen Politik, abgedruckt in: ASTA der Geschwister-Scholl-Universität München: Vom Frieden in Europ, München 1995, S. 25.

»Das regional Besondere stellt das Nationale nicht in Frage«

Nationalrevolutionäre und Regionalismus

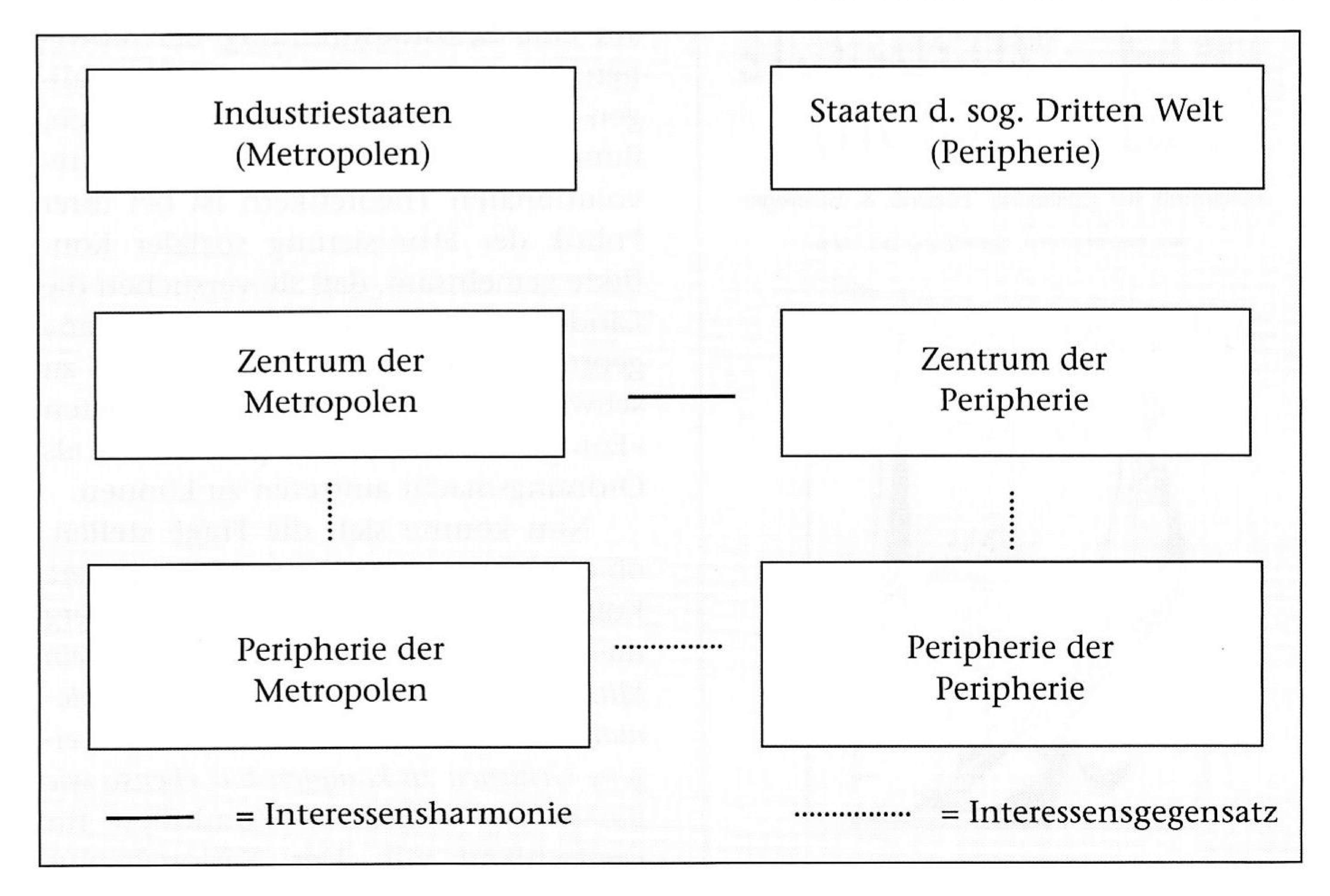
1815 gründete sich die Deutsche Burschenschaft, um die deutsche Einheit zu erreichen. 1978 gibt der Langen-Müller- Paperback- Verlag in Zusammenarbeit mit dem Hochschulpolitischen Ausschuß der Deutschen Burschenschaft und dem Verein zur Förderung Konservativer Publizistik e. V. Eichbergs Buch »Nationale Identität«, ein Plädoyer für den Regionalismus heraus. Soll nun Deutschland wieder in kleine Regionen zerstückelt werden? Weit gefehlt.

»Das regional Besondere stellt das Nationale nicht in Frage, sondern bestätigt es. Die Frage, ob ich Bayer bin oder ob ich Deutscher bin, ob ich Sachse bin oder ob ich Deutscher bin, weist mich in jedem Fall darauf hin, daß wir nicht Herrn im eigenen Haus sind. (...) Diese Identität muß uns vielmehr als Kollektiv betreffen, als regionales und nationales Kollektiv. Wir sind eben doch Deutsche.«[1]. Dieses Zitat des Nationalrevolutionär Henning EICHBERG zeigt deutlich, was mit der Regionalismus- Ideologie für Deutschland bezweckt wird: Die regionale Identität soll die nationale Identität verstärken. Für andere Länder verfolgen die »Nationalrevolutionäre« allerdings ein anderes Ziel mit ihrer Regionalismus-Ideologie.

Grundlage des rechten Regionalismuskonzeptes ist eine Theorie, die ursprünglich in der linken Regionalismusdebatte, die ihre Hochphase in den ausgehenden 60er und den 70er Jahren hatte, entwickelt wurde. Die erfolgreichen Entkolonialisierungbewegungen in der sog. Dritten Welt ließen Teile der Linken diese Bewegung auf die Staaten Europas übertragen. Enttäuscht davon, daß die ArbeiterInnen der ihr zugedachten Rolle bei der Umwälzung der Verhältnisse in Europa nicht gerecht wurden, war man auf der Suche nach einem neuen revolutionären Subjekt. Man glaubte es in jenen Regionen Europas finden zu können, an denen der Wohlstand vielfach vorbeiging. Diese Regionen wurden als innere Kolonien, als imperialistisch ausgebeutete und beherrschte Gebiete innerhalb der europäischen Staaten verstanden. Die strukturelle Theorie des Imperialismus Johan GALTUNGS[2] brachte weitere theoretische Versatzstücke in die Diskussion. Schematisch läßt sich die Struktur des Imperialismus nach Galtung wie folgt darstellen:

Interessant ist an diesem Modell die Aufteilung der Industriestaaten und der Staaten der sog. Dritten Welt in ZENTREN

Am Kern vorbei. Theoretische Versatzstücke linker Beliebigkeit als Quelle »nationalrevolutionären« Einbruchs



und eine jeweilige PERIPHERIE (Randgebiete). Je nachdem, mit welchem konkreten Inhalt diese einzelnen Bereiche gefüllt werden, kann dieses Modell sozialistische oder völkisch- regionalistische Politik begründen. Wer unter Peripherie in den Industriestaaten und den Staaten der sog. Dritten Welt die von den Zentren (= Kapitalisten) ausgebeuteten Teile der Bevölkerung (= Arbeiterklasse) versteht, wird aus diesem Modell eine sozialistische Praxis ableiten. Wer aber unter Peripherien räumliche Gebilde, die von unterdrückten Minderheiten, sprich Volksgruppen bewohnt werden, also etnhisch definierte Regionen versteht, die von den Zentren ausgebeutet werden, der wird aus diesem Modell eine Begründung für einen separatistischen Kampf ableiten. Er wird zu dem Ergebnis kommen, daß auch in den Industriestaaten Regionen und Volksgruppen existieren, die imperialistisch ausgebeutet werden und sich daher wie externe Kolonien entkolonisieren können und müssen. Es muß also eine »Innere Entkolonisierung« stattfinden. Es dürfte wohl klar sein, daß die Nationalrevolutionäre Galtungs Modell völkisch- regionalistisch deuten.

Von dieser Ideologie geleitet, unterstützen sie beispielsweise die Interessen der Kurden[3] publizistisch. Logischerweise müssen dabei die sozialen Forderungen der Kurden verschwiegen werden. Nach Ansicht der Nationalrevolutionäre ist der Hauptwiderspruch zwischen den Türken und den Kurden die Nationalität: »*Nationalitätenkonflikte sind heutzutage in allen Teilen der Welt nicht mehr von der politischen Bühne wegzudenken. Nordirland, Quebec, Kurdistan und neuerdings Mtteleuropa und die Randgebiete der Sowjetunion sind schwelende Konfliktherd.*«[4] Und so unterstützen die Nationalrevolutionäre die kurdische Forderung auf ein Selbstbestimmungsrecht vorbehaltlos.

Ethnisierung sozialer Konflikte - eine zutiefst deutsche Politik

Um eins klarzustellen: Hiermit wollen wir nicht das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung in Frage stellen. Nur eins sollte klar sein, selbst wenn der Kurdische Befreiungskampf sogar nationalistische Züge hat, ist der Widerspruch zwischen den Kurden und den Türken sozialer Art. Der Nationalismus oder sein kleiner Bruder der separatistische Regionalismus sind nur die Hüllen, unter denen sich das soziale Interesse verbirgt. Das wahre Ziel der »Nationalrevolutionäre« ist nicht die Selbstbestimmung der Kurden, ebenso wenig, wie das Interesse der Bundesregierung auf eine Selbstbestimmung der Slowenen, Kroaten oder Bosnier im ehemaligen Jugoslawien gerichtet war. Beiden, Bundesregierung und nationalrevolutionären Theoretikern ist bei ihrer Politik der Ethnisierung sozialer Konflikte gemeinsam, daß sie versuchen die Länder, in denen sie »innere Kolonien« geortet haben, auf diese Weise zu schwächen, um so im neugordneten »Europa der Regionen« problemlos als Ordnungsmacht auftreten zu können.

Nun könnte sich die Frage stellen, ob es nicht auch in Deutschland innere Kolonien gibt. Doch Henning Eichberg meint, daß die Deutschen »*Selbst ein Minderheit sind, die mit dem inneren Kolonialismus, mit der Entfremdung in den eigene Gehirnen zu kämpfen hat ebenso wie Basken und Indianer.*«[5] Zumindest für Deutschland gilt: Der Nationalismus steht nicht im Wettstreit mit dem Regionalismus. So konnte Eichberg 1987 die Wiedervereinigung fordern, ohne in Widerspruch zur regionalistischen Ideologie zu geraten: »*Die Nationalisierung oder 'Balkanisierung' vollzieht sich - das ist historische Erfahrung - nicht in zufälligen Grenzen, seien sie durch irgendwelche Dynastien, durch militärische Eroberungen oder auch aus durch die Mächte von Jalta geschaffen. Sie setzt etwas voraus, das sich dem Zugriff der Macher bisher entzieht: Völker und Identität. (...) Und das ist die Realität: Es gibt heute kein 'Volk der DDR', ebenso wie es keine 'BRD-Identität' gibt.*«[6] ■



1) "Wir sind eben doch Deutsche"; ein Gespräch geführt von Richard Stöss und Eberhard Knödler-Bunte mit H. Eichberg, in "ästhetik und kommunikation" , 36/1979, S. 125-130
2) vgl. Galtung, Johan: Eine strukturelle Theorie des Imperialismus, in: Senghaas, Dieter (HG): Imperialismus und strukturelle Gewalt, Frankfurt/M 1972, S. 29-104
3) Wir benutzen hier die Kurden als Beispiel. Wir könnten genauso gut Nordirland, Palästina usw. einsetzen.
4) Peeters, Ywo J. D. Peeters, Die Innere Entkolonisierung Europas in: Junges Forum 3-4/89, Sommer 90 S. 3 -15
5) Eichberg, Henning, Abkoppelung, Koblenz 1987, S. 144
6) A. a. o. , S. 146

Bioregionalismus

»Bio... bezeichnet das gesamte Leben; ...regional... bedeutet innerhalb einer physischen oder geographischen Grenze; ...ismus ist der menschliche Beitrag; wo wir lernen, als Teil einer Bioregion zu leben und uns mit ihr zu verbinden.«[1]

So definieren die Österreicher Eduard Gugenberger und Roman Schweidlenka,[2] welche 1995 das wohl umfassendste Buch zum Thema[3] Bioregionalismus veröffentlichten die Bioregion. Bioregionalismus ist als eine Variante des schon im Einleitungsartikel erläuterten Regionalsmus im Moment stark im Aufwind. Und das nicht nur von rechts, sondern auch in Teilen der Alternativbewegung. Bioregionalismus ist bei Teilen der Grünen und der Veganern ebenso im Gespräch, wie bei den Unabhänigen Ökologen Deutschlands, welche erst kürzlich eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema einrichteten.

Wurde »Regionalismus« schon im Einleitungsartikel definiert; ist »Bioregionalismus» die »ökologische« Variante dieser Bewegung. Unter einer Bioregion, welche als »BIOPHYSISCHER ORGANISMUS« bezeichnet wird, verstehen Bioregionalisten dann kleine, von Flüssen, Wasserscheiden, Wüsten oder Bergen eingegrenzte Bereiche in denen sich das Leben angeblich in ganzheitlicher, friedfertiger und »natürlicher« Weise abspielt. Wichtigster Punkt, um dieses Gesellschaftssystem durchsetzen zu können, ist die spirituelle Dimension, welche angeblich den Menschen mit seiner Bioregion verbindet. Als Vorbilder der Bewegung werden Stammenskulturen (z.B. Indianer) oder ein angeblicher »Uralter Lebensstil, der durch das Aufkommen patriachaler Kriegergesellschaft gebrochen wurde», angeführt[4].

Innerhalb das Bioregionalismus können zwei Begründungsstränge unterschieden werden, zum einen jener, der sich überwiegend auf die rein ökologischen Argumente konzentriert und seine Gesellschafts- und Handlungsperspektiven aus der Mischung eines mystisch verklärten Naturbildes und Untergangsvisionen bezieht. Der zweite Strang konstruiert einen »natürlichen« also im Kern ererbten Zusammenhang des Menschen mit seiner Bioregion. Hier wird ein landschaftlich geprägter Charakter, ein Stamm, eine Volksgruppe, oder moderner formuliert: eine »Ethnie« konstruiert. Die Begründungsmuster sind nahezu identisch mit der »Blut und Boden« -Ideologie des NS. Wichtigster Bezugspunkt ist hier die (Volks) - Gemeinschaft[5]. Eine Gemeinschaft ohne Klassenwidersprüche, dafür aber in ein ganzheitliches Konzept eingebunden. Damit wir uns hier nicht mißverstehen: Teile der Bioregionalisten träumen tatsächlich von einer klassenlosen Gesellschaft. Klassenkämpfe diese durchzusetzen, sieht ihr Konzept aber nicht vor. Alle jene mit Verfügungsgewalt über Produktionsmittel werden dann wohl irgendwann einsehen, daß ihr Tun und Trachten böse ist und damit auch sie als gute Menschen geachtet werden, ihren Reichtum und ihre Macht verschenken. Wie soll dieser bioregionalistische Traum einer klassenlosen Gesellschaft sonst verstanden werden? Oder anders gefragt: Wie leicht endet ein vorgeblicher Antikapitalismus



ohne marxistische Analyse in den Träumen der Strasserbrüder, des angelich »linken Flügels« des Nationalsozialismus?

Beide Konzepte, welche von den verschiedenen Strömungen der ökologischen Rechten, den Nationalrevolutionären und der Alternativscene vertreten werden, wiedersprechen sich zum Teil und beinhalten verschiedene Ansatz und Gefahrenpunkte.

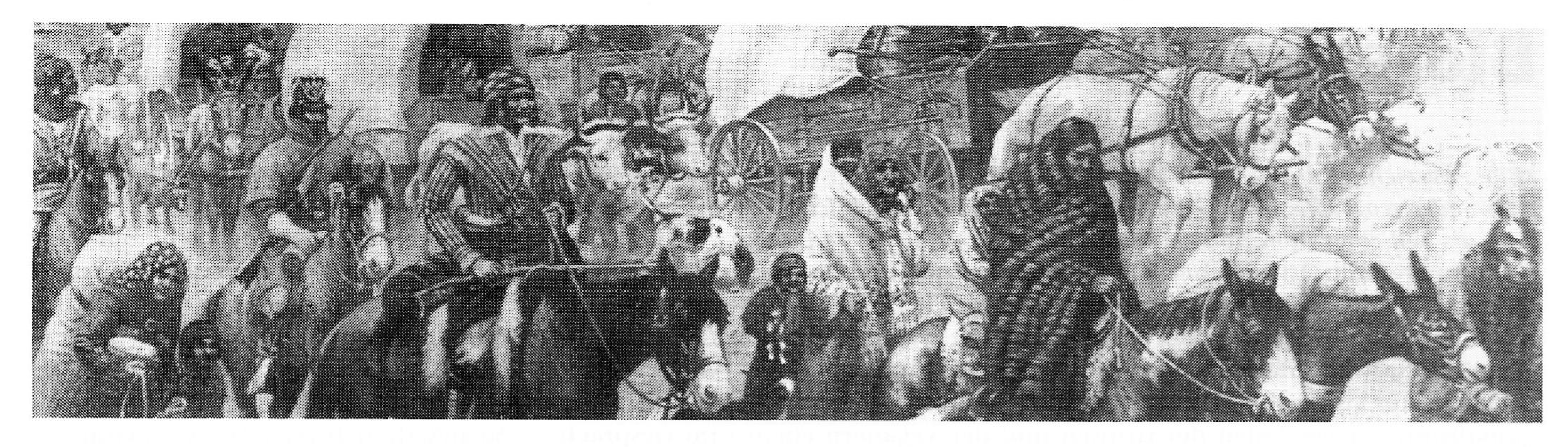
Die ökofaschistische Variante: »Über dem Volk steht das Land»[6]

Dieser Grundsatz stellt sehr gut die Prioritäten dieser Richtung dar. Nicht das menschliche Wohl steht hier im Mittelpunkt, sondern mittels Untergangsscenarien werden autoritäre Maßnahmen und Strukturen gefordert, damit »Gaja«, die belebte Erde überleben kann. Feindbild sind dabei fast alle Menschen[7], insbesondere aber die »Moderne Welt« gegen die revoltiert wird. Im Kampf gegen diese werden sämtliche demokratischen Errungenschaften über Bord geworfen, ökologische Fürsten, »Grüne Adolfs«[8] und die Öko-Diktatur[9] werden herbeigerufen. Weiterer zentraler Feind sind all jene, welche als »Über«-Bevölkerung definiert werden. So äußerte sich Dave FOREMAN, Gründer von EARTH FIRST, in einem Interview folgendermaßen: *»Das Schlimmste, was wir in Äthiopien machen können, ist helfen - das Beste, die Natur ihre eigene Balance finden und die Leute dort einfach verhungern lassen.«*[10]

Allerdings sind dies keine neuen ökofaschistischen Gedanken, schon Herbert GRUHL vertrat ähnliches, jetzt also nur neu aufgegossen als Bioregionalismus. Das Zauberwort im Bereich »Überbevölkerung« heißt hier »CARRYING CAPACITY« und bedeutet *»die Tragfähigkeit einer Region in Bezug auf menschliche Bevölkerung«*[11]. Wer den da nun über ist, bleiben darf oder eventuell verhungern muß: *»Die Bioregionalisten werden es bestimmen«*[12]. In Verbindung mit den Aussagen von Dave Foreman, welcher sich und seine »Kriegergesellschaft« Earth First als *»die Wildnis, die sich selbst verteidigt«*[13] definiert, muß einem wohl Angst und Bange werden.

»Traditioneller Regionalismus« contra Bioregionalismus

Lautet die Antwort, welche Peter LIST in »Versuchung oder Chance? Bioregionalismus und Volkstreue Politik« aus Sicht der »Nationalrevolutionären« Kräfte in der BRD zum Thema zum Besten gibt. In dem in der Reihe »JUNGES FORUM« vom DEUTSCH-EUROPÄISCHEN STUDIENWERK herausgegebene Heft kritisiert er den »Biozentrismus« der anderen Strömung. Die reine Orientierung an der Natur würde zu einer *»universalistischen Vergewaltigung von Völkern«* führen, da die ethnischen Grenzen nun mal nicht entlang der Grenzen der Bioregionen verlaufen würden. So würden, wenn z.B. die Pyrenäen zur Bioregion erklärt würden, Teile der dort lebenden Basken mit Katalanen und Okzitanieren zusammengefaßt. Diese »Multikulturelle Vermischung«, also die Nichtbeachtung der angeblichen ethnischen Identität, wird als Ausdruck der »melting-pot« Einstellung des amerikanischen Bioregionalismus gedeutet, welcher, wenn er Akzeptanz in Europa finden würde, die hier noch bestehenden regionalen und nationalen Identitäten zerstören



Indianer als Vorbild für Bodenständigkeit und Mahnung gegen »Überfremdung«

würde. Ursache in den USA ist die Entwurzelung der weißen Mittelklässler welche dort Träger der bioregionalistischen Bewegung sind. Diese sind angeblich weder spirituell noch kulturell dort verwurzelt und versuchen sich an den ihnen »artfremden» Traditionen der Indianer zu orientieren, was aber aufgesetzt und künstlich bleiben muß, da ihnen diese wesensfremd sind und bleiben. Allerdings stellen sich, nach Meinung der Autoren *»die Verhältnisse in Europa völlig anders dar (...) über viele Jahrhunderte oder gar Jahrtausende hinweg gewachsen sind (hier) (...) Grenzen, politische Schicksalsgemeinschaften und Nationalstaaten«*[14]. Hier Bioregionen zu bilden würde nur die Nationalstaaten und die ethnischen Identitäten zerstören. ganz besonders sieht die Situation selbstverständlich in Deutschland aus. *»Die Frage nach der kulturellen Identität (...) kann in Deutschland nicht mehr primär regional, sie muß vielmehr national beantwortet werden.« »Unsere Heimat ist zunächst einmal Deutschland!«* Begründung für die nicht regionale sondern nationale Identität ist die *»Eingliederung vieler Millionen deutscher Flüchtlinge und Vertriebener«*[15] und die durch den Kapitalismus erzwungene berufliche Mobilität. All das hat zu einer Durchmischung innerhalb der Deutschen geführt. Somit fügt sich quasi »natürlich« ein Großdeutsches Reich zusammen.

Hört sich dies alles wie eine unversöhnliche Position gegen den Bioregionalismus an, findet der Autor doch zu bioregionalistisch und gesellschaftlich breit akzeptierten Positionen zurück. Sieht doch auch er einen brauchbaren Kern, dessen Weiterentwicklung lohnt, denn *»Die Nation braucht (...) auch regionale Wurzeln.«*[16] Letztendlich erhofft auch er sich den Transport ethnischer Vorstellungen und Selbstdefinition durch den populären, alternativ angehauchten Bioregionalismus. Geht doch auch dieser von einer wie auch immer gearteten notwendigen Identität und der Verwurzelung der Individuen und Gesellschaften aus. Weiterer gemeinsamer Nenner ist die Betonung des Mystischen und Spirituellen. So fordert der »Nationalrevolutionär« Peter List den Wesensgehalt der *»heidnische Religion unserer Vorfahren (...) in die Mythen und Riten des kommenden Jahrhunderts einzubringen.«*[17] Eine Forderung welche Gugenberger und Schweidlenka sofort unterschreiben würden, um sich aber noch im gleichen Atemzug von rechten Tendenzen vorgeblich abzugrenzen.

Hi oder Her

Ob nun ethnischer oder ökologisch begründeter Bioregionalismus, beide Varianten versprechen eine intakte Welt und Natur, ohne je zu klären, was diese »intakte Natur» sein soll, betrachten sie doch zum Teil jeden menschlichen Eingriff als Zerstörung. Nicht, daß wir glauben, die Zerstörung der Tier- und Pflanzenwelt, wie sie im zur Zeit betrieben wird, solle so weiter gehen, aber mit »Verwurzelung» ist unserer Meinung nach nichts gewonnen. Bestes Beispiel sind wohl die Bergbauern, welche fest »verwurzelt« mit Land, Geschichte und Tradition doch ihre Berghänge in Skipisten umwandelten, um Geld zu verdienen. Auch wenn Bioregionalisten immer gegen »Konzerne« wettern, wobei manchmal fast der Eindruck einer dann jüdischen Finanz- und Weltherrschaft entsteht, tasten sie den Besitz von Produktionsmitteln, den Kern des Kapitalismus nicht an. Statt dessen phantasieren sie sich eine mittelalterlich anmutende Ständegesellschaft von Bauern, Handwerkern und kleinen Händlern. Daß auch diese Gesellschaftsformen, wenn es in ihnen auch nicht in dem Maß die Möglichkeiten zur Umweltzerstörung gab, wie in der Industriegesellschaft, keine »freien« war, wird dabei nicht erwähnt. Daß regionale Gremien zwar schön aber bedeutungslos sind, solange durch wirtschaftliche Notwendigkeiten, durch die Logik des kapitalistischen System eh die alten Zwänge weiterbestehen, scheint im Bioregionalismus komplett übersehen zu werden. Dort träumt man lieber davon, daß sich Fuchs und Hase gute Nacht sagen, die Menschen ausgestorben sind oder gar davon, daß es doch noch zum 4. Reich mit Agrarromantik und Großfamilien reichen wird. ■

---

1) a.a. O. S. 10
2) Bekannt wurden sie durch ihre Bücher zum Thema New Age und Heidentum, in denen sie verdienstvoll die rechtsextremen Verbindungen aufdecken, allerdings nur um eine Kritik an der esoterischen Gesammtbewegung abzuwehren,
3) Gugenberger / Schweidlenka: Bioregionalismus - Bewegung für das 21. Jahrhundert, Packpapier Verlag, Osnabrück 1995
4) Die Diskrepanz von weiblicher Emanzipation aus dem Rollenverhalten und den festgefügten Rollen in den Stammesgesellschaften wird hier nicht thematisiert.
5) vgl. Heiner Gehring: »Bioregionslismus - Hoffnung für Natur und Volk« in Rundbrief für ökologische Patrioten Nr.4 Dez/1995, S. 1
6) Titel eines Artikels von Heinz-Siegfried Strelow zum Bioregionalismus in »Ökologie« 1/96 S. 13. Eine eigentlich für die Unabhängigen Ökologen untypische Aussage, sind diese doch zumeist dem Ethnischen Ansatz verpflichtet.
7) Bei einigen Personen aus der Veganer-Szene sollen ja auch schon Aufnäher mit der Aufschrift »Gegen Menschen« gesichtet worden sein
8) »Ökologische Fürsten« werden nicht nur von abseitigen Personen wie H.S. Strelow in Ökologie 1/96 S.23, sondern auch von Rudolf Bahro gefordert, welcher auch gleich noch einen »Grünen Adolf» haben will.
9) Wolgang Venohr: »Der Ökostaat kommt bestimmt« in Junge Freiheit 5/92
10) zitiert nach Ulrike Heider »Die Narren der Freiheit«, Berlin 1992, S. 114, gefunden in »Bioregionalismus und Tiefenökologie« von Peter Bierl in Ökolinx Nr.23 S. 36-47, welche wir zum Weiterlesen nur empfehlen können.
11) Gugenberger, Eduard / Schweidlenka Roman: Bioregionalismus, Osnabrück 1995, S.189
12) a.a.O. S. 123
13) a.a.O. S. 100
14) Peter List: »Versuchung oder Chance? - Bioregionalismus und volkstreue Politik«, Junges Forum 3-4/96 Hamburg , S. 11
15) alle Zitate a.a.O. S. 14
16) a.a.O. S. 16
17) a.a.O. S. 19

Ob rechte Ökologen von einem spirituellen »Bioregionalismus« oder »Nationalrevolutionäre« von »Idenditäten der Regionen« sprechen das Ergebniß bleibt gleich. Regionalismus ist meistens völkisch und rassistisch. Deutlich wird dies durch das Verhältnis von Nationalsozialisten zur Region. Im Gegensatz zu scheinbar modernisierten Floskeln und schönfärberischen Konzepten nehmen sie kaum ein Blatt vor den Mund. Im Kern kommen sie über die Region zur Nation und enden bei einem arischen, weißen Europa der Volkstäme.

Regionalismus Marke NS-Szene

»Großrassen, Volksstämme und Erbgesetze«

»Prinzip Verschwörung - regionalistische Neukonstituierung der deutschen NS-Bewegung«

Auf die Umstrukturierung der NS-Bewegung in verdeckt arbeitende Kaderzellen und regional organisierten Zusammenhänge weisen wir seit geraumer Zeit hin. Umgesetzt wird dies inzwischen durch das Medienprojekt mehrerer »Zeitungen der nationalen Erneuerung«. Rassismus, Nationalismus, Antiliberalismus, Sexismus oder Antisemitismus werden in regionalistischer Verpackung reproduziert. So schreibt etwa Journalistik-Student Jürgen SCHWAB in altbekannter »Stürmer«-Manier im »Jungen Franken« über die jüdische Gemeinde in Bamberg. Dabei zeichnet er von deren Vorsitzenden das antisemitische Bild des »kapitalraffenden Juden«.

Neben dem »Jungen Franken« bestehen mit der »Berlin-Brandenburger-Zeitung«, der »Neuen Thüringer Zeitung«, der »Mitteldeutschen Rundschau« und der »Westdeutschen Volkszeitung« fünf Puplikationen gleicher Machart. Sie erscheinen mit einem weitgehend identischen Mantelteil der mit regional bezogenen Artikeln unterfüttert wird. Dabei fungiert ein bundesweiter Trägerkreis von Nazis aller organisatorischer Spektren als Herausgeberschaft. In den Regionen werden die Puplikationen von örtlichen Strukturen getragen. So sind etwa die »Nationalen« für die »Berlin-Brandenburger-Zeitung« oder der »Deutsche Freundeskreis Franken« für das »Junge Franken« verantwortlich.

Nach dem Verboten von Nazi Organisationen in den vergangenen Jahren hat sich die deutsche NS-Bewegung auf dem Weg einer regionalen Strukturierung neu konstruiert. Regionalismus wird dabei weniger inhaltlich gefüllt. Er wird vor allem taktisch, zur leichteren Vermittlung faschistischer Positionen vor Ort und zur strukturellen Sammlung verwandt. Im Unterschied zu Organisationsstrukturen, wie sie die »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front«, mit ihrer regionalen Gliederung in Gaue und Vorfeldorganisationen a là »Deutsche Hessen« vorexerzierte, zieht die NS-Bewegung inzwischen weitgehend an einem Strang. So bleibt ein brauner Organisationsbrei mit vielen Namen, der an der Basis geeint ist. In den genannten Zeitungsprojekten stellt sich dieser in der Öffentlichkeit dar.

»Deutschland den Deutschen, aber Friesland den Friesen?«

Regionalismus zieht sich wie ein brauner Faden durch die deutsche NS-Bewegung. Das Thema ist mehr als ein taktisches Mittel von Stiefelnazis der Couleur JN oder NF-Nachfolgeorganisationen. Auch wenn die meisten Anhänger dieser Organisation mit Parolen wie »Franken den Franken« oder »Friesland den Friesen« geistig überfordert sind, ist es allemal spannend, die regionalistischen Konstrukte der NS-Bewegung zu beleuchten.

1995 erschien das Buch »Evolution und Wissen - Neuordung der Politik«[1] . Entworfen werden darin »Grundsätze einer Nationalen Weltanschauung und Politik«. Der Autor ist kein geringerer als Herbert SCHWEIGER aus Österreich. Er gilt als einer der führenden Köpfe der deutsch/österreichischen NS-Bewegung und quasi »Übervater« der verbotenen »NATIONALISTISCHEN FRONT«. Das Buch ist inhaltlich nichts anderes als der Neuaufguß von Hitlers »Mein Kampf«. In seinem politischen Nachlaß veröffentlichte Schweiger Rassenlehre pur: » So weist zum Beispiel das deutsche Volk eine verhältnismäßig enge Blutsverwandschaft auf. Vor allem in den Regionen der Volksstämme sind erbgesetzlich dosierte Verbindungen vorhanden, (...)«[1]. Schweiger weist der Region die Rolle der räumlich- genetischen Keimzelle der »Völker« zu. Als kleinste Einheit bemüht er dabei Volksstämme, welche eine Nation gleicher Abstammung bilden würden. Laut Schweiger sei Nationalismus »ein Naturgesetz« und das Verhalten eines Volkes sei geprägt von »Erbgesetzlichkeit«. Dem Individium dichtet er dabei, Tieren gleich, instinkte und vererbte Verhaltensweisen an. Diese würden sich aus »*Sprache, Kultur, soziale Ordnung, wissenschaftliche und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, verbunden mit der geographischen Lage seines Lebensraumes*«[3] zusammensetzen. Im Ergebnis kommt der ehemalige Waffen-SSler zu verschiedenen Großrassen und entwirft für Europa die Existenz einer arisch-nordischen Rasse.

Auf der selben Linie bewegen sich auch die »JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN«. Gebärdet sich die Jugendorganisation der NPD nach außen gerne als »nationalrevolutionäre« Organisation, zeigt sich bei ihren »Thesen zum Regionalismus« ihre eigentliche ideologische Ausrichtung als platte Nationalsozialisten. »*Ein Volk ist eine Gemeinschaft von Gemeinschaften. Eine der tragenden Säulen dieser Gemeinschaft sind die Stämme eines Volkes. (...) Gesunde Familien , intakte Gemeinden und selbstbewußte Stämme werden das unerschütterliche Fundament des Neuen Reiches bilden*«[4]. Und so träumt die JN in ihren Thesenpapieren von einem neuen Nazi-Staat, dessen Verwaltungsgrenzen identisch mit Stammesgrenzen seien. Wie dieser geographisch aussehen soll machen sie unter der Überschrift »Bajuwarische Einheit«[5] in der »Vordersten Front« deutlich. »*Viel interesannter für eine Anschlußpropaganda ist der Umstand, daß nördlich der Landesgrenzen nicht irgendwelche Deutschen wohnen, sondern Deutsche von genau dem selben Stamm wie die Österreicher selbst, nämlich Bajuwaren. Nördlich des oberschwäbischen Bundesland Vorarlberg leben auf bundesdeutscher Seite ebenfalls Oberschwaben. Es gibt keinen nennenswerten Unterschied in Dialekt und Lebensaufassung. (...) Die Staatsgrenze zwischen Bayern und Österreich ist so absurd wie es die kürzlich gefallene zwischen den niederdeutschen Ländern Schleswig-Hollstein und Mecklenburg über Jahrzehnte hinweg war.*[6]« Im Klartext fordert die JN auf der Grundlage

des Regionalismus den Anschluß Österreichs an Deutschland.
Aber mehr noch, über den Hebel des Regionalismus wird die Argumentation, daß überall wo »deutsche Volksstämme« leben würden auch Deutschland sei, entworfen. Dies findet sich in zahlreichen Artikeln der JN zum Thema Regionalismus wider. Das Ende vom Lied wäre demnach ein Deutschland der Regionen von der Maas bis an die Memel und von der Etsch bis an den Belt.

Terror im Zeichen der Region

Regionalismuskonzepte dieser Machart bilden oft genug die Grundlage für den Terror von Nazis. Erinnert sei hier an den Briefbombenterrror, der ab Dezember 1993 in Österreich verbreitet wurde. Hier diente einer »BAJUWARISCHEN BEFREIUNGSARMEE« Regionalismus als Begründung für ihre Morde. *»Deutsch-Österreich als Stammesgebiet der Bajuwaren benötigt keine Ausländerindustrie, bestehend aus Ausländerlobbyisten (...) und Menschenzüchtern nach dem Vorbild des marxistischen Einheitsmenschen«* verbreiteten sie 1995 in einen Bekennerschreiben. Bombenattentate haben bei der österreichischen NS-Scene eine lange Geschichte. Im Mittelpunkt der terroristischen Aktivitäten steht dabei ein sogenannter »Südtiroler Freiheitskampf«. Dabei wurde versucht, der Forderung eines Anschlusses Südtirols an Österreich mit Waffengewalt Nachdruck zu verleihen. Bereits in den 50er Jahren kam es zu einzelnen Bombenattentaten. In der Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1961 jagten Mitglieder eines »BEFREIUNGSAUSSCHUß SÜDTIROL« 37 Strommasten in die Luft und ermodeten dabei einen Menschen. Dies bildetet den Auftakt zu einer Serie von Sprengstoffanschlägen, die bis 1967 andauerte.



Der damalige Täterkreis rekrutierte sich vor allem aus dem Dunstkreis der Wiener Burschenschaft »OLYMPIA« und der Innsbrucker »BRIXIA«. Zu den selbsternannten »Südtiroler Freiheitskämpfern«, die auch von der Erlangener Europaburschenschaft »GERMANIA« unterstützt wurden, gehörte Norbert BURGER. Der zeitweilige Vorsitzende der österreichischen NPD wurde 1970 von einem italienischen Gericht in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt. Laut dem ehemaligen Innenminister von NRW, Herbert SCHNOOR war Burger, der 1992 starb, nämlich die »graue Iminenz« der Düsseldorfer »NIERMANN-STIFTUNG«. Die mit Millionen ausgestattete Stiftung behauptet von sich selber die *»Lage der ethnischen Minderheiten verbessern«* und *»der Völkerverständligung und Menschlichkeit«* dienen zu wollen. Trotz der »schönen« Worte steht die Stiftung seit Jahren im Verdacht, Terroristen zu unterstützen. So prüfte etwa die Bozener Staatsanwaltschaft, ob Geld der Niermann-Stiftung an die Terrorgruppe »EIN TIROL« geflossen ist. Diese hatte 1986 bis 1988 über 40 Anschläge verübt.

Europa der arischen Identität und Regionen

Für Nazis hat Regionalismus immer eine europäische Komponente. Das Konstrukt einer »Nation Europa« der arischen Volksstämme unter deutscher Führung, wie es von der Waffen-SS propagiert wurde ist dabei erklärtes Ziel. Zu dessen Umsetzung haben sich jedoch die Formulierungen geändert. Scheinbar antiimperialistische Parolen wie »Selbstbestimmungsrecht der Völker« oder die Formulierung »Nationale Identität« und »Ethnopluralismus« sind als Platzhalter für Apartheid, Rassedenken und Volksgemeinschaft eingeführt worden. Einer der Wortführer der faschistischen Wortklauberei ist der ehemalige NHBler Henning EICHBERG. Seine Regionalismus-Konzeption dienen der NS-Bewegung in weiten Teilen als theoretische Grundlage. So spricht er davon, *»daß die Identitätssuche für den Einzelnen in seiner ureigensten Heimat ermöglichen und so einen völkischen Nationalismus allergrößter kultureller Pluralität zustande bringen soll«*[7]. Im Kern kommt Eichberg zu der Strategie eine nationale Identität des Einzelnen über die Region zu wecken, um im weiteren so eine Identifikation mit Deutschland und Rasse zu erzielen (Volk - Nation - Europa). Eichbergs faschistische Regionalismus-Konzeption findet sich deutlich bei der JN wieder. *»Das nationalistische Europa der Zukunft wird ein Europa der nationalen und regionalen Lebensräume sein. Allein die Völker und ihre Regionen werden die Träger der politischen Souveränität sein. Von ihnen gehen alle demokratischen Entscheidungen auf der Grundlage der nationalen und regionalen Selbstverwaltung aus«*[8], schreiben diese in ihren Thesenpapieren und meinen damit doch nur ein Europa der Regionen und der arischen Großrasse.

Wer allerdings glaubt, Regionalismus wie ihn Eichberg formuliert kommt bei dumpfen Nazis alleine an, irrt. So erinnert die Therminologie wie sie der ehemalige bayrische Ministerpräsident Max STREIBL gebrauchte doch auch an Eichberg. Und so stellt sich Streibel sein »Europa der Regionen« vor, *»daß durch Förderalismus und Subsidarität seine historisch gewachsene Vielfalt, seinen ungeheuere Schaffenskraft und seine geistigen kulturellen Reichtum bewahrt und unter Rückbesinnung auf die gemeinsame Geschichte und Kultur sowie die gemeinsamen Werte seine friedliche Zukunft selbst bestimmt (...)«*[9]. ■

---

1) Anm.: Herbert Schweiger, »Evolution und Wissen - Neuordnung und Politik«, Hrg. »Arbeitsgemeinschaft für Philosophie, Geschicht und Politik«, 1995
2) Ebda.
3) Ebda., S. 218
4) Thesenpapiere der JN, »Thesen zum Regionalismus«, S. 11
5) Vorderste Front, Nr. 3, S. 23
6) Ebda.
7) Henning Eichberg, zit. in Wunsiedel: Kristalisationspunkt der gesamten faschistischen Bewegung, »Die 'Neue Rechte' - uralt und dennoch im Blick der F/Antifas«, von Kurt Ohrowski, Kiel, 1992, S.28.
8) Thesenpapiere der JN, »Thesen zum Nationalismus«, S. 10
9) Max Streibl »Aus der Zukunft und Vielfalt« im Bayernkurier vom 5. Mai 1990, zitiert in Europäische Orientierung, Hrg. Hans Joachim Fieber, Michael Preußler, Berlin, Brandenburgisches Verl.-Haus, 1990, S. 85



mit Beate Klarsfeld von der Internationalen Unabhängigen Kommission (IUK) zu Lübeck

Am 18.Januar 1996 wurde das Asylbewerberheim in der Lübecker Hafenstraße niedergebrannt, 10 BewohnerInnen starben, andere wurden verletzt. Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln schon bald gegen Safwan Eid, einen Bewohner des Heimes.
Safwan wurde von einem Sanitäter schwer belastet, die Ermittlungsbehörden sprachen von Täterwissen, das er offenbart habe. In den Aussagen seiner Mitbewohner wurde er entlastet.

AIB: Wie kam es zur Gründung dieser Kommission, und wie kam es zur Mitarbeit?

B.K.: Es kam zur Gründung der IUK weil wir, Rechtsanwälte und Personen wie ich, die sich für die Respektierung der Menschenrechte einsetzen, mehr und mehr alarmiert waren von Nachrichten, die aus Deutschland kamen. Wir fragten uns, wie kann es möglich sein, daß in Deutschland Ausländer angegriffen werden, daß wieder Synagogen brennen und daß Flüchtlingsheime angezündet werden. Wir mußten auch wahrnehmen, daß die Ermittlungsbehörden in Lübeck die Brandstifter und Mörder nicht mehr bei den Rassisten und anderen fremdenfeindlichen Gruppen suchten, sondern eine Person verhafteten, dessen Familie im Flüchtlingsheim selbst in Gefahr war. Wir erfuhren auch, daß Zeugen der Brandanschläge die Abschiebung aus Deutschland drohte. Deshalb haben wir uns entschlossen, die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft in Lübeck zu beobachten und dem Herausfinden der Wahrheit zu helfen.

Als ich gefragt wurde, ob ich mich der IUK anschließen wolle, war ich sofort bereit, mir ging es darum mitzuhelfen, einen Justizirrtum in der BRD zu verhindern, was für die Stabilität der Demokratie in Deutschland eine Gefahr bedeutet.

AIB: Was sind die Ziele der IUK, wie arbeitet sie?

B..K.: Sie hat sich am 22.4.96 zur konstituierenden Sitzung getroffen und dann erneut am 22.6.96 in Lübeck. Sie hat zwei Pressekonferenzen abgehalten, ist zwei mal zu einem ausführliche Gespräch mit Bürgermeister BOUTEILLER eingeladen worden und hat mit fast allen Hausbewohnern der Hafenstraßße die den Brand überlebt haben, gesprochen. Ein geplanter Besuch bei dem inhaftierten Angeklagten Safwan Eid wurde zuerst von der Staatsanwaltschaft genehmigt, scheiterte aber dann. Die Staatsanwaltschaft Lübeck verweigerte ebenfalls ein Gespräch mit der IUK.

Die IUK wird Mitglieder als Prozeßbeobachter nach Lübeck schicken.

AIB: Die Schaffung Internationaler Kommissionen, die die Arbeit ausländischer Justizbehörden beobachtet, stellt ja an sich eine recht drastische Einmischung in die Angelegenheiten eines fremden Landes dar; sie müßte sich also durch ernsthafte Bedrohungen für die Menschenrechte in diesem Land rechtfertigen und davon ausgehen, daß die jeweilige Gesellschaft von sich aus nicht in der Lage ist, diese Tendenzen zu unterbinden. Schätzt Ihr die Situation in Deutschland wirklich so drastisch ein?

B.K.: Bei NS-Verbrechen ist ein Eingreifen auf deutsche Ermittlungsbehörden vom Ausland legitimiert, denn die Opfer waren in den meisten Fällen Nichtdeutsche. Die Verbrechen wurden in fremden Ländern begangen, aber von Deutschland ausgeführt.

Im Fall Lübeck wurde ein Verbrechen gegen Flüchtlinge begangen, ebenfalls Nichtdeutsche. Ein Einmischen vom Ausland erscheint mir hier ebenfalls legitimiert, besonders wenn es sich um einen ganz besonders dramatischen Fall handelt. Eine aktive Minderheit des deutschen Volkes hat aus Rassenhaß Ausländer ermordet und starke Indizien weisen auf Neo-Nazis hin. Ein Brandausbruch durch eine defekte Stomleitung ist bis heute auch nicht völlig ausgeschlossen. Es ist also Aufgabe der IUK alle Möglichkeiten sorgfältig zu prüfen, ihre Zusammensetzung ist von Gewicht.

AIB: Hat der bisherige Verlauf der Untersuchung Eure Einschätzung bestätigt?

B.K.: Ja, denn der Jugendrichter hat am 2.6.96 den Haftbefehl gegen Safwan Eid aufgehoben, weil er Zweifel an der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft hat. Er ist vom »dringenden« Tatverdacht auf hinreichenden Tatverdacht abgeändert. Es besteht kein Tatmotiv mehr für den Angeschuldigten. Wir hoffen auch, daß während der Hauptverhandlung das Gericht unsere Observation in Betracht ziehen wird.

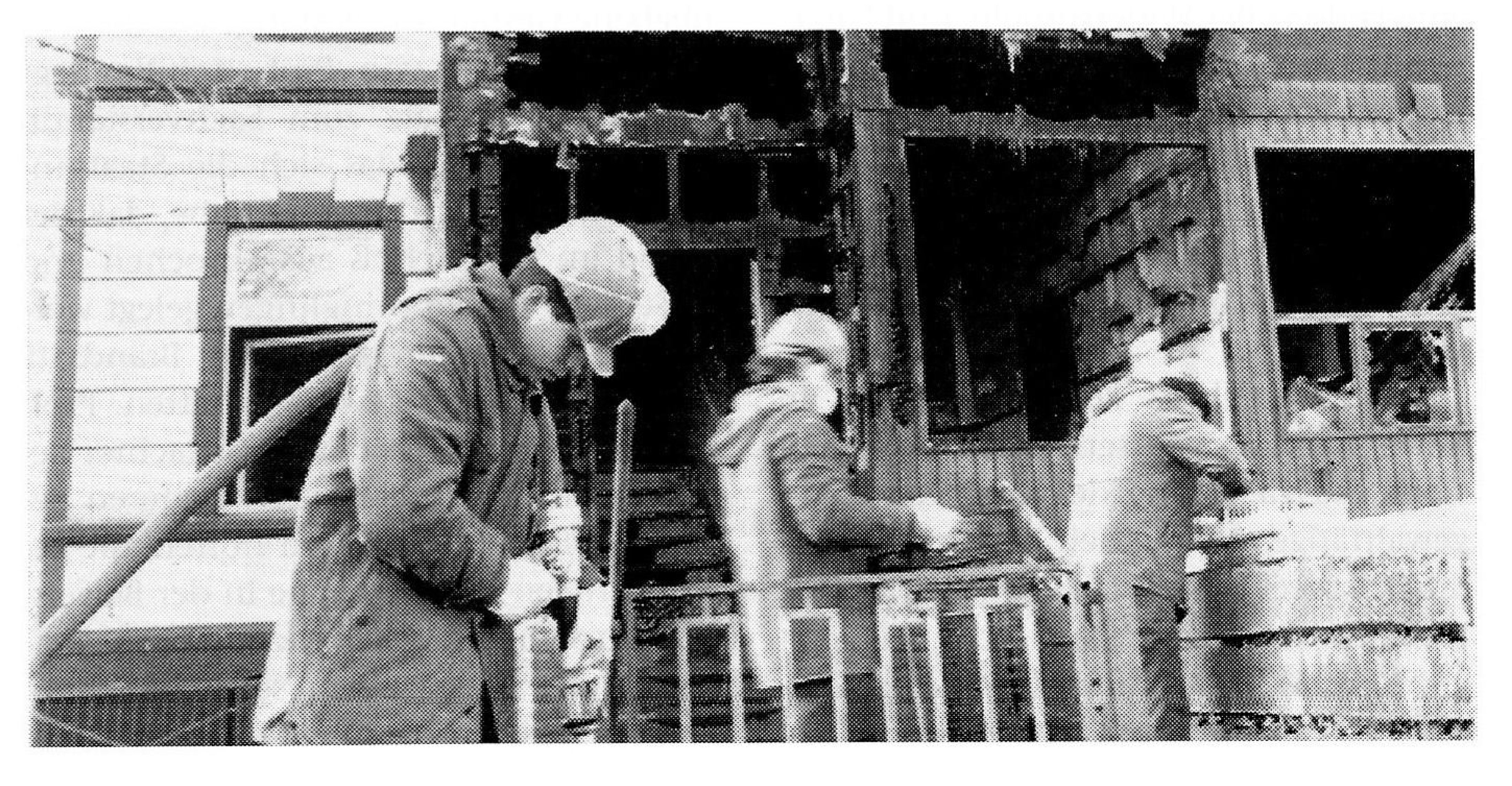
AIB: Haltet Ihr die bisherigen Tatversionen für völlig unglaubwürdig? Haltet Ihr persönlich Safwan auf jeden Fall für unschuldig?

B.K.: Die Tatversionen der Ermittlungsbehörden schließen für uns eine Schuld des Angeklagten aus.

AIB: Safwan wurde aus der U-Haft entlassen, die Anklage geändert. Wäre es ohne die Arbeit der IUK auch dazu gekommen? Welche anderen Faktoren haben diese Wendung mit beinflußt?

B.K.: Wenn die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft nur noch auf schwere Brandstiftung und fahrlässige Körperver-

Beamte der Polizei-Spurensicherung arbeiten am ausgebrannten Asylbewerberheim in Lübeck



letzung herabgesetzt wurde, so ist sicherlich die Arbeit der IUK z.T. hierfür verantwortlich, denn sie hat in ihren Berichten und Presse-Erklärungen auf die zahlreichen Widersprüche und fahrlässige Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und Polizei hingewiesen. Das Engagement von Bürgermeister Bouteiler, die Demonstration der verschiedenen Organisationen und die sehr kritischen Artikel vieler Zeitungen haben ebenfalls dazu beigetragen.

AIB: Ihr vermutet ja als Täter eine Gruppe junger Nazis – stimmt die Einschätzung so? aus dem mecklenburgischen Grevesmühlen. Was spricht für deren Täterschaft?

B.K.: Die Staatsanwaltschaft hat einseitig und nicht, wie es ihre Pflicht ist, objektiv und unvoreingenommen, ermittelt. Sie hat sich darauf konzentriert zusammenzutragen was Sie für Verdachtsmomente gegen Safwan Eid hielt und hält. Sie hat auf der Hand liegende Verdachstsmomente gegen die ursprünglichen Verhafteten vier Grevesmühlener entweder übersehen, nicht zur Kenntnis genommen oder offenbar Widersprüchlickeiten hinwegerklärt. Die IUK widerspricht der Auffassung der Staatsanwaltschaft, derzufolge die Widersprüche »abgearbeitet« seien. Die IUK sieht, im Gegenteil, eine Fülle voller Widersprüche und Ungereimtheiten, die vor allem eines unabweisbar machen: die Wiederaufnahme der Ermittlungen gegen die Vier.

AIB: Ist es Zufall, daß erneut Lübeck im Mittelpunkt mutmaßlicher rechtsextremer Aktionen steht?

B:K: Lübeck ist keine Stadt, die im Mittelpunkt rechtsetremer Aktionen steht. Es ist aber eine kleine militante und gewalttätige Minderheit, die den Eindruck erwecken soll, Lübeck sei eine Stadt rechtsextremer Überfälle

AIB: Wie ist das angebliche Täterwissen Safwans zu verstehen?

B.K.: Selbst die Staatsanwaltschaft mußte vom »Täterwissen« Safwans abrücken, weil er nicht wie anfänglich behauptet, vom Brandausbruch im 1. Stock gesprochen hatte, wovon die Ermittler ausgingen. Er habe Benzin an eine Tür gekippt und angezündet, das brennende Benzin sei dann eine Treppe hinuntergeflossen, so die angeblichen Aussagen des Libanesen gegenüber JENS LEONHARD. Diese Angaben kontert Verteidigerin Heinecke »lassen sich mit beliebigen Türen in einer beliebigen Etage vereinbaren«. Ohnehin befindet sich an der von der Staatsanwaltschaft angenommenen Ausbruchstelle im ersten Stock weder Tür noch Treppe. Dennoch: Neben dem Satz »wir waren es« bleibt jenes »Täterwissen« zunächst die Grundlage, die einen Tatverdacht gegen Safwan rechtfertigt.

AIB: Könnt ihr etwas über die verschiedenen Brandgutachten sagen?

B.K.: Die IUK ist besorgt darüber, daß Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten über die Ursache und den Ausbruchsort des Brandes nicht mehr aufgeklärt werden. Die Staatsanwaltschaft ist schon sehr früh zur festen Überzeugung gekommen, daß das Feuer im ersten Stock ausgebrochen sei. Sie behauptet auch unzutreffenderweise, das von Safwan ausgebliebene Geständnis bestätigt würde.

Die Aussage von Prof. Achilles legt aber im Gegensatz zum Sachverständigengutachten auf das sich die Staatsanwaltschaft stützt, dringend nahe, daß der Brand im Erdgeschoß ausgebrochen und außerdem von Eindringlingen gelegt worden sein könnte, die einen Brandsatz durch ein Fenster geworfen hatten. Prof. Achilles ist vom Gericht als Gutachter bestellt worden, er wird einen weiteren Bericht vorlegen, der wie wir hoffen, die gegenwärtigen Widersprüche in der Beweislage hinsichtlich des Brandausbruchs aufklärt. Allerdings wird er sein Gutachten erst fertigstellen, wenn er die überlebenden Bewohner der Hafenstr. im Prozeß als Zeugen gehört hat.



Feuerwehrleute transportieren die Leiche eines Kindes aus dem Asylbewerberheim in Lübeck nach dem Brandanschlag vom 18.1.96

AIB: Wie kommt die Aussage des Sanitäters zustande – die ja offenbar das zentrale Indiz ist, das Safwan belastet.

B.K.: An dem Freitag nach dem Brand meldet sich der Sänitäter J. Leonhard bei der Polizei und berichtet, er habe in der Brandnacht die überlebenden Flüchtlinge aud dem Brandhaus ins Krankenhaus gefahren. Als er Safwans vebrannte Ohren medizinisch versorgte habe dieser ihm gesagt: »*Wir waren das. Wir haben Benzin gegen ein Tür gekippt und angezündet*«. Safwan hat diesen Satz mehreren anderen Zeugen wiederholt, sogar vor Einstieg in den Bus. Niemand hatte es als ein Geständnis als Täter ausgelegt. Als die Verteidigung später den Satz Safwan zusammen mit einer arabischen Dolmetscherin wiederholen ließ, wurde klar daß er im Deutschen Schwierigkeiten mit der Aussprache hat: wir waren es soll heißen »*Die waren es.*« Er bezog sich auf Leute die Monate zuvor versucht hatten, vor dem Flüchtlingsheim das Auto der Familie zu stehlen, von den Brüdern gestellt und der Polizei übergeben wurden. All diese logischen Erklärungen haben die Staatsanwaltschaft nicht überzeugen können.

AIB: Trotz der aufgenommenen Ermittlungen gegen die Grevesmühlener Jungnazis wird im September der Prozeß gegen Safwan eröffnet. Gibt es denn noch einen begründetet Verdacht gegen ihn?

B.K.: Am 16.9. beginnt der Prozeß gegen Safwan vor der Jugendkammer des Landgerichts Lübeck. Sie zieht nahezu alle angeblichen Beweise gegen den Beschuldigten in Zweifel. Für die Eröffnung des Prozeßes gibt es wohl keinen »dringenden« aber »hinreichenden« Tatverdacht.

AIB: Muß nicht der Prozeß notwendigerweise eröffnet werden, damit Safwans Schuld oder Unschuld eindeutig geklärt wird, und wenn er unschuldig ist, er auch offiziell von einem Gericht freigesprochen wird.

B.K.: Es hätte wohl die Möglichkeit gegeben, das Verfahren gegen Safwan mangels Beweisen einzustellen, das hätte aber ein schlechtes Licht auf die Ermittler geworfen. Wir hoffen, daß die Jugendkammer sich im Laufe der Verhandlung von der Unschuld Safwans überzeugen kann und ihn freisprechen wird.

AIB: Die deutsche Presse spricht allgemein vom »schlampigen Ermittlungen«, von »Ermittlungspannen« usw. Doch drängt sich der Verdacht geradezu auf, daß die Verschleppungen und die Einseitigkeit

absichtsvoll geschehen. Handelt es sich um einen Einzelfall? War es Euch möglich, andere Fälle von angeblich nicht rassistischen Brandstiftungen mit zu untersuchen? Gibt es parallele Fälle, sind bereits Menschen mit ähnlich zweifelhafter Schuld wie Safwan verurteilt worden?

B.K.: Es ist nicht das erste mal in der BRD, daß ein Brandopfer zum Täter gemacht werden soll. Als in Hattingen das Haus einer türkischen Familie angezündet wurde, deutete alles zuerst auf einen Anschlag von Neo-Nazis hin. Angeklagt aber wude eine Türkin, Frau ÜNVER, ihre Familie war im Brandhaus gewesen, wie im Fall Safwan dessen zahlreiche Familie sich bei Brandausbruch im Haus der Hafenstraße befand. Der Fall des Türken MEHMET GÜCLÜK aus Ebendorf (Oberpfalz) Er ist ebenfalls angeklagt, sein Haus in Brand gesetzt zu haben, als seine Familie nachts schlief. Er sitzt 9 Monate in Untersuchungshaft, im Prozeß wird er dann aus Mangel aus Beweisen freigesprocheen. Trotz Freispruch aber muß die Familie Güclük aus Erbendorf wegziehen, denn er wird von den Bewohnern angefeindet.

AIB: Aber welche Absicht verfolgen denn Staatsanwaltschaft und Polizei mit diesem Vorgehen?

B.K.: Man ist in Sorge um das »gute Ansehen Deutschlands in der Welt«, das ja seit Maueröffnung wesentlich gelitten hat, hinsichtlich der Auschreitnug von Rassisten und Neo-Nazis gegen Ausländer. Darum die Reaktion: nicht wir, es waren die anderen. In diese Richtung hat auch Bundespräsident Roman Herzog gewiesen, als er zu dem Brandanschlag in Lübeck sagte: wenn es wieder Rechtsexteme waren, dann ist meine Geduld zu Ende. Staatsanwaltschaft und Polizei haben sich von dieser Angst leiten lassen.

AIB: Gibt es einen Zusammenhang, zum mutigen Auftreten von Bürgermeistr Bouteiller?

B.K.: Die IUK hat zwei ausführliche Gespräche mit Bürgermeister Bouteiller geführt. Wir wissen, daß er die menschenunwürdige Flüchtlings- und Ausländerpolitik in der BRD verurteilt. Er hat nach der Brandnacht gefordert, Sammelunterkünfte für Flüchtlinge aufzulösen. Es ist auch sein Verdienst, daß die überlebenden Flüchtlinge aus der Hafenstaße heute in ganz normalen Wohnungen leben. Er setzt sich ebenfalls dafür ein, daß sie nicht in ihre Herkunftländer abgeschoben werden. Für die »Liberalen Nachrichten« is er daher ein »rotes Tuch«.

AIB:Wie nimmt die interantionale Öffentlichkeit den Fall war?

B.K.: Seit Mauerbruch und Schengener Abkommen wird die Asylpolitik in allen EG-Staaten als heißes Eisen behandelt. Frankreich hat gerade z.Z. besondere Probleme mit seiner Flüchtlingspolitik und wird es sich daher nicht leisten können, seinem deutschen Nachbarn mit Ratschlägen zur Seite zu stehen.

AIB: Mit welchen Kräften innerhalb Deutschlands läßt sich nach Eurer Erfahrung gut zuammenarbeiten?

Von wem seit ihr eher entäuscht, wer behindert eure Arbeit?

B.K.: Wir begrüßen alle Initiativen in der BRD, die gegen Xenophobie ankämpfen. Es sind heute keine Lichterketten mehr wie u.a. nach Hoyerswerda. Die Mitglieder der Organisationen die gegen den Rassismus ankämpfen, werden geringer.

Sie sollen alle zusammenstehen und die IUK will mit ihnen arbeiten.

AIB: Gibt es eine Art »Ausblick«, eine Prognose für den weiteren Verlauf von Prozeß und Ermittlungen?

B.K.:Die IUK wartet mit Ungeduld auf die Prozeßeröffnung und ist davon überzeugt, daß die deutsche Justiz den »wahren Schuldigen« finden und verurteilen wird.

AIB: Wann bzw. unter welchen Bedingungen wird die Kommission ihre Arbeit beenden?

B.K.: Die IUK ist gezwungen, den Ausgang des Prozeßes abzuwarten. Sollte Sie überzeugt sein, daß der »wahre Schuldige« nicht verurteilt wurde oder wenn es keine kriminelle Handlung war, man nicht die wahre Brandursache feststellen kann, dann wird sie ihre Arbeit weiterführen.

AIB: Wir danken dir für dieses Interview. ■

Vier Jugendliche und zwei Sanitäter

»*Das Problem ist, daß die Deutschen genau das Ende der Sache nicht wollen, auf das wir Anspruch haben.*« In der Tat ist mit den Worten von Kibolo Katuta, einem der Überlebenden der Brandnacht im Lübecker Flüchtlingsheim, alles über die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in der Hansestadt gesagt. Zehn Menschen sterben an jenem 18. Januar in den tödlichen Flammen, 38 entkommen dem Feuer zum Teil schwer verletzt. Am nächsten Morgen werden im nahegelegen Grevesmühlen vier junge Männer kurzfristig festgenommen, die sich in der Nacht in Lübeck aufgehalten haben und mehrmals in der Nähe der Flüchtlingsunterkunft gesehen wurden. 24 Stunden später sind die Vier wieder auf freiem Fuß – kurz bevor der Hausbewohner Safwan Eid als Tatverdächtiger verhaftet wird. Ab 16. September steht er vor der Jugendkammer des Lübecker Landgerichtes. Gegen die vier Männer aus Grevesmühlen und Umland ermittelt die Staatsanwaltschaft bis heute nicht weiter, obwohl zahlreiche Spuren in die Mecklenburger Kleinstadt führen.

Ein Fax der Polizeistation Neustadt sollte den Vieren ein schnelles Alibi liefern. Drei von ihnen seien zur Zeit des Brandausbruchs – gegen 3.20 – an einer rund 16 Kilometer entfernten Tankstelle von der Polizeistreife Trave 2/12 gesehen worden. Ob die drei tatsächlich, wovon die Staatsanwaltschaft ausgeht, identisch sind mit den Grevesmühlenern Heiko Patynowski, René Burmeister und Maik Wotenow, ist nicht geklärt. Waren eventuell noch weitere Männer mit einem zweiten Wartburg in Lübeck unterwegs? Eine Gegenüberstellung mit dem Tankwart gibt es nicht.

Aber ohnehin steht der Zeitpunkt des Brandausbruches nicht fest, wie selbst die Lübecker Jugendkammer am 2. Juli erklärt. Und die betreffende Tankstelle befindet sich nicht 16, sondern gerade einmal fünf Kilometer – also wenige Minuten – von der Hafenstraße 52, wo das Flüchtlingsheim stand, entfernt.

Ein schwaches Alibi also für die Grevesmühlener Männer, die allesamt der rechtsradikalen Szene der Stadt zuzurechnen sind. Dennoch: Für den Lübecker Staatsanwalt Klaus-Dieter Schultz sind die Spuren nach Grevesmühlen schnell abgearbeitet. »*Gegen diese vier jungen Männer läßt sich kein Tatverdacht begründen*«, bekräftigt Schultz, nachdem bekannt wird, daß bei drei von ihnen nach der Brandnacht Versengungen an Haaren, Wimpern und Augenbrauen festgestellt wurden. Verbrennungen, die sie sich laut medizinischen Untersuchungen nur in der Brandnacht zugezogen haben können.

Die Erklärungen dafür, wie die Grevesmühlener zu den Brandspuren gekommen sein wollen, wirken eher peinlich. Maik Wotenow will vier Tage zuvor einen Hund geärgert haben, in dem er diesen mit Haarspray eingesprüht und dann angezündet habe. Nach dem entsprechenden Hund hat die Polizei nie gesucht. René Burmeister berichtet, er habe im Dunkeln Sprit für sein Mofa abgezapft. Als er dann mit dem Feuerzeug nachschauen wollte, ob alles seine Richtigkeit hat, habe es eine Stichflamme gegeben. Dirk Techentien will sich seine Versengungen beim Anzünden des Ofens geholt haben.

Das alles hat Staatsanwalt Schultz »*auch nicht in vollem Umfang überzeugt*«. Weil aber nicht sein kann, was nicht sein darf, überlegt sich der Ankläger selbst, wie die Jungs zu ihren Verbrennungen gekommen sein könnten und mutmaßt, die Verdächtigen könnten beispielsweise ein Auto abgefackelt haben. Ein solches Auto taucht aber in den Akten nie auf. Die Grevesmühlener, die bei ihren Vernehmungen angeben, sie seien in der Nacht unterwegs gewesen, um Fahrzeuge zu knacken, erzählen den Ermittlern auch nie etwas von abgebrannten Autos.

Erst nachdem Safwan Eid am 2. Juli mangels »dringendem Tatverdacht« aus der Untersuchungshaft entlassen werden muß, interessieren sich die Fahnder wieder für ein Auto. Von Dirk Techentien, der in der Nacht angeblich einen geklauten Golf GTI nach Grevesmühlen gefahren haben soll, lassen sich die Ermittler auf einen Schrottplatz führen. Rückstände an dem Golf finden sie allerdings nicht. Den hatte die Polizei bereits am 19. Januar vergeblich nach Brandspuren untersucht. Die Vier werden zwar nochmal vernommen, allerdings, wie Schultz betont, nicht als Beschuldigte.

Entsprechend interessiert sich die Staatsanwaltschaft auch nicht für die Wahrnehmung eines Anwohners des Hauses An der Untertrave 63, rund einen Kilometer von der Hafenstraße 52 entfernt. Der Beobachter sieht in der Tatnacht um 1.45 Uhr gegenüber seiner Wohnung einen blonden jungen Mann, der ein Beil hin- und herschwenkt, als wolle er Zeichen geben. Kurze Zeit darauf hört er Stimmen mehrerer junger Männer, die sich hochdeutsch unterhalten. Der Jüngling, der zufällig aussieht wie der Grevesmühlener Skinhead Maik Wotenow, trägt einen Rucksack mit sich. Dennoch suchen die Ermittler nicht nach einem Rucksack, den Wotenow am nächsten Morgen bei seiner Freundin Kerstin Bibow abstellt. Pikanterweise waren die vier Tatverdächtigen nach eigenen Angaben gegen 1.30 damit beschäftigt, an einem ganz anderen Ort ein Auto zu knacken.

Ob die Grevesmühlener tatsächlich für den Brand verantwortlich sind oder eventuell neben weiteren Beteiligten eine Nebenrolle spielten, ist bisher noch unklar. Ebenso konnten Antifas bisher nicht aufklären, wieweit die Vier definitiv in organisierte rechtsradikale Strukturen eingebunden sind. Ihre Aussagen

Wir bleiben dabei:
Safwan ist unschuldig!
Schluß mit den rassistischen Ermittlungen!

Diese Feststellung reizte die Staatsanwalt zu Ermittlungen, Razzia und Beschlagnahme (u.a. unserer Computer!)...
Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir werden gerade zum Prozeß mit unseren Positionen weiter für Solidarität mit Safwan streiten!
Dafür brauchen wir Geld, und zwar viel und dringend!
Die bisherige Arbeit zum Brandanschlag hat uns (ohne die beschlagnahmten Computer...) ca. DM 10.000 gekostet.
Deswegen:
Spendenkonto Nr. 566406-201, Postbank HH, BLZ 200 100 20, Kontoinhaber (Bitte unbedingt angeben!) Christoph Kleine.
Danke!

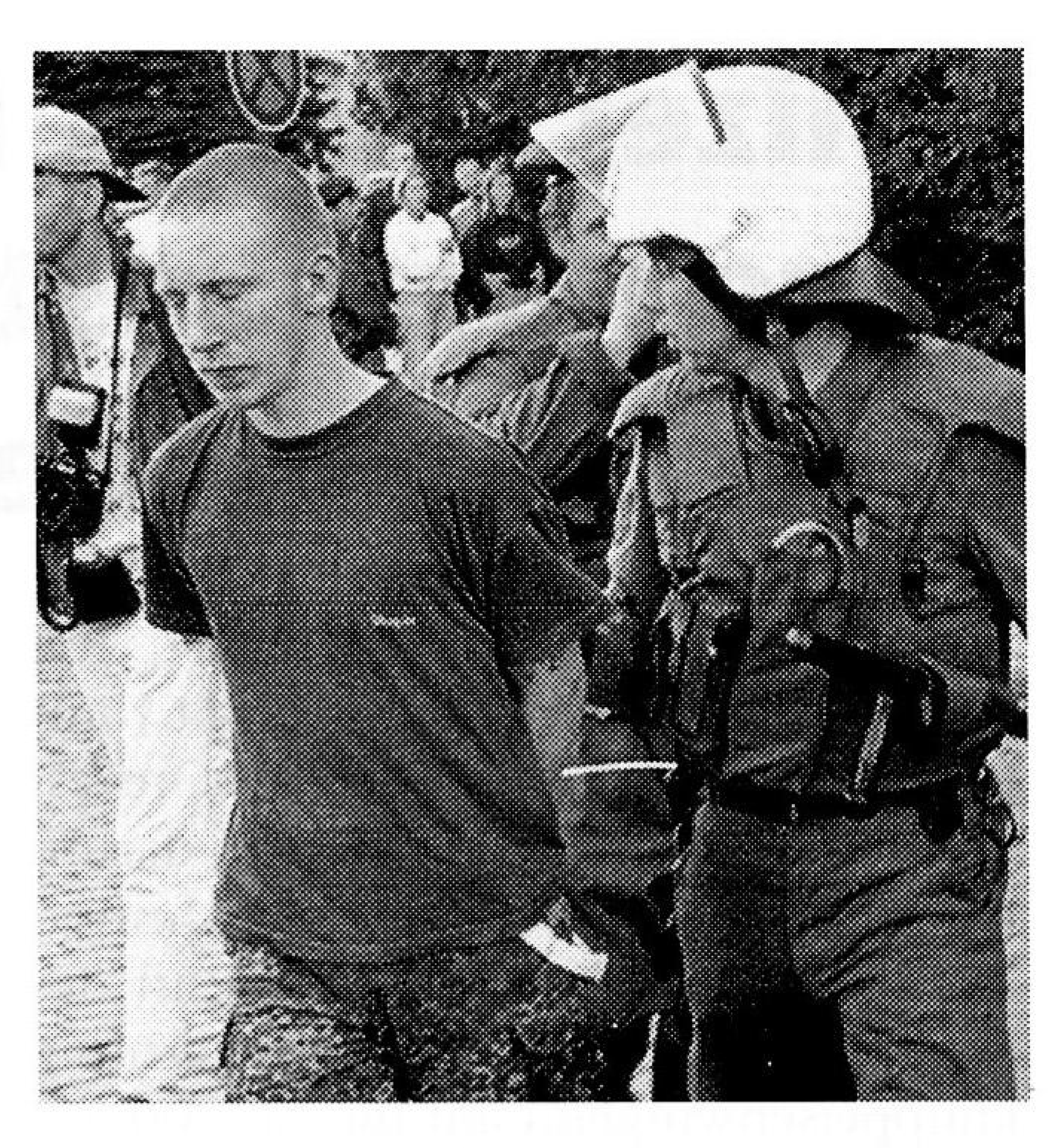
Lübecker Bündnis gegen Rassismus

und ihr Handeln sprechen aber allemal eine klare Sprache. Techentien gibt bei seiner Vernehmung an, seine Gruppe »*war auch in Rostock dabei*«. Burmeister ist angeblich neutral gegenüber »*Juden, Negern, Ausländer und Wessis*«. Heiko Patynowski gibt sich »*kritisch*« gegenüber Brandanschlägen, »*weil die Rechten deutsches Gut versauen*«. Maik Wotenows ehemaliges Zimmer im Jugendwohnheim zieren SS-Literatur und eine Reichskriegsflagge. Er saß unter anderem wegen des Sprühens von Hakenkreuzen in Untersuchungshaft und erzählte vor dem 18. Januar einem Freund, er habe oder wolle demnächst in Lübeck was anstecken.

Doch dieser Aussage räumen die Ermittler offensichtlich keine Bedeutung ein, ganz im Gegenteil zu jenem angeblichen Geständnis, das Safwan Eid in der Nacht auf dem Weg ins Krankenhaus dem Rettungssanitäter JENS LEONHARDT offenbart haben soll. Neben umstrittenen Brandgutachten und fragwürdigen Übersetzungen abgehörter BesucherInnengespräche ist es vor allem diese Beichte – »*wir waren es*« –, mit der die Anklage gegen den libanesischen Flüchtling aufrecht erhalten wird. In verschiedenen Versionen berichtet der Sanitäter Leonhardt seiner Hauswirtin, einer Kollegin und den vernehmenden Beamten von diesem Geständnis. Trotz zahlreicher Widersprüche hält die Staatsanwaltschaft den Zeugen laut Anklageschrift für »*uneingeschränkt glaubwürdig*«. Aussagen der betroffenen Flüchtlinge hingegen bewertet die Behörde häufig *als »bewußten Versuch, vom tatsächlichen Tatgeschehen abzulenken*«. Einlassungen des Angeschuldigten, er habe »*die haben das gemacht*« gesagt und deutsche Rechtsradikale gemeint, seien »*reine Schutzbehauptungen*«.

Über die tatsächliche Glaubwürdigkeit des Rettungssanitäters allerdings sind in den vergangenen Monaten erhebliche Zweifel aufgetaucht. In seiner Aussage am 31. Mai gegenüber der Polizei will er von dem Geständnis Eids bereits gehört haben, bevor er sich mit dem Libanesen auf der Fahrt ins Krankenhaus befunden habe; eine auffällige Angleichung an Aussagen, die dessen Freund und Sanitäter MATTHIAS HAMANN zuvor gegenüber den Ermittlern gemacht hat. Auch er hatte in ersten Angaben geäußert, er habe von dem vermeintlichen Geständnis schon vor der Abfahrt des Krankentransportbusses gehört. Hamann ist es auch, der die Polizei über das angeblich von Leonhardt gehörte Geständnis Safwan Eids informiert. Etwa zeitgleich mit der Freilassung des libanesischen Flüchtlings wird





Zwei Nazis am Rand der Demo in Grevesmühlen, wo es angeblich keine rechtsradikale Szene geben soll

bekannt, daß Matthias Hamann zumindest Ende der achtziger Jahre Kontakte zu rechtsradikalen Kreisen unterhielt. Während seiner Zeit als Mitarbeiter beim Malteser Hilfsdienst finden Kollegen im Spind des damals 16 bis 18jährigen Sanitäters eine Gaspistole, einen Gummiknüppel und Protokoll-Papiere über den Aufbau einer Wehrsportgruppe in Lübeck (Titel: »Verteidigungsabschnitt Süd« oder »Verteidigungsfront Süd«).

Möglicherweise bestehen auch Verbindungen zwischen dem Kronzeugen Leonhardt und den vier Grevesmühlener Rechtsradikalen. Betreuer eines Heimes, in dem Maik Wotenow im vergangenen Jahr gewohnt hat, finden bei dessen Hinterlassenschaften einen Zettel, auf dem der ausgeschriebene Name von Leonhardt steht. Auf Fragen der Polizei, wen Wotenow unter diesem Namen kenne, gab der Grevesmühlener zwei Personen an, von denen einer überhaupt nicht existiert.

Kurz nach Bekanntwerden dieses Zettels interviewt Spiegel-TV die ehemalige Freundin Wotenows, Kerstin Bibow Diese spricht von einem weiteren Zettel, den sie der Polizei übergeben habe. Auf diesem Stück Papier sollen neben Matthias Hamann und Jens Leonhardt auch die Namen zweier Grevesmühlener stehen, die im Oktober 1995 versucht haben, das Auto der Familie Eid zu klauen und dabei von den Söhnen Mohammed und Safwan gestellt wurden. Einen entsprechenden Zettel soll es zwar nach Angaben von Staatsanwalt Schultz tatsächlich geben, die erwähnten Personen seien darauf allerdings nicht zu finden. Ob es sich also bei den »Spiegel-TV«-Recherchen lediglich um eine Medieninszenierung handelt, ist bisher unklar.

Doch ob gesicherte Informationen oder Medien-Hipes, alle möglichen rechtsradikalen Hintergründe des Lübecker Brandes werden nach dem Willen der Staatsanwaltschaft im Prozeß gegen Safwan Eid keine Rolle mehr spielen. Es wird an der Verteidigung des Libanesen liegen, die als Zeugen geladenen Grevesmühlener sowie die Rettungssanitäter Matthias Hamann und Jens Leonhardt auf deren potentielle politische Motivationen zu hinterfragen.

Die Strafverfolger haben bereits mit Hilfe mehrerer Brandgutachten von Landes- und Bundeskriminalamt einen Brandanschlag von Außen ausgeschlossen, da diese davon ausgehen, daß das Feuer im ersten Obergeschoß gelegt worden sein muß. Eine Gegen-Expertise des Frankfurter Brandschutzexperten Professor Ernst Achilles, der einen Brandausbruch im hölzernen Vorbau des Hauses für wahrscheinlich hält, versucht die Staatsanwaltschaft in der Anklageschrift zu entkräften. Die Wahrnehmungen Marwan Eids, der eine kleine Explosion und das Quietschen (vermutlich eines Gartentores) gehört hatte, sind in der Anklageschrift unter dem Punkt »Die Entstehung des Brandes« nicht erwähnt. Auch von Äußerungen der Flüchtlinge, nach denen die Haustür häufig nicht abgeschlossen gewesen sei, ist nicht die Rede.

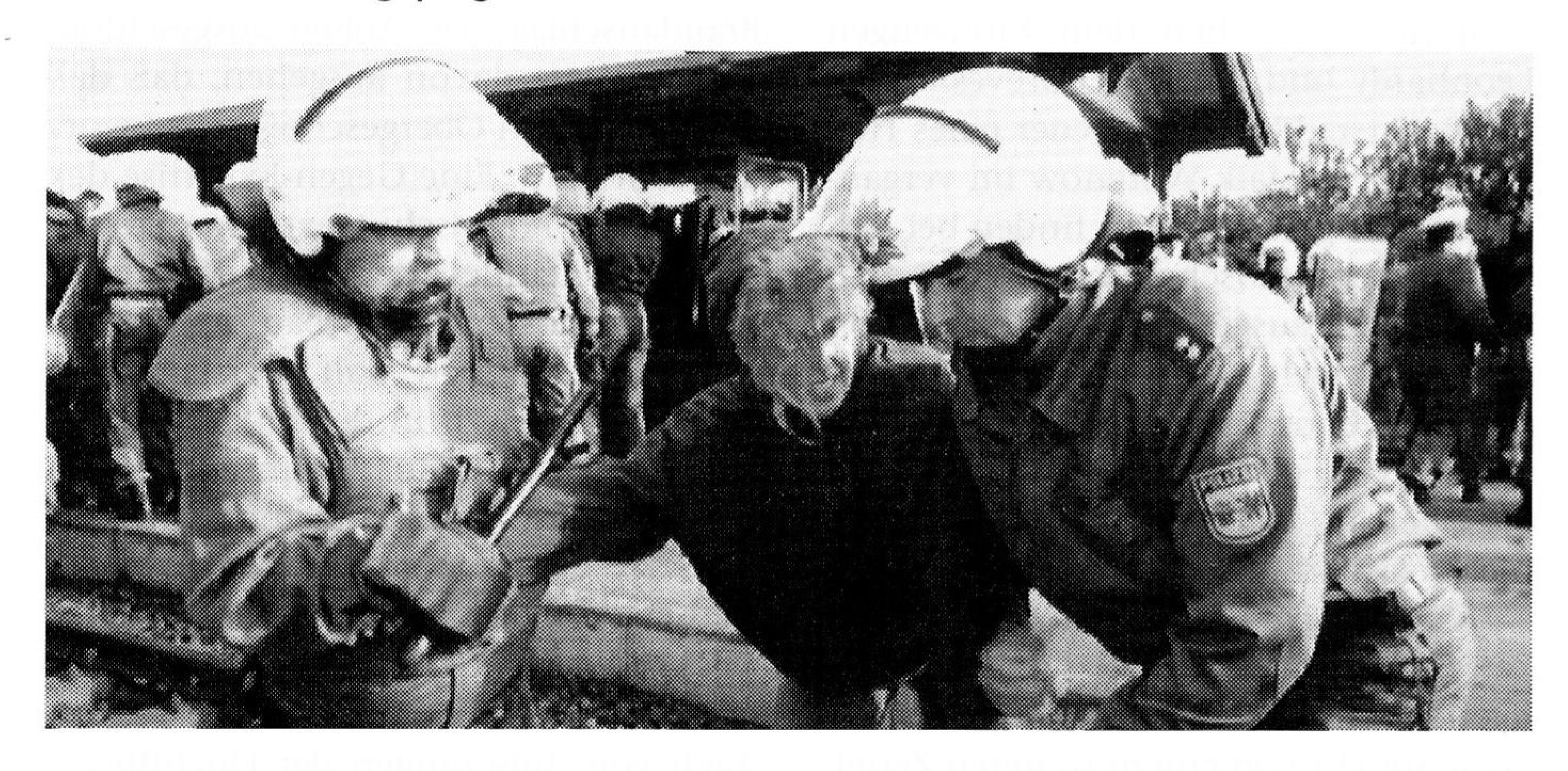
Naheliegend, daß die Ankläger auch mit einschlägigen Beweisstücken entsprechend umgegangen sind. Das Bodenbrett der Stelle, an der das Feuer im ersten Stock ausgebrochen sein soll, fehlt. Ebenso die Zarge des Haustürschloßes. Das Metallteil geht auf dem Weg von der Kriminalpolizei zur Kriminaltechnischen Untersuchung verloren. Vielleicht hat man dem Beweisstück keine besondere Bedeutung zugemessen. Warum auch? Schließlich konnte der Lübecker Polizeisprecher DETLEF HARDT bereits Anfang Februar verkünden, in Richtung eines Anschlages von Außen werde nicht mehr weiter ermittelt. ■

Polizei prügelt Kundgebung gegen Demonstrationsverbot in Grevesmühlen auseinander

Am Sonnabend, den 31. August, um 17.23 Uhr fährt der Interregio 3661 aus Lübeck in den Bahnhof von Grevesmühlen ein. Über 700 Polizisten, darunter auch SEK, warten vor dem Bahnhof. Wenige Minuten nach der Ankunft des Zuges stürzen sie sich ohne Vorwarnung knüppelschwingend auf die ca. 200 angekommenen DemonstrantInnen. Obwohl sich unglaubliche Szenen abspielen, bleiben die meisten DemonstrantInnen ruhig und lassen sich festnehmen.



Sofort nachdem sich die Angereisten zur Kundgebung formiert hatten, wurden sie von der Polizei auseinandergeprügelt



Anders die Einsatzkräfte, die nicht nur bei der Verhaftung der AntifaschistInnen brutal, rücksichtslos und erniedrigend vorgehen, sondern auch beim Abtransport und im späteren Gewahrsam mit überzogener Härte sowie vorsätzlichen Schikanierungen arbeiten.

Ein verhafteter Antifaschist berichtet:» *Die 'Auflösung' dieser 'Demonstration' bestand darin, daß das MEK ohne Vorwarnung (...) auf die Menschentraube einknüppelte, sie zusammendrängte und Leute einzeln herausgriff, auf den Boden warf und mit Plasikbinden fesselte. Menschen, die wenn überhaupt nur passiven Widerstand leisteten, wurden zielgerichtet 'plattgemacht'. Die MEK-Beamten achteten ebensowenig darauf, ob im Kessel Menschen zertrampelt wurden, noch darauf, ob die von ihnen Abgegriffenen verletzt waren, Brillen trugen etc. mit einem Wort: Sie verhielten sich, wie hirntote Gorillas, die auf die Eskalation programmiert waren.*

Das 'in Gewahrsam nehmen' bestand darin, daß die Abgegriffenen und den Abgeführten mit Plastikschellen die Hände zusammengeklemmt, sie auf dem Bahnhofsvorplatz eingekesselt, einige ohne Vorwarnung erneut zusammengeknüppelt, eine Frau mit Armverband verprügelt wurde und eine weitere Frau, die überhaupt nichts gemacht hatte, von den übrigen Leuten isoliert, mit einem Schäferhund bewacht, gefesselt, knieend sich von Dorfnazis bewerfen lassen mußte, die unbehelligt der Szene beiwohnen durften. Dem 'Gewahrsam' auf dem Bahnhofsvorplatz von Grevesmühlen folgte der Abtransport in Kleinbussen und einem Großbus. Die Fahrer hatten sich eine besonders geistreiche Variante des Knüppelns per Fußpedal ausgedacht, in dem die Gefesselten und nicht angeschnallten durch Vollbremsung gegen die Zellenwände bzw. Rückenlehnen knallen ließen. (...) Die Fahrt führte zum erneuten Einkesseln in einem Häuserwinkel, in dem sich ein Eingang zu einer verfallenen Halle befand. Ein Teil der Gefesselten wurde in diese Halle gebracht. (...) Um ca. 23.00 Uhr wurden die Leute, die noch nicht in die Ruine geführt worden waren, in eine Turnhalle in Boltenhagen an der Ostsee bei Grevesmühlen gebracht.« Dem hinzuzufügen wäre noch, daß es auch in der Turnhalle zu Übergriffen auf die Gefangenen kam. Nazis wurden nur vereinzelt festgenommen, trotzdem sie zu Dutzenden am Rande standen und durch faschistische Parolen sowie Hitlergrüße auffielen.

Ursprünglich sollte an diesem Tag in Grevesmühlen eine Demonstration unter dem Motto »*Die Täter sind überall...*« bzw. »*Den Tätern auf die Pelle rücken*« stattfinden, die aber verboten worden war. Nachdem das Demonstrationsverbot auch in zweiter Instanz durch das Oberverwaltungsgericht Schwerin bestätigt wurde, wobei man sich hier auf Auszüge aus dem Aufruf berief, die angeblich eine klare Gewaltbereitschaft signalisierten, wichen die VeranstalterInnen aus dem antideutschen und antifaschistischen Spektrum nach Lübeck aus. Dort fand fand dann die Demonstration mit etwa 300 Menschen statt. Anschließend wollten 200 der DemonstrantInnen nach Grevesmühlen fahren, um dort mit einer angemeldeten Kundgebung kurz und friedlich gegen das Verbot zu protestieren und zu zeigen, daß sie sich nicht davon abbringen lassen, in dem Ort zu demonstrieren, aus dem die vier potentiellen Täter von Lübeck stammen. Ihr Ansinnen wurde mit dem oben beschriebenen Szenario geahndet.

Die Polizei geriet auf der anschließenden Pressekonferenz in Erklärungsnot bezüglich des harten Einsatzes, bei dem insgesamt 313 Personen festgenommen wurden, darunter auch einige schwerbewaffnete Faschisten. Einsatzleiter ALPEN leugnete den Schlagstockeinsatz und berief sich auf angeblich vorhandene Waffen, die aber schon am Vormittag als bei angereisten Faschisten beschlagnahmten Waffen präsentiert worden waren.

Vor dem Hintergrund des Ermittlungsverlaufes im Fall des Brandanschlags von Lübeck, gegen den die DemonstrantInnen demonstrieren wollten, erhält das Geschehen vom 31. August besondere Brisanz. Offensichtlich versuchen Polizei und Politik mit allen Mitteln zu verhindern, daß ein anderes Bild über die Brandnacht vom 18. Januar diesen Jahres an die Öffentlichkeit dringt, als das Ergebnis der offiziellen Ermittlungen. ■

Gary Lauck von Hamburger Gericht zu vier Jahren Haft verurteilt

NSDAP/AO ein Auslaufmodell?

Ende August hat das Hamburger Landgericht gegen den Auslandschef der NSDAP/AO, Gary Lauck, eine Haftstrafe von vier Jahren wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass verhängt. Damit blieb das Gericht ein Jahr unter der Höchststrafe für diese Delikte. Es sah es als erwiesen an, daß der 43jährige Lauck mehr als 20 Jahre lang NS-Propagandamaterial aus den USA in die Bundesrepublik geschickt und in seinen Schriften die Massenmorde in Auschwitz geleugnet habe. Zahlreiche der ursprünglichen Anklagepunkte mußte die deutsche Justiz fallen lassen, da nur die Vorwürfe, die auch in Dänemark mehr als ein Jahr Haft bringen würden, zugelassen waren. Daran war die Auslieferung Laucks aus Dänemark geknüpft.

Das Gericht hatte von der Höchststrafe abgesehen, da Lauck mit Worten gehandelt habe – eine im übrigen sehr dezente Umschreibung seiner rüden antisemitischen Hetze. Lauck auf die propagandistische Ebene zu reduzieren, blendet jedoch die politischen Strukturen aus, in denen er operiert. Auf diese Leimspur gehen auch die Vertreter des *freedom of speech,* die im Lauck-Prozeß in erster Linie eine Einschränkung der Meinungsfreiheit sehen.

Welche Auswirkung wird das Urteil gegen Lauck für die hiesige Neo-NS-Szene haben? Lauck, mit Hitler-Schnäuzer und der Vorliebe, in Nazi-Uniform durch die Gegend zu laufen, wird in seiner Umgebung in Lincoln nicht sonderlich ernst genommen und spielt auch in der neofaschistischen Szene der USA keine besondere Rolle. Ganz anders ist seine Tätigkeit für die deutsche und teilweise europäische Szene zu beurteilen. Für die Bundesrepublik ist er der größte Lieferant an NS-Material und sein schon mehr als zwei Jahrzehnte währender, stetiger Materialfluß schuf Kontinuität für die junge militante NS-Generation, die ab den 70ern auf den Plan trat.

Die NSDAP/AO stellt keine starre Organisationsstruktur dar, dadurch ist sie schwerer faßbar für die Behörden (die allerdings immer zahlreiche Spitzel in deren Reihen hatten). Als Propaganda-Dienstleistungsunternehmen war sie nicht den politischen Konjunkturen der Neo-NS-Bewegung unterworfen. Sie bietet ein niedrigschwelliges Aktionsangebot (nächtliches Plakatieren, Parolen-Schmierereien), das darauf zielt, das NS-Verbot ständig zu durchbrechen und auszuhöhlen. Damit erreicht sie besonders junge Rechte, die gerade anpolitisiert worden sind.

Ihre Bedeutung hat die NSDAP/AO aber nicht als reines Propagandaunternehmen, sondern durch ihre enge Verzahnung mit Nazistrukturen in der BRD. 1975 war die NSDAP/AO an dem bundesweiten Versuch einer einheitlichen NSDAP beteiligt. Dieser Ansatz unter der Koordination des Altnazis Wilhelm Wübbels brachte es zwar zu Ortsgruppen in etlichen Städten, die sich aber bis 1978 bereits wieder aufgelöst hatten oder wurden. In Hamburg hatte Michael Kühnen zuvor eine SA-Gruppe im Rahmen der NSDAP/AO aufgebaut. Jedoch schon bald waren die Handvoll Mitglieder bekannt, außerdem hinderte das abgeschottete Zellensystem daran, eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Die Konsequenz daraus war, einen »legalen Arm« zu schaffen, die Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS). Die wurde schon bald zum Kaderzentrum dieser NS-Strömung und setzt sich heute in der GdNF fort. Die eigentliche politische Struktur der NSDAP/AO ist in diesem Neonazi-Netz zu finden. Lauck hatte schon 1976 verkündet und in den folgenden Jahren wiederholt, daß die eigentliche Führung *»im Reich«* liege. Indem die NSDAP/AO als eine eigenständige Organisation erscheint, die nur Einzelpersonen und Zellen beliefert, die nicht untereinander in Kontakt stehen, konnten sich die deutschen Jungnazis eine Nische schaffen, in der sie zwei Jahrzehnte weitgehend ungestört von staatlichen Eingriffen wirken konnten.

Die gefestigteren Kader wurden in der GdNF als Kaderzentrum eingebunden. Die meisten haben in der »SA«, die die GdNF in ihren internen Papieren als wichtigste Frontorganisation bezeichnet, ihren Treueeid als *»politische Soldaten«* auf die *»NSDAP«* geleistet. Während die Propagandazellen ein Betätigungsfeld für heranwachsende Nazis schaffen, wird über die NSDAP/AO-Zeitungen zugleich Handfesteres verbreitet: Anleitungen zum Bombenbau, Werwolf-Konzepte, Söldner-Werbung für den jugoslawischen Bürgerkrieg. Gerade an der Söldner-Mobilisierung innerhalb der faschistischen westeuropäischen Szene läßt sich ablesen, daß Teile des NSDAP/AO-Netztes sehr wohl handlungsfähig sind: in erster Linie versorgten NSDAP/AO-Gruppen die faschistische kroatische Miliz mit Möchtegernkriegern.

Das Lauck-Urteil hat sicher eine demoralisierende Wirkung, wie sie schon die Inhaftierung der GdNF-NSDAP/AO-Führer Christian Worch und Gottfried Küssel hatte. Doch für Lauck ist überschaubar, wann sich für ihn die Pforten des Hamburger Knastes wieder öffnen. In der Zwischenzeit betreiben seine Kumpanen in Lincoln den NS-Postvertrieb für ihn. Dank mehr als zwanzigjähriger Duldung durch die Bundesbehörden ist zudem die deutsche Neonazi-Szene stark genug, neue Beschaffungs- und Vertriebswege aufzubauen. In den letzten Jahren sind Kontakte zu Faschisten in Osteuropa entstanden oder sogar Druckereien finanziert worden, die NS-Material billiger produzieren. Was die hiesige Szene treffen würde, wären nach dem Lauck-Prozeß NSDAP/AO-Folgeverfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Doch diese Paragraph ist bisher nur gegen Linke eingesetzt worden.

Einen hat der Lauck-Prozeß zumindest ins Schwitzen gebracht. Ernst Zündel, ein weiterer wichtiger Lieferant antisemitischen und faschistischen Materials, hat die kanadische Staatsbürgerschaft beantragt. Doch dies ist abgelehnt worden und Zündel, der gern Stimmung gegen Immigranten nach Kanada macht, muß mit seiner Ausweisung rechnen. Vor einer Auslieferung in seine alte Heimat, er kommt aus Görlitz, soll ihn wohl seine kürzlich Angetraute bewahren: Zündel hat eine US-Amerikanerin geheirat. ■

Ein Paragraph, der nicht gegen Nazis eingesetzt wird

Strafgesetzbuch § 109h, Anwerben für fremden Wehrdienst:

(1) Wer zugunsten einer ausländischen Macht einen Deutschen zum Wehrdienst in einer militärischen oder militärähnlichen Einrichtung anwirbt oder ihren Werbern oder dem Wehrdienst einer solchen Einrichtung zuführt, wird mit einer Freiheitsstrafe von 3 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

JN und regionale Zusammenschlüsse übernehmen Auftreten in der Öffentlichkeit

Die PR-Manager



Mit den Aktionen rund um den Todestag des Hitler-Stellvertreters Heß haben zwei Strukturmodelle der militanten neofaschistischen Szene, die mit der verbotsbedingten Umstrukturierung der Szene entstanden sind, erneut ihre Praktikabilität bewiesen. Während die Jungen Nationaldemokraten (JN) bundesweit für Propaganda und die Darstellung in der Öffentlichkeit zuständig sind, übernehmen regionale Zusammenschlüsse, wie Die Nationalen e.V. aus Berlin, diese Aufgaben für ihr Gebiet und stellen gleichzeitig einen Knotenpunkt für die örtlichen Kameradschaften dar. Diese sind die Hintergrundstruktur und wollen, indem sie nicht kontinuierlich nach außen auftreten, einem Verbot entgegenwirken.

Die Jungen Nationaldemokraten

Seit etwa einem Jahr nimmt die Bedeutung der NPD-Jugendorganisation stetig zu. Mit den Organisationsverboten von Nationalistischer Front (NF) bis Wiking Jugend (WJ) hat sich eine Umstrukturierung der neofaschistischen Szene in Gang gesetzt. Die Nazis versuchen, sich in unabhängigen Zellen und Kameradschaften zu organisieren, um so eine Hintergrundstruktur zu schaffen, die gegen Repression geschützt ist. Dennoch brauchen sie weiterhin Strukturen, die in der Öffentlichkeit auftreten und einen Bezugspunkt darstellen. Bundesweit übernehmen die JN diesen Part.

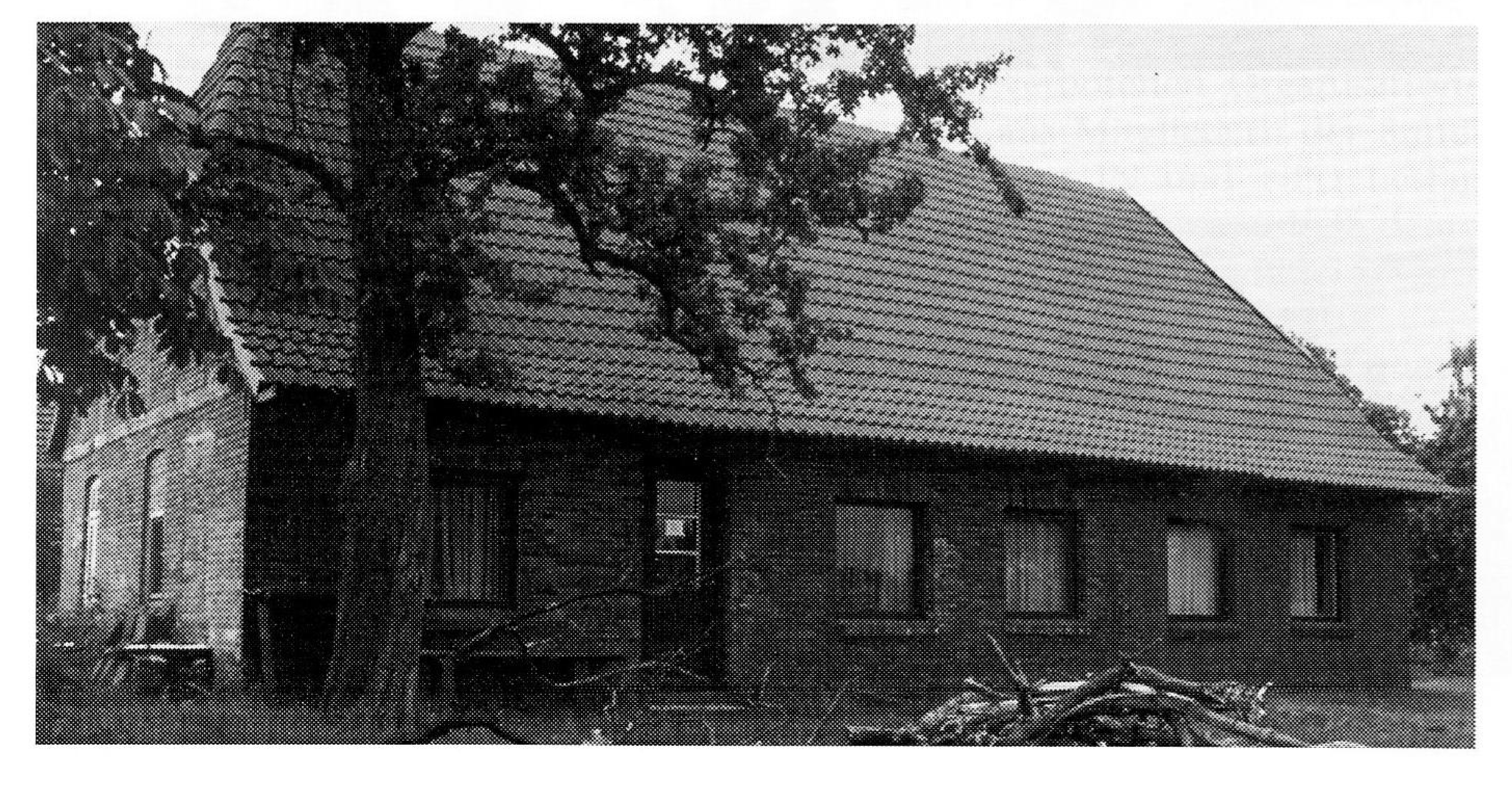
Neben zahlreichen Propagandamaterialien, die bundesweit von Nazis jeglicher Coleur genutzt werden, haben die JN ihre Befähigung für diese Aufgaben bereits mit dem Aufmarsch am 1. Mai in Berlin-Marzahn unter Beweis gestellt.

Auch in die Vorbereitungen des für die Nazi-Szene wichtigen Aktionsmonats zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Heß waren die JN und auch ihre Mutterpartei eingebunden. Im Alleingang versuchten sie bereits zwei Wochen vor dem eigentlichen Todestag einen Aufmarsch in Bad Harzburg durchzuführen, der aber mit 60 Teilnehmern ein Reinfall wurde. Erst am 17. August, für den neben der JN auch zahlreiche Kameradschaften und regionale Zusammenschlüsse mobilisierten, waren mehrere Hundert Kameraden bereit unter dem Label JN einen Aufmarsch durchzuführen. Die Vorbereitung der Aktion lag trotz der Aufmachung nach außen als JN-Aufmarsch weitgehend in der Hand der Kameradschaften, der Nationalen und anderen Führungspersonen der NS-Szene.

Neben ihrer Funktion als PR-Manager der Naziszene und Namensgeber für bundesweite öffentliche Aktionen dienen die JN auch als Auffangbecken für die Mitglieder der verbotenen Organisationen. Selbst dem Verfassungschutz (VS) liegen Erkenntnisse vor, »*daß mittlerweile etliche frühere WJ- und FAP-Mitglieder Anschluß an die JN gefunden haben.*«[1]

Auch wenn die JN zahlenmäßig nicht besonders stark scheinen und ihr Einfluß auf die Hintergrundstrukturen beschränkt ist, kommt ihnen momentan mit der bundesweiten Propagandaarbeit eine zentrale Aufgabe für die gesamte neofaschistische Szene zu. Sie sind ein Teil des umstrukturierten Netzwerks, das nach den Verboten weiter zusammengerückt und trotz der scheinbaren Zersplitterung in die zahlreichen Kameradschaften und Zellen immer wieder zu gemeinsamen Aktionen fähig ist. So freuten sich die Organisatoren des Wormser Naziaufmarsches im Nachhinein, daß sie es geschafft hätten, »*die Vertreter aller relevanten Gruppierungen und Verbindungen (...) auf ein geschlossenes Vorgehen einzuschwören.*« Auch der VS muß zugeben: »*die staatlichen Verbote haben die traditionelle Zersplitterung überwunden*« und bestätigt, daß »*die Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen unwichtig geworden*« ist.[2] Wie eng verwoben die einzelnen Elemente des Nazinetzwerkes sind, und daß diese verschie-

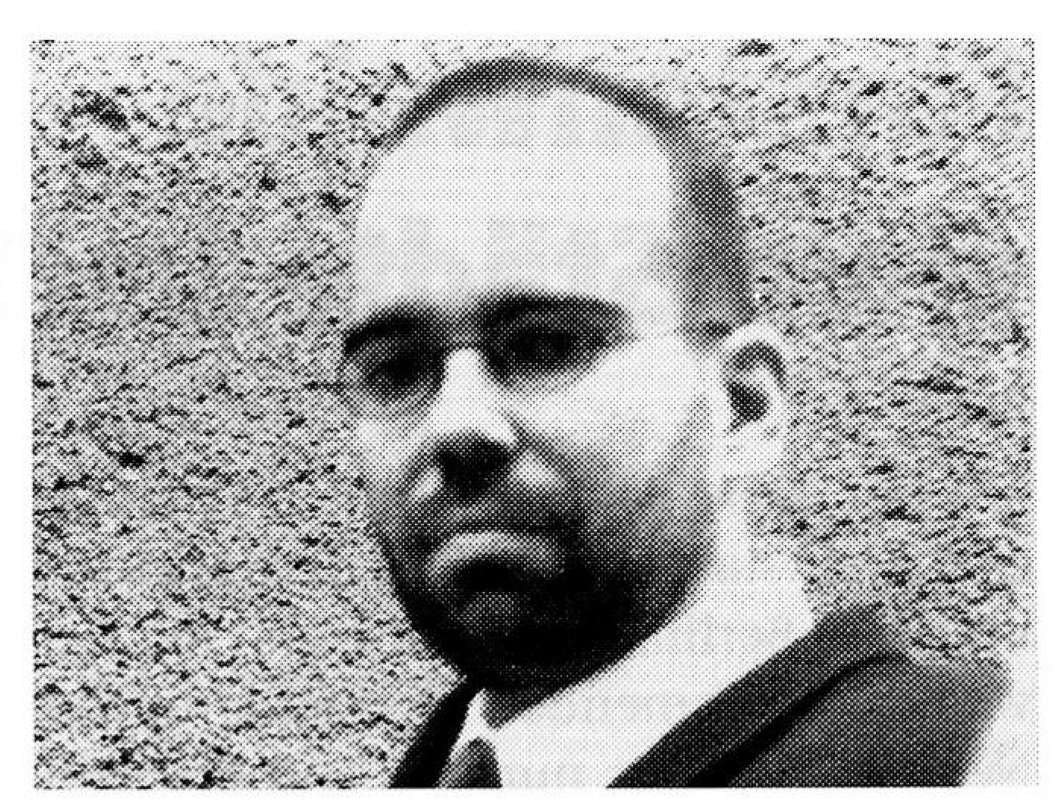
Zentrum der JN in Kalte Zeit bei Sulingen (Südniedersachsen)



dene Funktionen haben zeigt auch die Anweisung von STEFFEN HUPKA, dem ehemalige Kader der verbotenen NF und heutigen Autor in der JN-Postille EINHEIT & KAMPF: »*Macht eine Arbeitsteilung! Laßt einige Leute den Kontakt zur JN durch Mitgliedschaft halten und nutzt so die Vernetzung mit einer großen Organisation, – andere Kameraden können dafür andere Aufgaben vor Ort übernehmen.*«[3]

Ein Wegfallen des Propagandaapparates JN würde für die Nazis einen entscheidenden Schritt in die Isolation bedeuten, in die sie mit zunehmender Konspirativität sowieso schon geraten sind. Auch Ausweichorganisationen gibt es kaum. Als bundesweite Organisation mit guter Infrastruktur ständen nur noch die HILFSGEMEINSCHAFT FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE (HNG) und die NPD, die momentan schon die Aufgaben der JN in den Gebieten übernimmt, wo diese nicht vertreten ist, zur Verfügung.

Während die JN und teilweise die NPD die Aufgabe der bundesweiten Propaganda übernommen haben, sorgen andere Organisationen für örtliche Verankerung, Schulungen etc. Besondere Bedeutung kommt dabei den regionalen Zusammenschlüssen verschiedener Naziorganisationen zu, wie zum Beispiel dem BUND FRANKENLAND und dem DEUTSCHEN FREUNDESKREIS NORDHARZ, die die Aufgaben, die JN und NPD bundesweit erledigen, auf regionaler Ebene übernehmen. Sie dienen als Vorfeldstruktur, mit deren Hilfe die einzelnen Organisationen und die Kameradschaften, die im Hintergrund bleiben wollen, ihre regionale Propaganda betreiben und einen Namen etablieren. Wenn eine derartige Organisation verboten wird, kratzt das die Hintergrundstruktur nicht an und man kann einen neuen Zusammenschluß gründen. Als effizientestes Modell regionaler Zusammenschlüsse scheint sich momentan die Berliner Sammlungsorganisation DIE NATIONALEN E.V. durchzusetzen.



Beispiel für die Verwobenheit der verschiedenen Strukturen: Andreas Storr ist stellvertretender Bundesvorsitzender der JN und gleichzeitig Führer der Kameradschaft Marzahn in Berlin

Die Nationalen e.V.

Der von Frank SCHWERDT geführte Verein, der 1992 als Wahlzusammenschluß von einem Spektrum, das von REP-Mitgliedern bis zur NF reicht, gegründet wurde, hat sich mittlerweile zu einem effektiv arbeitenden Zusammenschluß aller relevanten Berliner Nazigruppen gemausert. Er macht die Propaganda, z.B. die BERLIN-BRANDENBURGER-ZEITUNG (BBZ), die mittlerweile sechs Ableger im gesamten Bundesgebiet hat[4], tritt zu Wahlen an, organisiert die Rekrutierung und Zusammenarbeit mit Gruppen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt und dient gleichzeitig als Knotenpunkt für die zehn Berliner Kameradschaften. Mit seiner großen Effizienz und teilweise sogar überregionalen Arbeit, wie BBZ und der starken Beteiligung an der Vorbereitungen der Heß-Aktionen, erhält der Verein auch bundesweite Bedeutung und einen Vorbildcharakter für andere Regionen und ihre Zusammenschlüsse.

Seinen Einfluß und seine Organisierungsfähigkeit hat der Verein ebenfalls am 17. August gezeigt. Unabhängig vom bundesweiten Aufmarsch in Worms organisierten die Nationalen unter Schwerdts Führung einen Aufmarsch im sachsen-anhaltinischen Merseburg, von dem die Polizei im Vorfeld angeblich nichts gewußt haben will. Damit gelang es den Nationalen mit einer Mobilisierung, die fast intern verlief, 120 Nazis auf die Straße zu kriegen. Ein Umstand der deutlich macht, was an Strukturen hinter dem Zusammenschluß steht. ■

Interview mit dem Sprecher des Verfassungsschutzes NRW Wolfgang Düren

(teilweise erschienen in der jungen Welt vom 29.8.96)

Wir dokumentieren an dieser Stelle ein Interview mit einem VSler, um aufzuzeigen, wie staatliche Stellen die JN einschätzen. Während einige Aussagen des Verfassungshüters unsere Einschätzungen decken, so sind andere doch mit Vorsicht zu genießen. Interessant wäre natürlich auch, wie der gute Mann gegen Nazis vorgehen will, außer mit Verboten.

Die Jungen Nationaldemokraten entwickelten sich von einer bloßen Jugendorganisation der NPD in den letzten Monaten zu einem der aktivsten Teile des organisierten Neofaschismus. Wie würden Sie Ihre derzeitige Stellung in der neofaschistischen Szene beschreiben?

Die Jungen Nationaldemokraten sind im Augenblick die größte Gruppierung, die neonazistischen Positionen vertritt. Sie hat eine Stärke von ca. 150 bis 200 Mitgliedern bundesweit.

Gibt es an der Ideologie und dem Vorgehen der JN etwas wirklich Neues?

Es gibt etwas Neues insoweit, als sich die JN von einer relativ bedeutungslosen und lammfrommen Jugendorganisation der NPD zu einer aktionistischen und nationalrevolutionären Gruppierung umorientieren. Man vertritt das Bild des politischen Soldaten, man strebt den politischen Umsturz in Deutschland an, der Hinweis auf den 3. Weltkrieg im Kapitalismus und Kommunismus ist nichts Neues, das ist ein altes rechtsextremistisches, programmatisches Muster. Interessant ist bei den Jungen Nationaldemokraten, daß hier eine neue Funktionärsgeneration herangewachsen ist, die ihre wesentliche Prägung am Umfeld der NPD gefunden hat.

War die JN nicht schon immer eine Art Sprungbrett für eine rechtsextremistische Karriere wie zum Beispiel bei Kühnen oder bei Schönborn?

Das ist sicherlich so gewesen, aber der eigene politische Stellenwert der JN ist in der Vergangenheit doch geringer gewesen. Nunmehr haben wir eine Situation, wo nach vielen Verboten gegenüber neonazistischen Gruppierungen die JN einen besonderen Stellenwert errungen hat. Damit einher geht ein Generationswechsel, der also mit großem Aktionismus nazistisches Gedankengut vertreten.

Wenn man in Betracht zieht, daß zum Beispiel bei dem Naziaufmarsch in Berlin Ex-NF-Kader und JN-Kader Hand in Hand marschierten, könnte man dann sagen, daß die JN von den Verboten anderer Organisationen personell profitiert hat?

Die JN hat durch die Übertritte einzelner Neonazi-Ideologen sicherlich personell profitiert, mengenmäßig macht dieses nicht sehr viel aus. Man muß aber betonen, daß die Umorientierung, die Radikalisierung der JN im wesentlichen eine Entwicklung ist, die aus der JN selbst sich entwickelt hat. Sie ist kein Produkt der übergetretenen Neonazi-Kader. Sie ergänzen allerdings diesen Prozeß.

Wäre denn ein Verbot sinnvoll bei der JN?

Neonazismus läßt sich nicht beseitigen, wenn Organisationen verboten werden. Sie werden sich gegebenenfalls einen anderen Rahmen suchen. Ein Verbot dürfte allerdings Voraussetzungen erfordern, bei denen ich mir nicht sicher bin, ob sie bei den Jungen Nationaldemokraten bereits erfüllt sind. Man sollte bedenken, daß die JN großen Wert darauf legt, möglichst wenig Straftatbestände zu erfüllen, was ihrer Militanz und ihren politischen Ausrichtungen jedoch keinen Abbruch tut.

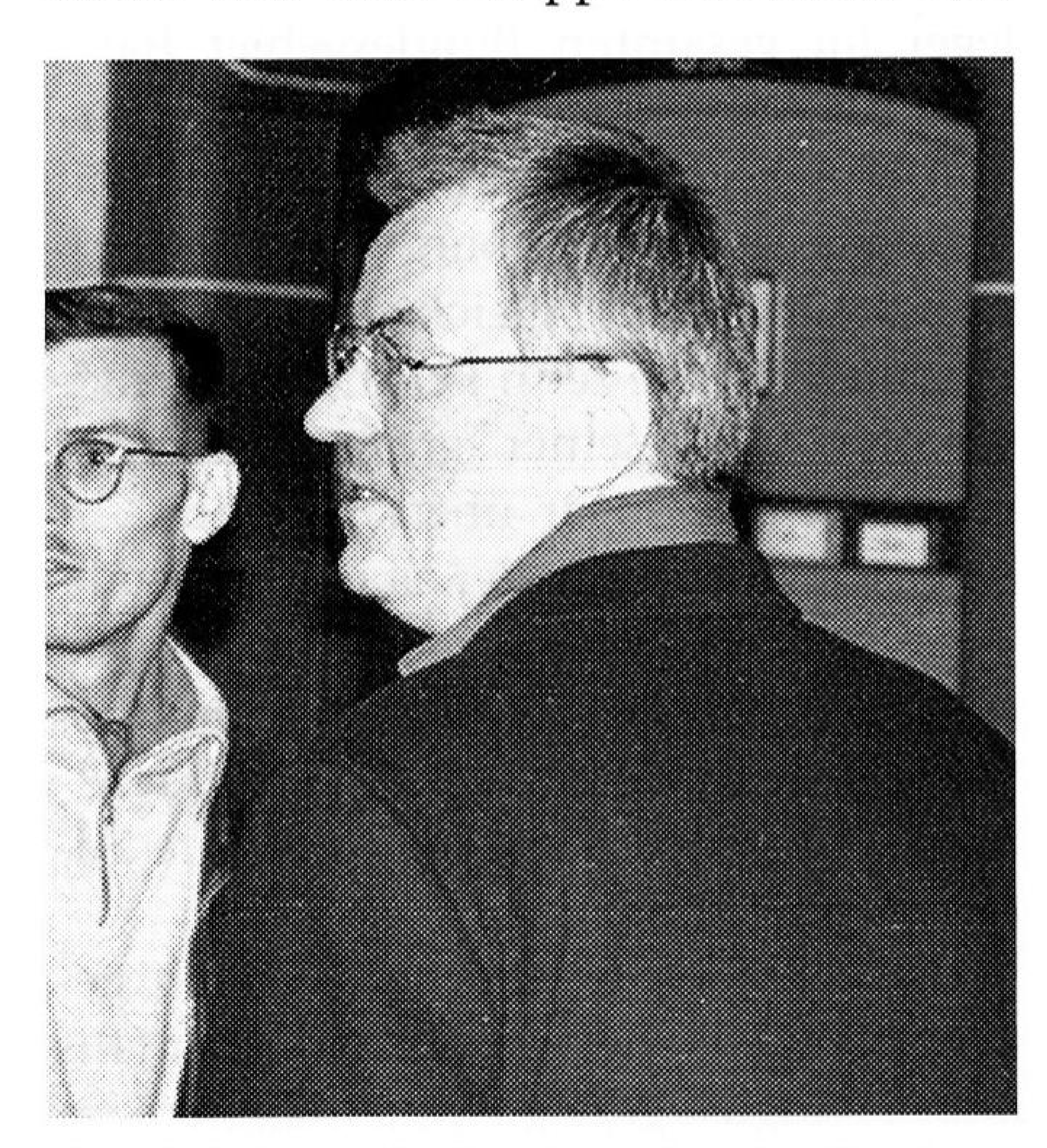
---

1) Verfassungsschutzbericht des Landes NRW über das Jahr 1995. S.92.
2) ebda. S. 85.
3) Umbruch. Nr. 11, Februar 1996. S. 3.
4) Siehe AIB No. 35, S. 4ff.

Fürstenwalde – Stellvertreter für viele Städte in Ostdeutschland

Seit Juli dieses Jahres steht Fürstenwalde, eine Kleinstadt mit 35.000 EinwohnerInnen bei Berlin, stellvertretend für den wieder zunehmenden Straßenterror von Neonazis – nicht nur im Land Brandenburg. Am 25. Juli 1996 griff eine Gruppe von ca. 30 faschistischen Skinheads und Neonazis einen türkischen Imbiß am Fürstenwalder Bahnhof an. Dem Angriff vorausgegangen waren monatelange Bedrohungen von vor allem libanesischen AsylbewerberInnen, die Anfang der 90er Jahre vom Bundesamt für AsylbewerberInnen nach Fürstenwalde verteilt worden waren und seitdem dort leben. Zwei Wochen vor dem Agriff war eine libanesische Frau auf der Straße von zwei Skinheads angegriffen worden; die Skins versuchten, die Frau mit ihrem Kopftuch zu erwürgen.

Am Tag des Angriffs auf den Imbißstand hatte der Ehemann der Frau einen der beiden Täter auf der Straße erkannt und verbal verwarnt. Wenig später sammelte sich eine Gruppe von Skins und



Frank Schwerdt: Vorsitzender des Vereins Die Nationalen e.V. und Aufbauhelfer für die Nazikameradschaften in Ostdeutschland

Neonazis und griff den Imbißstand am Bahnhof an, wo zum Zeitpunkt des Angriffs ein libanesischer Mann alleine arbeitete. Mehrere Angreifer drangen in den Imbißwagen ein, schlugen den Libanesen und zertrümmerten den Wagen. Da er um sein Leben fürchtete, wehrte sich der libanesische Imbißverkäufer mit einem Dönermesser und fügte einem der Angreifer einen Messerschnitt an der Hand zu. Danach gelang es ihm zu flüchten und die Polizei zu alarmieren, die 30 Minuten später mit einem Streifenwagen auftauchte. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich auch drei libanesische Männer am Imbißstand eingefunden, um ihrem Freund zur Hilfe zu kommen. AugenzeugInnen berichten, daß die Polizeibeamten freundlich mit der Skinheadgruppe redeten, während diese mit »Ausländer Raus«-Rufen die Libanesen weiter beschimpften. Ein Polizeibeamter forderte zwei Skinheads auf, einen der libanesischen Männer, der sich vom Ort des Geschehens wegbewegen wollte, festzuhalten. Schlußendlich nahm die Polizei sowohl die vier libanesischen Männer, als auch zehn der deutschen Angreifer fest.

In einer ersten Pressemitteilung zu dem Angriff leugnete die Polizei jeglichen rassistischen Hintergrund und behauptete, es hätte sich um ein »*Kräftemessen*« zwischen rivalisierenden Gruppen gehandelt. Während die Deutschen das Polizeigewahrsam nach wenigen Stunden verlassen konnten, wurden die vier libanesischen Männer mit Handschellen an Wandringe gefesselt zehn Stunden in der Polizeiwache festgehalten. Dabei wurden sie von Polizeibeamten immer wieder mit rassistischen Sprüchen beleidigt. Dem verletzten Imbißverkäufer wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung angedroht.

Erst nachdem überregionale Medien die Hintergründe des Angriffs recherchierten, sah sich die Polizei und die zuständige Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder gezwungen, die rassistischen Hintergründe des Angriffs zuzugeben und die Ermittlungen über die Angreifer zu intensivieren.

Der Terror gegen libanesische Familien setzte sich in den Tagen nach dem Angriff ungebrochen fort. Noch in der gleichen Nacht wurden die Fensterscheiben einer Wohnung einer libanesischen Familie eingeschmissen. Einen Tag später wurde ein weiterer ausländischer Imbißstand in Fürstenwalde-Nord verwüstet. Und am darauffolgenden Abend griffen drei jugendliche Skinheads das Auto eines Libanesen mit Flaschen an. Die Reaktion der örtlichen Polizei war immer gleich: Die Opfer wurden verhöhnt und nicht ernstgenommen, Ermittlungen – so sie überhaupt stattgefunden haben – verliefen ergebnislos. Für die Libanesen ist das nichts Neues: Am 25. März 1996 war ein libanesischer Mann von sechs Skinheads nachts auf der Straße so schwer verletzt worden, daß er mehrere Tage in der Intensivstation behandelt werden mußte.

Obwohl er Anzeige erstattete und die Täter identifizieren konnte, ist bis heute nichts weiter passiert. Für die libanesischen Familien in Fürstenwalde war die Situation in den Wochen nach dem Angriff auf den Imbißstand unhaltbar: Nach Einbruch der Dunkelheit trauten sie sich nicht mehr auf die Straße und die Kinder konnten auch tagsüber nicht alleine draußen spielen.

Inzwischen wurde ihnen von Seiten der Brandenburger Ausländerbeauftragten und der Stadt Fürstenwalde Unterstützung zugesagt, doch es ist zu befürchten, daß schöne Wort alleine in Fürstenwalde schon lange nicht mehr ausreichen. Denn die Zunahme des rassistischen Terrors in Fürstenwalde hat ihre Ursache in der seit 1994 kontinuierlich stattfindenden Rekrutierung der neofaschistischen Sammlungsorganisation Die Nationalen e.V. in Fürstenwalde, die dort einen eigenen Kreisverband gegründet hat. So fand dann auch im März 1995 die Jahreshauptversammlung der Nationalen in Fürstenwalde statt, bei der Berliner Neonazikader Frank Schwerdt als Vorsitzender bestätigt wurde.

Zu den Aktivitäten des Fürstenwalder Kreisverbands gehören neben Liederabenden mit Liedern von Frank Rennicke oder einem Ausflug ins Panzermuseum Munster auch regelmäßige Schulungen durch die Berliner Neonazis Frank Schwerdt und Christian Wendt. Auch die Schändung des jüdischen Friedhofs im Oktober 1995, dessen Grabsteine mit Parolen wie »Kampfgruppe Rudolf Heß« und »NS 88« besprüht wurden, scheint im Umfeld der Kameradschaft organisiert worden zu sein. Die Stärke der Kameradschaft und ihres Umfelds wird mittlerweile auf 50 bis 80 Leute geschätzt. Daß die Fürstenwalder Kameradschaft eng in das organisatorische Netz der Nationalen eingebunden ist, zeigte sich u.a. in der später vom Polizeipräsidium Frankfurt/Oder verbotenen Anmeldung eines Aufmarschs in der Stadt durch den Berliner JN-Kader Andreas Storr am ersten Aktionstag des diesjährigen »Rudolf-Heß-Gedenkmonats«. In der Nacht vom 17. August wurden dann in der ganzen Stadt flächendeckend faschistische Parolen gesprüht.

Fürstenwalde steht in diesem Sommer stellvertretend für viele Brandenburger Städte, wie Mahlow, Brandenburg a.d.H., Teltow, in denen es an örtlichen antifaschistischen Strukturen mangelt, die einer neuen Generation von faschistischen Jugendlichen, die unter der Anleitung von älteren Kadern aktiv werden, wirkungsvoll entgegentreten könnten. ■

Kameradschaft Elbe-Ost terrorisiert Wittenberg

Antifaschist muß vor Gericht

Aufmerksamkeit nicht nur in der Wittenberger Nazi-Szene, sondern bis in die Redaktion der Berlin-Brandenburger Zeitung (BBZ), erregt derzeit der Prozeß um den Wittenberger Daniel S.

Daniel ist wegen versuchten Totschlages angeklagt. Ihm wird vorgeworfen in der Nacht vom 4. auf den 5. April einen Mitläufer der Kameradschaft Elbe-Ost verletzt zu haben. Daß hier ein Akt der Notwehr vorliegt, ist offensichtlich: ca. 30 Nazis waren bewaffnet mit Baseballschlägern, Schwertern und Gaspistolen beim Piekhaus, einer Wittenberger Kneipe, angerückt. Vor dieser hielten sich ein paar Linke auf. Es ist davon auszugehen, daß das Kameradschaftsmitglied Enrico Pertzsch den ehemaligen Kameradschaftsleiter Dany Thüring hiervon telefonisch unterrichtet hatte, woraufhin sich dieser samt Gefolgschaft, die sich im Haus des Stephan Karow aufgehalten hatte, auf den Weg machte. Daß es sich um einen organisierten Überfall gehandelt hat, liegt auf der Hand.

Es war nicht das erste Mal daß sich die Kameradschaft Elbe Ost mit einer militanten Aktion hervortat.

Kurze Chronik der Nazi-Szene in Wittenberg

1992 gründet sich in Wittenberg der Kreisverband der Deutschen Liga für Volk und Heimat. Bei der Gründung ist der Berliner Frank Schwerdt dabei, der von nun an starken Einfluß auf die Entwicklung der lokalen rechten Szene nehmen wird. Andreas Mattheus, bei dem im Mai '94 ein selbstgebastelter Sprengsatz in der Wohnung hochgeht, wird zum Kreisvorsitzenden gewählt. Für die Berliner Kommunalwahlen '92 werden unter Landesvorsitz Schwerdts »Die Nationalen e.V. Berlin-Brandenburg« gegründet, mit welchen die Mitte '93 entstehende Kameradschaft Wittenberg eng zusammenarbeiten wird.

Schon Ende '92 waren spätere Kameraden bei Wehrsportübungen auf dem WASAG-Fabrikgelände unter Leitung des kürzlich als V-Mann des Verfassungsschutzes aufgeflogenen Peter Schulz dabei. Laut VS-Bericht nahmen weitere Kameradschaftsmitglieder bei Wehrsportübungen der verbotenen Nationalistischen Front (NF) in NRW teil.

Nach Hausdurchsuchungen wird am 10. November '94 gegen die Kameradschaft Wittenberg ein Verfahren nach §129 eingeleitet, woraufhin sich diese selbst auflöst, jedoch nur, um sich eine Woche später als Kameradschaft Elbe-Ost neu zu formieren. Die Führungskader sind die gleichen, Dany Thüring ist vermutlich ab diesem Zeitpunkt Kameradschaftsführer. Der VS spricht von *»sieben Funktionären«* und *»sieben weiteren Personen«*, sowie von ca. 20 Personen, die über Ortsgruppenleiter eingebunden seien.

Immer wieder tauchen im Zusammenhang mit der Kameradschaft die Namen der Berliner Frank Schwerdt und Christian Wendt auf. Wittenberger Antifaschisten bestätigen, daß ohne deren theoretische und praktische Schulungen die Kameradschaft nicht mehr als ein *»saufender Haufen Jugendlicher«* gewesen sei. Unter Schwerdts ideologischer Leitung besuchen die Kameraden Veranstaltungen der Nationalen, starten regelmäßig Aktionen zu Sonnwende und Führergeburtstag und verteilen zusammen mit dem Jungen Nationalen Spektrum (JNS), der Jugendorganisation der Nationalen, Flugblätter. Auch 1995 besucht Schwerdt die Kameradschaft, die nach Einschätzung von Antifaschisten inzwischen knapp 100 Mitglieder und Mitläufer zählt, regelmäßig und führt Schulungen durch.

Seit Dezember '95 richtet die Kameradschaft ihre Agression zunehmend gegen die Wittenberger linke Szene und das besetzte Haus, den Schweizer Garten. In einem Flugblatt, für das sich Thüring und Andreas Neugebauer, der mittlerweile Kameradschaftsführer ist, verantwortlich zeichnen, fordern sie die Schließung des Schweizer Gartens und die Zerschlagung der linken Szene, die als kriminelle Drogenszene diffamiert wird.

Ein Überfall auf einen Discobus im Februar diesen Jahres, hatte zur Folge, daß die Kameradschaft vom Landrat zum Gespräch gebeten wurde. Auch »Bombenbastler« Mattheus nahm teil. Wegen der öffentlichen Empörung, die die Gespräche auslösten, wurden sie nach dem dritten Mal eingestellt.

»Mordanschlag« auf Kameraden

Im Moment konzentriert sich das Engagement der Kameraden auf den Prozeß um Daniel S. *»Was ist eigentlich los in Wittenberg?«* ist die Überschrift eines Flugblattes, in welchem von *»Mordanschlag«* und *»linkskriminellem Mob«* die Rede ist.

Eine Korrespondenz im neonazistischen Mailboxverbund Thule-Netz zwischen »Hansi« von der BBZ-Redaktion und »Starbuck« aus Wittenberg belegt das Interesse der Nazis an dem Prozeß: der Absender aus Berlin empört sich über die Berichterstattung in der Jungen Welt und bittet um Kommentierung, damit die Thematik in der Mitteldeutschen Rundschau, einer Schwesterzeitung der BBZ, verarbeiten werden kann. Ein Mitarbeiter der BBZ war an einem Prozeßtag anwesend, um anschließend von *»linksbeeinflußtem Staatsanwalt«* und *»überwiegend korrekten Bullen«* zu berichten. Ebenso bietet die Anti-Antifa übers Thule-Netz eine vollständige Adressenliste von Daniel und seinen Entlastungszeugen an.



Es bleibt zu hoffen, daß diese Bedrohung auch vom Gericht wahrgenommen wird, welches Daniel immer noch als Täter sieht. Immerhin ist er nach dem dritten Prozeßtag wieder auf freiem Fuß, Wittenberg hat er vorerst verlassen.

Spendet Geld für die Prozeßkosten und besucht den Prozeß. Bei den letzten Verhandlungstagen saßen nur Nazis im Publikum. ■

Spendenkonto:
Stichwort »Daniel«
Kreissparkasse Quedlinburg
BLZ 800 535 02
Kto.-Nr.: 31105102

Weitere Mitglieder der Kameradschaft Elbe-Ost

- Lars Fuhrmann
- Mirko Pflaumer
- Thorsten Escherich
- Silvio und Andreas Ziegler
- Enrico Müller
- Marco Strebe
- Rene Hotowy
- Peter Schweps
- Klaus Peter Werner
- Mario Erdmann

Bald »Befreite Zone«?

DAS BRAUNE NETZWERK IM OSTHARZ

Der Ostharz, speziell das Städtedreieck Quedlinburg, Wernigerode, Halberstadt, hat in den letzten Jahren große Bedeutung für die deutsche NS-Szene erlangt. Das ist vor allem auf das dort bestehende engmaschige Netz der verschiedensten faschistischen Gruppen und Organisationen zurückzuführen, welche strömungs- und organisationsübergreifend zusammenarbeiten, um dadurch ihre politische Schlagkraft zu erhöhen.

Die wichtigste Rolle in der Region spielt zweifellos das sogenannte Zellensystem der SOZIALREVOLUTIONÄREN ARBEITERFRONT (SrA). Zu den herausragenden Personen der SrA gehören der Berliner ANDREAS POHL und der 1993 nach Quedlinburg gezogene STEFFEN HUPKA. Vor allem die SrA forcierte die Bestrebungen der militanten Naziszene, sich in unabhängigen Kameradschaften (Zellen) zu organisieren.

Unabhängig sind die einzelnen Zellen jedoch nur nach außen. Intern sind sie streng hierarchisch in mehreren Ebenen organisiert. Diese Ebenen reichen von der einfachen Ortsgruppe bis hin zur Organisationsleitung. Die SrA verwirklichte dieses Prinzip vor allem in Brandenburg und im Harz.

Im Harz wurde die gesamte Aufbauarbeit von Steffen Hupka geleistet. Demzufolge läßt sich die Gliederung dieses Systems hier auch entsprechend gut nachvollziehen. Die Zellen in den einzelnen Städten treten unter Namen wie »AUFBRUCH« (Blankenburg), »RADIKALE OFFENSIVE WERNIGERODE«, »HARZER HEIMATSCHUTZ« (Thale), oder »UNABHÄNGIGER ARBEITSKREIS« (Quedlinburg) auf, um durch die unterschiedlichen Namen ihre Zusammengehörigkeit zu verschleiern. Getreu der Richtlinie der SrA benennen sich die einzelnen Zellen auch situationsbedingt um. Der »Unabhängige Arbeitskreis« trat in der Vergangenheit beispielsweise als »FREUNDESKREIS UNABHÄNGIGER NACHRICHTEN«, »UNABHÄNGIGER FREUNDESKREIS«, »KOMITEE FÜR DEMOKRATIE UND MEINUNGSFREIHEIT«, oder als »BÜRGERINITIATIVE GEGEN ANTIFA-GEWALT« auf. Regional vernetzt sind die einzelnen Zellen in der sogenannten »HARZFRONT«, welche somit eine höhere Ebene innerhalb des SrA-Zellensystems darstellt.

Die politische Arbeit der einzelnen Kameradschaften manifestiert sich einerseits in massiver Propagandatätigkeit, in Schulungen, Kameradschaftsabenden und natürlich Wehrsport. Die oftmals anlaßbezogene Propaganda umfaßt neben den einschlägigen Materialien der SrA auch Propagandamaterial der »UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN«, des »SCHUTZBUND FÜR DAS DEUTSCHE VOLK« und vor allem im letzten Jahr der »JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN«.

Die Vernetzung mit anderen Gruppierungen wird auf gemeinsamen Schulungen vorangetrieben. So fand Anfang April '95 eine Veranstaltung zum »richtigen« Verhalten bei Hausdurchsuchungen und anderen Rechtsproblemen in Quedlinburg statt. An diesem Schulungstreffen nahmen ca. 50 Neonazis aus den verschiedensten Regionen teil. Unter ihnen z.B. LARS BURMEISTER (ex-FAP/Berlin), FRANK SCHWERDT (Die Nationalen e.V./Berlin) und THORSTEN HEISE (ex-FAP/Niedersachsen). Organisator der Veranstaltung war Steffen Hupka. Es standen in der Vergangenheit jedoch auch andere Themen auf dem Schulungskalender, wie z.B. »*Heidentum/Artglaube*«, »*Nationalismus*« und »*Anti-Antifa*«.

Der Kreis der fest organisierten Faschos umfaßt in Quedlinburg ca. 30 Personen. Das Umfeld um diesen harten Kern ist um einiges größer. Damit dieses Umfeld bei der Stange bleibt und sich nicht entpolitisiert, wird es durch Konzerte und militante Aktionen weiterhin bei Laune gehalten.

Entsprechend der Präsenz der Neonazis in der Region kommt es häufig zu Übergriffen. So wurde das alternative Kulturzentrum »Reichenstraße 1« in Quedlinburg schon häufig von Neonazis attackiert. Zuletzt wurde es Himmelfahrt 1996 angegriffen, als ca. 40 Faschos das im Haus befindliche Café total verwüsteten und einen Schaden von 15.000 DM anrichteten. Doch nicht nur alternative Projekte sind Ziel der Neonazis. Bereits 6 Wochen später griffen Quedlinburger Faschos die städtische Obdachlosenunterkunft an und verletzten mehrere Menschen.

Die »RADIKALE OFFENSIVE WERNIGERODE« (ROW) und ihr Umfeld stehen den Quedlinburger Faschos in nichts nach. Die ROW hat ihre Ursprünge in der früheren Wernigeröder FAP-Kameradschaft, die mit ca. 120 Mitgliedern und SymphatisantInnen, den größten FAP-Kreisverband darstellte. Nach dem Verbot der FAP organisierte sich der größte Teil der FAPlerInnen in der ROW.

Als legales Standbein – die FAP konnte durch ihren Parteienstatus in Wernigerode immer wieder Veranstaltungen in öffentlichen Räumen durchführen – wurde zeitgleich der Verein »JUGENDBUND E.V.« gegründet. Der »Jugendbund« hat sich laut Vereinssatzung »*Jugendarbeit*« und »*Bewahrung deutscher Kultur*« zum Ziel gesetzt. Des weiteren sollte der Gründung einer vereinseigenen »OI-BAND« gefördert werden. Letzteres wurde im Februar '95 mit der Gründung der Band »SEK« (SKINHEAD EINSATZKOMMANDO) verwirklicht. Die Band kann mittlerweile auf einige regionale Konzerte zurückblicken. Viele dieser Kon-

zerte fanden im Wernigeröder Jugendclub »HARZBLICK« statt, welcher vom »Jugendbund« okkupiert wurde. Im April 95 fand dort auch ein Konzert der Magdeburger Naziband »DOITSCHE PATRIOTEN« statt.

Unter den ca. 100 BesucherInnen waren unter anderem die beiden Naziführer Steffen Hupka und Thorsten Heise, die in der Region arbeitsteilig vorgehen. Hupka koordiniert die politische Arbeit und ist ideologischer Kopf – Heise bindet das militante Umfeld, da er auf Naziskins und andere militante Nazis anziehender wirkt als der biedere Hupka. Diese Arbeitsteilung hat bewirkt, daß sich immer mehr Naziskins aus der Region jetzt im Hammerskin-Netzwerk wiederfinden.

Als Hammerskins findet bei ihnen die für ihre Führer ideale Verbindung von Subkultur und faschistischer Politik statt. Eine der zentralen Figuren der Hammerskinszene im Harz ist MARCEL GÜNTHER, der Vorsitzende des Jugendbund e.V. Über Günther laufen die meisten Kontakte zu anderen Hammerskins und entsprechenden Fanzines bis nach Großbritannien, Frankreich und die USA.

Im September 1994 ging aus verschiedenen »NATIONALEN STAMMTISCHEN« der »DEUTSCHE FREUNDESKREIS NORDHARZ« (DFN) hervor. Dieser vereint nach eigener Aussage das gesamte Spektrum vom *»gemäßigt-patriotisch bis radikal-nationalistisch gesinnten Menschen«*. Neben der FAP, SrA, Deutsche Liga und der NPD/JN sind noch etliche mehr oder weniger organisierte Neonazis, aber auch »national-konservative« und REP-SymphatisantInnen im DFN organisiert. Der Vorsitzende des stark am »BUND FRANKENLAND« orientierten DFN ist FRANK AHRENS. Unter dem Dach der »DEUTSCHEN VOLKSFRONT« ist der DFN gut mit dem »Bund Frankenland« vernetzt. Mitglieder des DFN nehmen an den verschiedensten Veranstaltungen im In- und Ausland, wie dem »Ijzerbedevaart« '95 in Diksmuide in Belgien, teil. Bereits 1994 war Steffen Hupka in Diksmuide mit einem Infostand vertreten, wo er neben den ersten »Umbruch«-Ausgaben auch den »Nordharz Infodienst«, die DFN-Publikation, präsentierte.

Einen nicht unerheblichen Teil im »Nordharz Infodienst« nimmt die ANTI-ANTIFA-Kampagne ein. Die Anti-Antifa-Arbeit im Ostharz wird jedoch hauptsächlich von der SrA geleistet. So wurden in einem Flugblatt des »Unabhängigen Arbeitskreis« die Quedlinburger BürgerInnen zur Mitarbeit in der »Bürgerinitiative gegen Antifagewalt« aufgefordert. In diesem Flugblatt wurden mehrere Antifas aus Quedlinburg namentlich denunziert.

Eine Arbeitsteilung findet auf diesem Gebiet mit der »ANTI-ANTIFA-INFOGRUPPE NAUMBURG«, der ehemaligen Aktivisten der »DEUTSCHEN NATIONALISTEN« (DN) SASCHA CHAVES-RAMOS und ILIAS CASTEAS, statt. Chaves-Ramos und Casteas versuchten in Quedlinburg antifaschistische Veranstaltungen durch die Anmeldung von Gegendemonstrationen zu verhindern.

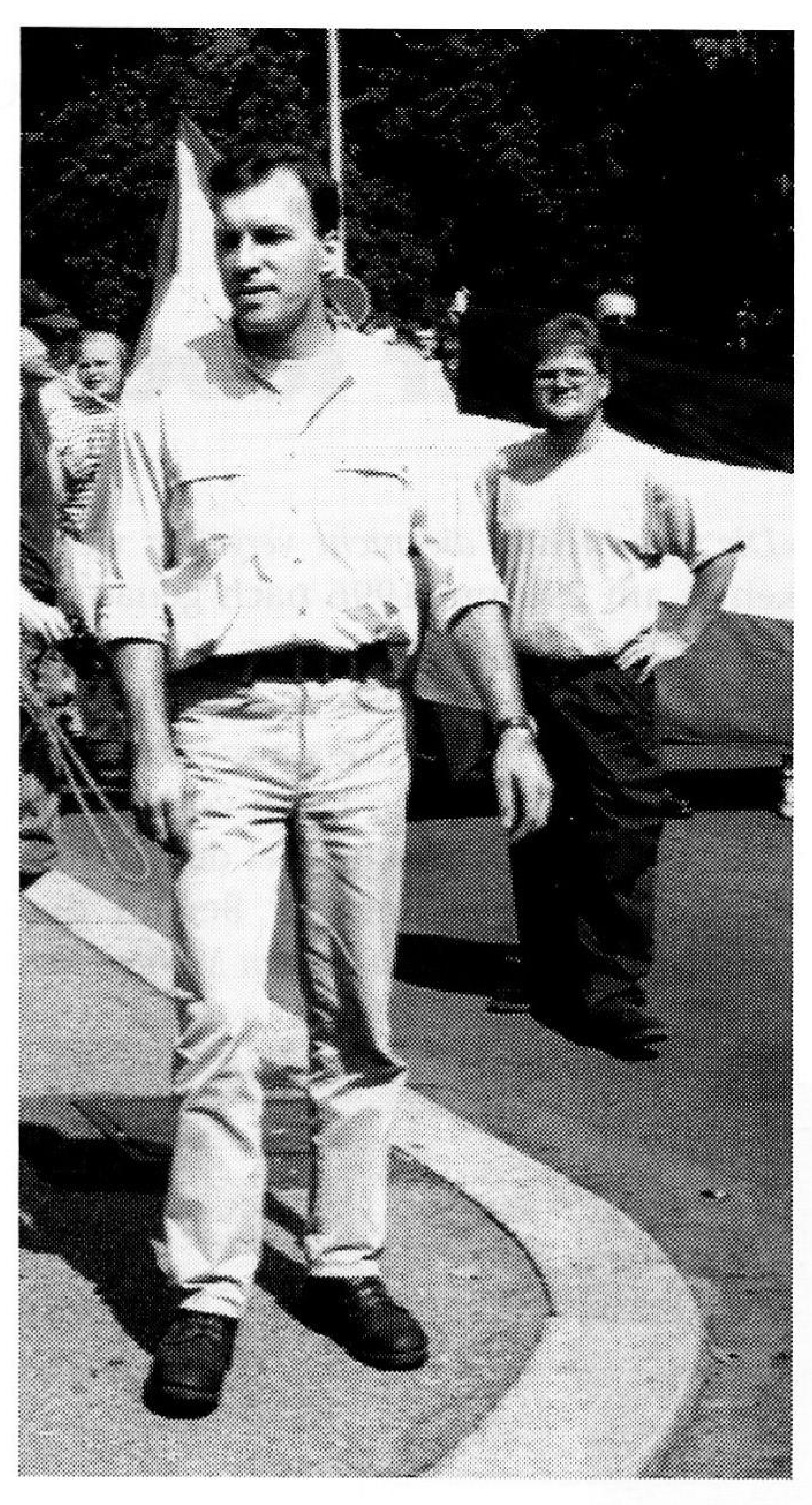
Im »Umbruch« konkretisiert Hupka seine bereits auf mehreren Veranstaltungen vorgestellten Strategien zum »REFERAT SICHERHEIT«. Die sogenannten *»Volksfeinde«* (nach Hupkas Definition sind das quasi alle Menschen die nicht gemeinsame Sache mit den Faschisten machen) sollen systematisch nach verschiedensten Kriterien registriert werden, was auf die geplante Schaffung einer Datenbank schließen läßt.

Der Grundstein für die Auswertung dieser Daten, wurde bei der *»Arbeitstagung Umbruch«* vom 22.-24. April '94 in Blankenburg (Landkreis Wernigerode) gelegt. Die Themen der Arbeitstagung, an der 13 Faschokader aus den verschiedensten Bundesländern teilnahmen, waren: Bundesweites informelles Kadernetz, Informationsfluß (Tele-Systeme, Mailbox, eigener Postdienst) und Mobilisierung.

Doch Hupkas Aktivitäten im Bereich Anti-Antifa beschränken sich nicht nur auf das Sammeln von Daten. Im »Umbruch« beteiligte er sich an der Diskussion zum Aufbau von »WERWOLFZELLEN«, welche auf direkten Befehl der Organisationsleitung Terrorakte gegen dem *»Mittelbau des Systems«* verüben sollen. In Wernigerode trifft man auf Vertreter dieser Werwolfstruktur. HENDRIK MÜHLBACH, ehemaliger FAP-Funktionär, findet sich auf der »Code 88«-Liste aus dem Parteiarchiv der »NATIONALISTISCHEN FRONT« (NF) wieder, welche die Namen von Mitgliedern der Werwolfstruktur enthält.

Auffällig ist, daß viele Kameraden Mühlbachs quasi gleichzeitig mit ihm von der politischen Bildfläche verschwanden. Das entspricht Hupkas Konzept. Dieser schreibt im »Umbruch«: *»Es muß hier eine sinnvolle Arbeitsteilung stattfinden: bekannte Aktivisten sollten die Dinge erledigen die nachwievor notwendig sind (...) Die anderen sollten sich von den bekannten rechten Gruppierungen fernhalten, der geringste Kontakt kann schaden.«* Letztere Gruppe soll dann zuständig sein für die Untergrundaktivitäten, für die Terrorakte des Werwolf.

In diesem Zusammenhang erscheint auch der von Mühlbach und zwei seiner Kameraden verübte Brandanschlag auf ein linkes Projekt in Wernigerode in einem ganz anderen Licht. Mühlbach der wegen des Brandanschlags im Knast saß, ist mittlerweile ausgebrochen und Gerüchten zufolge im Ausland untergetaucht. Ende Oktober '95 führte die Polizei in Wernigerode und Quedlinburg mehrere Razzien durch. Bei Steffen Hupka wurde die Hausdurchsuchung mit dem Verdacht auf Weiterführung der verbotenen NF und dem Aufbau der Werwolfstruktur begründet.



Politischer Koordinator und Stratege im Ostharz Steffen Hupka (hier als Leiter beim diesjährigen Naziaufmarsch in Worms), dahinter der JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel

Alles in allem hat die recht Organisierung im Ostharz für andere Regionen durchaus Vorbildcharakter. Die Verbindung der verschiedensten neofaschistischen Strömungen und Organisationskonzepten, von Hammerskins bis zu Terrorzellen, von der SrA bis zur JN, dürfte wohl relativ einmalig sein. Dazu versucht die NS-Szene auch ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen. Steffen Hupkas Fensterfirma »FEBA« (»FENSTER UND TÜREN IM ALTBAU«) ist da sicher nur ein Anfang.

Die Verschiebung des gesellschaftlichen Klimas im Ostharz ist oftmals spürbar. Rassistische und nationalistische Tendenzen in der Bevölkerung verstärken sich. Bei Betrachtung der Fakten scheint es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Nazis den Ostharz als »Befreite Zone«[1] ausrufen können. ■

1) Das »Befreite Zonen«-Konzept ist eine Strategie aus Kreisen der JN, die die Erringung der kulturellen Hegemonie und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit durch die Nazis in bestimmten Regionen vorsieht. Genaueres siehe AIB Nr. 34, S. 27ff.

Ein später Besuch bei dem »Vordenker der Vernichtung« Theodor Oberländer

Mörder leben länger

»*Die Geschichte, die nicht vergehen will*«, kehrte am 29. Juni 1996 nach genau 55 Jahren vor die Haustür eines vielfachen Mörders namens THEODOR OBERLÄNDER zurück. Über 100 Antifas aus mehreren Städten fanden sich in Bonn vor seinem Haus ein. Das politische Ziel der Aktion formulierte ein Redner zu Beginn der Aktion so: »*Wir wollen diesem Mörder, der nicht mal freiwillig zur Hölle fährt, ein klein wenig die Ruhe nehmen für seinen Lebensabend mit dickem Pensionsanspruch. Wir sind heute hier, weil der Schwur der Buchenwald-Gefangenen, die Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen, auch unsere Sache ist. Wir sind stellvertretend für die hier, die ihr Leben lang darunter gelitten haben, die nicht vergessen konnten und wollten, weil Nacht für Nacht in ihren Träumen die Vergangenheit wieder lebendig wurde.*« Bevor sich die Leute genauso schnell verzogen, wie sie aufgetaucht waren, verschönerten sie die Fassade mit Parolen sowie Farbbeuteln und schossen Leuchtspurmunition ab. Die Polizei konnte nicht eingreifen, da die Einsatzkräfte zuvor geschickt fehlgeleitet wurden und vor Ort nicht genug Beamte zusammen gezogen werden konnten.

Oberländers Weg begann schon 1923 als Teilnehmer am Hitlerputsch und führte ihn 1933 als Professor an die Königsberger Universität, an der er federführend im Institut für osteuropäische Wirtschaft die nazistische Bevölkerungspolitik vordachte und plante. Schon 1937 attestierte er eine »Überbevölkerung« von 9 Millionen allein in Polen, die nur durch »*Verdrängung*« und »*Aussiedlung*« zu beheben sei. In der SS-Fachzeitschrift »NEUES BAUERNTUM« schrieb er 1940: »*Die Eindeutschung der Ostgebiete muß in jedem Falle eine restlose sein. Solche Maßnahmen vollständiger Aus- und Umsiedlung mögen für die Betroffenen hart erscheinen. (...) aber eine einmalige Härte ist besser als ein durch Generationen währender Kleinkampf*«.

Der Theoretiker wechselte in der heißen Phase der Kriegsvorbereitung in die Praxis. Als Offizier in der »Abwehr« war Oberländer am 29. Juni 1941 bei dem Einmarsch der Wehrmacht in Lwow (Lemberg) als politischer Kommissar mit dabei. Der »Volkstumsexperte« hatte schon im Vorfeld ganze Arbeit geleistet und aus ukrainischen Nationalisten, die sich um BANDERA sammelten, die Sondereinheit »NACHTIGALL« zusammengestellt. Die Ukrainer in deutscher Wehrmachtsuniform sollten nicht kämpfen, sondern die Stimmung gegen die »jüdisch-bolschewistischen Unterdrücker« anheizen und morden. Oberländers Aufgabe bestand darin, Kollaboration und Pogrome zu organisieren und dies tat er unter Ausnutzung anti-sowjetischer Ressentiments, die in der sowjetischen Besatzungszeit nach dem Hitler-Stalin Pakt durch das verschleppen tausender mutmaßlicher Staatsfeinde entstanden waren. Noch am Tag des Einmarsches teilte die Sondereinheit auf in ukrainisch und polnisch verfaßten Flugblättern mit, daß jüdische Bolschwiken für die toten Ukrainer verantwortlich seien. »*Die Agitation fiel auf fruchtbaren Boden. In brüllenden und johlenden Zügen schleppten große Menschenmassen Hunderte und Aberhunderte Menschen in die Gefängnisse. Die Juden mußten für die während der Russenzeit ermordeten Gefangenen Gräber schaufeln. Dann mußten sie für sich selbst die Gräber ausheben.*« Parallel dazu führten Oberländers »Nachtigallen« unmittelbar nach dem Einmarsch eine mit genauen Listen vorbereitete Liquidation von polnischen und jüdischen Intellektuellen durch.

Der Erfolg der Pogrome war »*überwältigend*«. In Zusammenarbeit mit der aufgehetzten Bevölkerung ermordete das Bataillon »Nachtigall« unter Oberländers Aufsicht über 5000 Menschen. Ausgehend von diesen Erfahrungen wurde Oberländer 1942 mit der Führung des Bataillons »BERGMANN« im Kaukasusgebiet betraut. Auch hier gelang es ihm mit Hilfe von »*fremdvölkischen Truppen*«, die in den Dienst der Wehrmacht gezwungen wurden, einen effizienten Ausrottungsfeldzug gegen Partisanen und die dortige Bevölkerung zu organisieren.

Die verbrecherische Vergangenheit wurde Oberländer im Nachkriegsdeutschland nicht etwa zum Verhängnis, sondern ermöglichte ihm eine neue Karriere in der Bundeshauptstadt der jungen BRD zu beginnen. Als Funktionär des BHE wurde er 1953 von ADENAUER ins Kabinett geholt, der Minister mit »tiefbrauner Vergangenheit« wurde erst 1960 nach erfolgreicher Internationaler Kampagne aus dem Ministeramt entfernt. Das oberste DDR-Gericht hatte Oberländer im selben Jahr in Abwesenheit zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt. Die Urteilsbegründung: »*Fortgesetzter Mord, fortgesetzte Anstiftung zum Mord in LEMBERG, SATANOW, TARNOPOL, KAUKASUS*«. Oberländer gelang es, das DDR-Urteil nach der Wiedervereinigung als DDR-Unrechtsurteil kassieren zu lassen.

Der 92jährige ist bis heute in der Braunzone zwischen CDU/CSU und organisierten Neonazis aktiv und empfängt Rechtsradikale aus dem Junge Freiheit-Umfeld, den Revanchistenverbänden und der »ANTIKOMMUNISTISCHEN WELTLIGA«. Seit mehreren Monaten ermittelt nun die Staatsanwaltschaft gegen ihn, da er 1942 laut Zeugenaussagen eigenhändig einer gefangenen Lehrerin, die keine Verbindung zu den Partisanen preisgeben wollte, nahe der kaukasischen Stadt Kislowodsk in die Brust geschossen haben soll. ■

Cottbus

Wassermann abgebrannt

Am 9.8.96 brannte der ehemalige Treffpunkt der verbotenen Deutschen Alternative (DA), »Zum Wassermann«, aus. Das Feuer soll nach Polizeiangaben im hinteren Saalbereich der Gaststätte ausgebrochen sein. Die Polizei geht von Brandstiftung aus, da sie Drohungen, daß der Treff der DA zerstört werden soll, erhalten hatte.

Der ex-Vorsitzende der DA, Frank Hübner, wurde mittlerweile gegen eine Kaution von 10.000 DM und die Abgabe der Personaldokumente nach fünf monatiger Haft entlassen. Er ist wegen Beteiligung an der Planung eines Auftragmordes angeklagt, bestreitet dies, wird aber von dem als Killer ausgesuchten Mann, der für den brandenburgischen Verfassungsschutz arbeiten soll, schwer belastet. Er soll für einen Wiesbadener Kameraden den Killer angesprochen haben, um dessen Lebensgefährtin zu töten, damit dieser das Sorgerecht erhält.

Göttingen

Aktion gegen Landsmannschaft Ostpreußen

Am 1. September, dem Internationalen Antikriegstag, führte die rechtsradikale Lanndsmannschaft Ostpreußen (LMO) eine sogenannte Ehrenmalfeier im Göttinger Rosengarten durch. Die LMO ist eine der wichtigsten Vertriebenenorganisationen, gibt mit dem Ostpreußenblatt eine zentrale und nach eigenen Angaben die größte Publikation in diesem Bereich heraus und arbeitet an der Geschichtsfälschung mit starken rassistischen sowie nationalistischen Tendenzen, um ihren Anspruch auf die »deutschen Ostgebiete« durchzusetzen. Auf der Veranstaltung waren die CDU-PolitikerInnen Rita Süssmuth als Schirmherrin sowie Alfred Dregger als Hauptredner anwesend und zeigten damit die staatliche Unterstützung dieser Organisation.

Etwa 250 AntifaschistInnen folgten dem Aufruf von verschiedenen Gruppen, u.a. aus Göttingen, Braunschweig sowie Northeim und versuchten dieses militärische Heldenspektakel zu ver- bzw. behindern. Zunächst wurde mit Trillerpfeipfen und Musikbeschallung akkustisch gestört, bevor dann einige Leute versuchten zum Ort der Veranstaltung zu gelangen. Das massive Polizeiaufgebot ging brutal gegen die Antifas vor. Mindestens zehn DemonstrantInnen wurden durch Schlagstöcke und Hundebisse z.T. erheblich verletzt. Ein Schlagstock zerbrach auf dem Kopf einer Frau, eine Person wurde festgenommen. Dieser überzogene Einsatz hat nun Folgen, da auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne eine aktuelle Stunde im niedersächsischen Landtag zu den Vorfällen stattfand. In dieser wurde starke Kritk der Bündnis 90/Grünen und der SPD an der Teilnahme der CDU-PolitikerInnen an dieser Veranstaltung deutlich. Die CDU hatte keinerlei Interesse sich zu distanzieren und bezeichnete die GegendemonstrantInnen als *»Autonome, die eine gesellschaftsfeindliche Vereinigung«* darstellen würden. Die Göttinger Kripo ermittelt nun gegen Beamte der in Göttingen neu stationierten Bereitschaftspolizei wegen Körperverletzung und gefährlicher Körperverletzung.

Hetendorf

Aktionen gegen »Hetendorfer Tagungswoche«

Vom 15. bis zum 23. Juni fand die sechste *»Hetendorfer Tagungswoche«* auf dem Gelände Hetendorf 13 statt. Etwa 200 alte und junge Nazis aus dem In- und Ausland reisten zu dem für sie wichtigen Termin an. Die faschistischen TagungsteilnehmerInnen hatten sich, u.a. über das »Nationale Infotelefon Rheinland« (NIT), einen »Selbstschutz« organisiert, zu dem ca. 30 militante FaschistInnen aus Aschaffenburg, Ostwestfalen-Lippe, Hamburg, Quedlinburg, Bonn sowie dem Sieger- und Sauerland angereist waren. Unter ihnen befanden sich Elbing, Wulff, de Vries, Hupka, Schüssler und Stehmann, die gekommen waren, um ihren Kameraden Rieger zu unterstützen.

Das »Bündnis gegen Rechts« organisierte eine Aktionswoche, um gegen das Treffen der Faschisten zu protestieren. Mehrere hundert AntifaschistInnen versuchten am ersten Aktionswochenende durch Straßenblockaden die Anreise der TagungsteilnehmerInnen zu be- und verhindern. An weiteren Wochentagen versuchten verschiedene politische und kirchliche Gruppen sich mit Aktionen für die Schließung des Nazi-Zentrums »Heideheim« und die Beendigung, der dort stattfindenen Aktivitäten einzusetzen. Am Donnerstag, dem 21. Juni, sollte der Höhepunkt der »Hetendorfer Tagungswoche«, die Sonnenwendfeier, gestört werden. Das Gelände Hetendorf 13 wurde durch starke Polizeikräfte geschützt. Die ca. 300 antifaschistischen DemonstrantInnen wurden durch einen massiven Polizeieinsatz, bei dem es zu brutalem Schlagstockeinsatz und Einkesselung kam, vom Nazi-Zentrum ferngehalten. Festgenommene wurden vor dem Zaun des Nazi-Geländes regelrecht zur Schau gestellt, 56 Personen wurden in Gewahrsam genommen und es gab weit über 200 Personalienfeststellungen und Platzverweise. Die Polizei rechtfertigte den harten Einsatz damit, daß es sich um den »Kern« des Schwarzen Blockes, der das Haus und Gelände vermummt angreifen wollte, gehandelt habe. Dagegen richteten sich die VeranstalterInnen mit der Erklärung, daß die Vermummung als Selbstschutz diene, es den sogenannten Schwarzen Block nicht gegeben habe und nicht das Zentrum gestürmt, sondern lediglich die Sonnenwendfeier behindert werden sollte. Etwa 30 Menschen erhielten bisher Ermittlungsverfahren und Vorladungen.

Im Gegensatz dazu konnten sich Nazis Übergriffe auf BürgerInnen, AntifaschistInnen sowie Kamera-Teams und Hitlergrüße leisten, da die Polizei sich entweder nicht in die Pflicht genommen sah oder nicht genug Kräfte vor Ort hatte. Das Celler Bündnis gegen Rechts zog trotz der massiven Repression eine positive Bilanz und kündigte auch für die Zukunft an, wie die letzten Jahre antifaschistischen Widerstand zu leisten.

Wiesmoor

Auto eines Nazis angezündet

In der Nacht vom 21. auf den 22.7. wurde das Auto des Faschisten Jörn Garlts durch das Kommando Kolbenfresser abgefackelt. In der Erklärung zu diesem Anschlag heißt es: *»Garlts ist einer der Hauptverantwortlichen für den Terror, der seit einiger Zeit in Wiesmoor und Umgebung von einer Bande Neonazis gegen alle ausgeübt wird, die ihnen nicht passen. Sein Auto wurde bei diesen Aktionen als Transportmittel für den faschistischen Mob eingesetzt.*

Der letzte Vorfall an dem J.G. beteiligt war, ereignete sich am Sa., dem 20.7., während des Bürgermarktes in Wittmund, wo ein von J.G. und mehreren Kumpanen als links angesehener Mensch direkt vor der Polizeiwache attackiert und schwer verletzt wurde. Die Polizei schritt (wieder mal) nicht ein, die Täter konnten entkommen. J.G. und seine Gefolgschaft sind für div. Angriffe auf MigrantInnen, Antifaschisten, Punker und Skater in der Region sowie für gezielten Terror gegen bestimmte Personen verantwortlich. U.a. wurden Kindern von MigrantInnen brennende Zigaretten auf dem Arm ausgedrückt, um nur ein Beispiel zu geben, daß die Qualität dieser Angriffe demonstriert. Diese Vorfälle werden von der Polizei und der Presse geflissentlich ignoriert.«

Waigels Griff an den Geldhahn verstärkt die Auseinandersetzungen zwischen Unions-orientierten und neofaschistischen Kräften im Bund der Vertriebenen (BdV)

Ein Kampf zweier Linien

»Bis 1990 galt das Heimatrecht als unverzichtbares Menschenrecht, verbunden mit dem 1952 von den Vereinten Nationen völkerrechtlich anerkannten 'Selbstbestimmungsrecht der Völker'. Die Heimatvertriebenen haben auf Gewalt verzichtet, jetzt sollen sie auf ihr Recht verzichten.«* klagt ein Autor in »Erneuerung und Abwehr« (7/96, S.19), dem Monatsblatt der konservativen Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland. Unter der Überschrift »Bonn will BdV kaltstellen« sekundiert die »Nation + Europa« (5/96, S.66) mit den Worten: *»Der Bund der Vertriebenen (BdV) ist Bonner Status-quo-Politikern schon lange ein Dorn im Auge. Jetzt will man offenbar versuchen, die Vertriebenenorganisation auf finanziellem Weg kaltzustellen.«

Ursache der Aufregung ist ein Schreiben von Finanzminister WAIGEL aus dem Herbst des vergangenen Jahres an die Finanzämter. Waigel hatte in seinem Schreiben darauf hingewiesen, daß Forderungen nach Vermögensrückgabe und Entschädigungen für ehemaliges Eigentum in den Vertreibungsgebieten den Vorschriften zur Erteilung der Gemeinnützigkeit widersprechen. Sollten der BdV und seine Gliederungen bis zum Jahresende ihre Satzungen nicht entsprechend ändern, wäre dies mit erheblichen finanziellen Einbußen verbunden, die der chronisch am Subventionstropf von Bund und Ländern hängende BdV kaum verkraften dürfte. Eine späte Erkenntnis im Hause Waigel, die offenkundig nicht nur der Finanznot des Bundes entsprungen ist. Vielmehr versucht die Bundesregierung scheinbar, ihre allzu eifrigen außenpolitischen Hilfstruppen zurückzupfeifen, um die Irritationen bei den Verbündeten im Westen und die Ängste bei den östlichen Nachbarn nicht noch weiter anwachsen zu lassen.

Die seit mehreren Jahren diskutierte und von regierungsnahen Funktionären wie dem CSU-Bundestagsabgeordneten Hartmut KOSCHYK, ehemals Generalsekretär des BdV, forcierte Umbenennung des VEREINS FÜR DAS DEUTSCHTUM IM AUSLAND (VDA) in einen weniger verfänglichen Namen ist ein weiteres Indiz für diese Absicht. Allerdings scheiterte dieses Vorhaben bei der letzten Konferenz der Gruppe in Weimar. Die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit zur Satzungsänderung wurde deutlich verfehlt. Daß die Namensänderung ohnehin nur symbolischen Charakter haben sollte, wurde auch durch die Verleihung des Kulturpreises des VDA an den US-amerikanischen Wissenschaftler Alfred DE ZAYAS deutlich. Zayas gehört zur Riege der Halb-Revisionisten, die versuchen, die deutsche Vergangenheit dadurch zu entlasten, daß sie die deutschen Verbrechen der NS- und der Kriegszeit gegen angebliche Verbrechen der Nachkriegszeit gegen Deutsche aufrechnen. Folgerichtig wurde der dem Kuratorium der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte angehörende de Zayas für seine »Aufarbeitung des Vertreibungsgeschehens« ausgezeichnet.

Da die Drohung mit der Sperre des Finanzhahns aber offenbar zur Kontrolle der aufmüpfigen Verbündeten von der Bundesregierung als nicht ausreichend angesehen wird, sollten zugleich bei den anstehenden verbandlichen Wahlen dieses Jahres verstärkt in der Vertriebenenarbeit aktive Unionspolitiker in die Leitungsgremien durchgedrückt werden. Es war absehbar, daß beide Vorhaben auf den erbitterten Widerstand des radikaleren Teil der Vertriebenenverbände stoßen würden.

Bei der Landesdelegiertenversammlung Niedersachsen des BdV am 11. Mai in Hannover führte dieser doppelte Versuch aus dem Lager der CDU, den BdV an die Kette zu legen, zum Teil zu tumultartigen Szenen. Schon der Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden Dr. Dietrich RADAU (Landsmannschaft Pommern) führte immer wieder zu aufgebrachten Zwischenrufen aus den Reihen der Delegierten, die teilweise mit Verstärkung aus ihren Kreisverbänden angereist waren, um auch die notwendige Lautstärke aufbringen zu können. Nur mit Mühe gelang es dem Tagungspräsidium, die streckenweise hoch aufgewühlten Wogen einigermaßen zu glätten. Dabei gilt Radau im niedersächsischen BdV-Landesverband als Vertreter einer Mittelposition. Er steht zwar zweifellos der CDU nahe, hat in der Vergangenheit aber deutlich demonstriert, daß er auch keinerlei Berührungsängste gegenüber neofaschistischen Funktionären hat. So unterzeichnete er bereits 1972 einen durch den NPD-Funktionär Hans-Michael FIEDLER initiierten Aufruf zur Förderung »nationalkonservativer Jugendarbeit« und referierte mehrfach beim OSTPOLITISCHEN DEUTSCHEN STUDENTENVERBAND (ODS), der in dieser Zeit durch Aktivisten vor allem aus dem Umfeld der NPD sowie diverser »neu«rechter und völkischer Zirkel geprägt wurde. Trotzdem erhielt er bei den Landesvorstandswahlen 1991 und 1993 nur jeweils ca. 60% der Delegiertenstimmen gegen seine damaligen, offen faschistischen Kontrahenten Ekkehard STUHLDREHER (ein ehemaliger Landtagsabgeordneter der NPD, der seine Partei verlassen hatte, da sie ihm zu links (!) geworden war) und Alfred ARDELT (Aktivist des völkischen Witikobundes und Autor in der nationalrevolutionären Zeitschrift »Wir selbst»).

Ardelt war erst kürzlich wieder in die Schlagzeilen geraten, da er den am 17.

CSU Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Generalsekretär des BdV Hartmut Koschyk



Mai in der FAZ als Anzeige erschienenen »Appell der 100« unterzeichnet hatte, in dem die Art der Strafverfolgungsmaßnahmen gegen negationistische Autoren als an Rechtsbeugung grenzend, gegen die Menschenrechte verstoßend und als »eines freien demokratischen Rechtsstaates unwürdig» beschimpft worden waren. Ardelt, der bisher als stellvertretender Landesvorsitzender gewirkt hatte, hatte bereits im Vorfeld der Landesdelegiertenversammlung auf eine neuerliche Kandidatur verzichtet. Als sein Nachfolger stand bereits der langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut SAUER, zugleich Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU, nach entsprechenden Absprachen fest. Er sollte den regierungstreuen Flügel verstärken, dessen bisher einziger Repräsentant der CDU-Landtagsabgeordnete Hellmut SCHNEIDER gewesen war.

Aus Protest gegen diese personellen Vorabsprachen und wohl auch gegen die im Rechenschaftsbericht von Radau zum Ausdruck gekommene inhaltliche Nachgiebigkeit zog dann während der Versammlung die bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Barbara LOEFFKE, kurz vorher zur Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen gewählt, ihre erneute Kandidatur zurück.

Damit war nicht nur ein personelles Dilemma entstanden, sondern zugleich auch ein inhaltliches, denn mit der sich abzeichnenden Konstellation wäre der radikalere Flügel aus dem geschäftsführenden Landesvorstand völlig ausgegrenzt gewesen, da auch der dritte in der Riege der Stellvertreter, Oliver DIX, zugleich Bundessprecher der ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENERATION im BdV, eher zur gemäßigten Fraktion zu rechnen ist. Um den völligen Bruch zu vermeiden, mußte es gelingen, die starke Minderheit erstens personell einzubinden und ihr zweitens inhaltliche Angebote für eine offensive Arbeit zu machen.

Als personelle Alternative bot sich Johannes RADDATZ (Pommersche Landsmannschaft) an, der während der Sitzung seine Qualitäten als Leiter des Tagungspräsidiums unter Beweis stellen konnte. Raddatz war erstmals 1988 einer breiteren Öffentlichkeit als stellvertretender Landesvorsitzender der DVU in Niedersachsen bekannt geworden. Zwei Jahre später trat er bei den Landtagswahlen als Direktkandidat der NPD im Wahlkreis Wittmund an. Er setzte sich unter mehreren Mitbewerbern schließlich mit 71 Stimmen durch.

Da der radikale Flügel bereits bei den Delegiertenwahlen im Vorfeld gestutzt worden war und diesmal lediglich ca. ein Drittel der Stimmen stellen konnte, muß Raddatz also auch die Unterstützung eines Teils des gemäßigten Flügels erhalten haben. Ein zwiespältiges Abstimmungsverhalten, das seine Entsprechung auf der Kreisebene findet. So wurde z.B. im Kreis Osterode zwar der lokale CDU-Funktionär Hubert WABBELS neuer Kreisvorsitzender, im wichtigen Kreisverband Braunschweig dagegen mit JOCHEN WITTMANN jemand Nachfolger des gemäßigten Hajo HOFFMANN, der bereits durch eine Buchveröffentlichung im Verlag des faschistischen Neuheiden Michael Damböck (Ardagger/Österreich) hervorgetreten war.

Das inhaltliche Kompromißangebot hatte Dr. Dietrich Radau bereits in seinem Rechenschaftsbericht unterbreitet. Zwar sah er selbst eine *»innere Bedrohung im Bemühen einer innerverbandlichen Gruppierung, eine Rechtsaußen-Brigade mit reaktionärer Programmatik auf der Vorstandsebene zu installieren«* (BdV-aktuell 3/96, S.2), doch baute er zugleich eben dieser Gruppierung goldene Brücken. Er betonte, daß der Verband keinesfalls auf die Felder der *»Heimat-, Kultur- und Volkstumspflege sowie Sozialarbeit«* eingeengt werden dürfe. Einige der beanstandeten Passagen der Satzung könnten wohl gestrichen werden, doch dürfe dies nicht ersatzlos geschehen. Das Präsidium und die Generalsekretärin seien bereits zu entsprechenden Ausarbeitungen schriftlich aufgefordert worden. Beabsichtigt ist scheinbar nur eine kosmetische Korrektur der Satzung, die formal den Forderungen aus dem Hause Waigel genügen würde, aber gleichzeitig die weitere Verfolgung des bisherigen Kurses ermöglichen würde.

Für diese Vermutung spricht auch das Vorhaben von Radau, durch einen von ihm selbst als »provozierende Initiative« bezeichneten Plan wieder in die politische Offensive zu kommen, dadurch die schwächer werdenden personellen Kräfte der Vertriebenenverbände zu sammeln und die auseinanderstrebenden Fraktionen wieder zu bündeln. Er will darauf dringen, daß diejenigen in Osteuropa und den Staaten der ehemaligen UdSSR lebenden Menschen, die bei Übersiedlung in die Bundesrepublik die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten könnten, bereits jetzt das Wahlrecht zum Bundestag erhalten. Bisher ist dieses Wahlrecht an einen Wohnsitz im Bundesgebiet gebunden. Radau rechnet sich auch deshalb gute Chancen für diesen Plan ohne Präzedenz im Völkerrecht aus, da der radikale Flügel sich durch die Unterstreichung des völkischen Prinzips bestätigt fühlen wird, die Realo-Fraktion dagegen darauf spekulieren wird, daß der Löwenanteil der neuen Stimmberechtigten die Unionsparteien wählen wird und somit deren Mehrheit auch bei sinkender Zustimmung im Inland sichern könnte.

Dieser Antrag wurde auf der jüngsten Bundesversammlung des Bund der Vertriebenen im Berliner Abgeordnetenhaus denn auch einstimmig verabschiedet. Auch personell fand die Politik des niedersächsischen Landesverbandes ihre Entsprechung auf der Bundesebene. Fritz WITTMANN, der sich bei der letzten Kandidatur noch der Konkurrenz des als radikaler eingeschätzten Rudolf WOLLNER hatte erwehren müssen, wurde mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Die Stellvertreterin mit den meisten Stimmen wurde die Bundestagsabgeordnete Erika STEINBACH, die geringste Zustimmung erhielt der thüringische Landesvorsitzende Paul LATUSSEK. Entscheidend für den Unterschied war in diesem Fall nicht das Geschlecht sondern das Parteibuch. Im Gegensatz zu Wittmann und Steinbach gehört Latussek nicht den Unionsparteien an sondern der DSU, deren thüringischer Landesverband auch die Strategie der »Runden Tische» zur Sammlung der neofaschistischen Kräfte mitträgt.

Der Kampf zweier Linien im BdV, hier exemplarisch dargestellt am Landesverband Niedersachsen, steht nach Waigels explosivem Schreiben erst am Anfang. So mosert Rolf-Josef EIBICHT, zeitweise wissenschaftlicher Mitarbeiter beim SUDETENDEUTSCHEN RAT und jetzt Geschäftsführer der ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER VOLKSGRUPPEN IN EUROPA, im NPD-Organ »Deutsche Stimme» (4/96, S.4): »Das Elend und der Scherbenhaufen sudetendeutscher Heimatpolitik läßt sich in einem Satz zusammenfassen: Die Heimatpolitik der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist CDU/CSU-Interessen- und Erfüllungspolitik.» Er beklagt, daß sich ohne Unions-Parteibuch in den leitenden Funktionen niemand mehr finden ließe und »das wohldotierte Berufsvertriebenenfunktionärsseilschaftssystem zur permanenten Wahrung der eigenen Privilegien» lückenlos sei und konstatiert eine »parteipolitische Verkommenheit».

Zwar besteht einige Wahrscheinlichkeit, daß die Absicht der »Domestizierung« des BdV mit der geschilderten Doppelstrategie verwirklicht werden kann. Noch immer ist aber auch die Möglichkeit nicht auszuschließen, daß der umgekehrte Effekt erreicht wird und die radikale Fraktion Zulauf erhält, der bis zur Übernahme ganzer Verbände führen kann. Die Junge Landsmannschaft Ostpreußen ist ein Beispiel dafür. Klar ist allerdings schon heute, daß Neofaschisten weiterhin als Funktionäre eingebunden werden werden, um eine nicht nur inhaltliche Spaltung des BdV zu vermeiden. ■

Kiew

Partnersuche in der Ukraine

»Die DVU baut eine Brücke nach Moskau, die NPD eine nach Kiew.« kommentiert in der jüngsten Ausgabe der Parteizeitung »DEUTSCHE STIMME« (7/96) NPD-Parteivorstandsmitglied WOLFGANG NAHRATH, ehemaliger Bundesführer der verbotenen WIKING JUGEND, die Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages seiner Partei mit der UKRAINSKA NACIONALNA ASSAMBLEA (UNA, Ukrainische Nationalversammlung) am 22. Mai in Kiew. Den Abschluß des Vertrages hatte zuvor der NPD-Parteivorstand auf seiner Sitzung am 28. April in Hannover gebilligt. Gemeinsam mit dem für die Auslandskontakte verantwortlichen Nahrath reiste der Sozialreferent im Parteivorstand AXEL SCHUNK, ebenfalls ein ehemaliger Funktionär der Wiking Jugend, in die Ukraine, um dort mit der Parteispitze der UNA unter deren Vorsitzenden OLEG VITOVICH und dem Auslandsreferenten für Deutschland, GENI KURENKOW, das Partnerschaftsabkommen zu unterzeichnen.

Parteivorsitzender UDO VOIGT entschuldigte sein Fernbleiben in einer Grußbotschaft, *»da die NPD derzeit in ihrem Bestand gefährdet ist.«* In seinem Schreiben hob er eine über 1000jährige *»Waffenbrüderschaft mit dem Deutschen Reich«*, die von der Abwehr des *»Mongolensturm(s) auf Mitteleuropa«* bis zur *»SS-Division 'Galizien' im II. Weltkrieg«* reiche, hervor.

Wie sein Vorsitzender erklärt Nahrath deshalb: *»Gemeinsam müssen die Vaterländer über den Ural den Blick nach Osten richten, um den Artraum unserer Völker abzusichern.«* Offenbar steht ein neuer »Mongolensturm« bevor. Diesen wollen die neuen Freunde ebenso gemeinsam abwehren wie den auf die sozialen Errungenschaften. *»Die Zukunft gehört den Schaffenden, nicht den Schachernden!«* tönt Nahrath vollmundig. Vielleicht ist er in der Ukraine ja etwas größenwahnsinnig durch die Tatsache geworden, daß das dortige Fernsehen den Vertragsabschluß übertragen hat. Scheinbar wird die NPD im Osten noch ernst genommen. Ein Vorschlag zur Güte bestände also darin, die NPD zur geschlossenen Emigration in die Ukraine zu ermutigen. Allerdings wäre dies wiederum den UkrainerInnen kaum zuzumuten.

Hamburg

STATT-Partei: Letztes Aufbäumen?

Mit MARKUS WEGNER hat das Zugpferd die von ihm gegründete Partei schon vor längerer Zeit wieder verlassen. Außer durch einen einmaligen Ausrutscher, den Einzug in die Hamburger Bürgerschaft mit acht Abgeordneten und der anschließenden Regierungsbeteiligung der Reste der schnell zerfallenden Fraktion, hat die STATT-PARTEI bisher nur durch Skandale auf sich aufmerksam gemacht. Der langen Liste dieser Skandale fügte sie bei ihrem letzten Bundesparteitag im Juni 1996 in Hamburg einen weiteren an: den Ausschluß des Landesverbandes Thüringen. Kein Wunder, daß die Mitgliederzahl inzwischen bundesweit auf unter 1.300 abgesunken ist. Letzter, zumindest noch eingeschränkt handlungsfähiger Landesverband ist Hamburg mit angeblich noch 280 Beitragszahlenden.

Die Hoffnung auf eine Konsolidierung der STATT-Partei aufgegeben hat wohl auch der Düsseldorfer Unternehmensberater HARALD KAISER, der seit 1994 Vorsitzender der Partei gewesen war. Der war zwar aus 14 Jahren Mitgliedschaft in der FDP Kummer gewöhnt, doch die Zustände in seiner neuen politischen Heimat überschritten wohl auch seine Toleranzgrenze. Neuer Parteiführer wurde der Lehrer JOHANNES BUTSCHER, seine Stellvertreter der Hamburger SIEGFRIED WÖLK, BRUNO PANNECKE (Niedersachsen) und der Bonner Lehrer TORSTEN LANGE. Ebenfalls ein Neuling ist als Bundesschatzmeister Klaus PAUL.

Angesichts des Zustandes der STATT-Partei darf bezweifelt werden, daß die personellen Änderungen eine Verbesserung der Lage bewirken werden. Gleiches muß für die angestrebten programmatischen Schritte angenommen werden. Bekanntgeworden war die Gruppierung als reine Anti- und Protestpartei ohne greifbares Programm. Bindemittel und mobilisierender Faktor zugleich war die Parteiverdrossenheit. Da die Konkurrenz im Bereich außerhalb der etablierten Parteien nach wie vor groß ist, der Spielraum dort jedoch kleiner geworden ist, reicht das heute nicht mehr aus, um Erfolg zu haben. Es soll deshalb ein Programm verabschiedet werden, das deutlich rechtskonservative Züge aufweist. Konsensfähig dürfte ein solches Programm in der Partei kaum sein. Der weitere Zerfall ist vorprogrammiert.

Berlin

»Junge Freiheit« in Nöten

Das Gegreine gehört auf dem Zeitungsmarkt inzwischen fast zum guten Ton. Die TAZ droht mit bzw. – je nach Ansicht – verspricht ihre Einstellung, falls ihr nicht die neuen Abonnenten zuströmen, die Junge Welt betreibt eine Dauerwerbekampagne, die wenigstens nicht des Witzes entbehrt, und nun klagt auch die »Junge Freiheit« heftiger denn je. *»Jetzt geht's ums Ganze!«* verspricht sie uns und erläutert, daß sich bis zum Jahresende ein Minus von 450.000 DM angehäuft haben werde und die Zeitung liquidiert werden müsse, wenn nicht bis zum 30. November 2.500 Abonnenten gewonnen würden. Chefredakteur DIETER STEIN, der inzwischen auch fast die letzten Getreuen seiner alten Mitarbeiter vergrault hat, zum ihm wohlgesonnenen »OSTPREUßENBLATT«: *»Das Ende der JF wäre ein Riesentriumph für das antidemokratische Lager.«*

Als wenig werbewirksam schätzt Stein offensichtlich die Bemühungen des Verfassungsschutzes von NRW ein, der *»tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Ziele«* des Blattes sieht. Die weitere Verbreitung dieser Einschätzung will die JF jetzt dem Land NRW durch eine Klage vor dem Verwaltungsgericht untersagen lassen. Juristisch vertreten bei diesem Ansinnen wird das Blatt durch seinen auch politischen Favoriten, den Vorsitzenden des Bund Freier Bürger MANFRED BRUNNER, der durch eine 60seitige Klageschrift vor Gericht den Erfolg zu erzielen versucht, der ihm politisch permanent versagt bleibt. Sarkastisch möchte mensch kommentieren: Stein (wirtschaftlich, journalistisch) und Brunner (politisch) - zwei Versager unter sich.

Sudetendeutsche als fünfte Kolonne des III. Reiches

Die tschechische Regierung soll die Ausweisung der Sudetendeutschen – die 1945 dem Potsdamer Abkommen entsprechend vorgenommen wurde – als Unrecht anerkennen, den Nachkommen der Vertriebenen ein »Recht auf Heimat« gewähren – sogar Entschädigung wird gefordert. Damit setzt Deutschland Tschechien unter Druck. Der starke Einfluß der »Sudetendeutschen Landsmannschaft« (SL) auf die Regierungsparteien ist ein wichtiger Grund für diese harte Linie. Die SL vertritt die Position, das Münchner Abkommen von 1938, in dem die Angliederung der sudetendeutschen Gebiete an den NS-Staat bestimmt wurde, habe noch immer Gültigkeit. Ähnlich lautet die Position der Bundesregierung. Sie meint im Gegensatz zu den anderen Unterzeichnerstaaten, das Münchner Abkommen habe erst mit der Zerschlagung der »Rest-Tschechei« seine Gültigkeit verloren. Das »Recht und Gesetz« des Jahres 1938 ist die Grundlage ihrer Forderungen. Chaim Frank, Mitarbeiter des Dokumentationsarchives für jüdische Kunst, Kultur und Geschichte, meint: »*Wer nach 'Recht und Gesetz' des Jahres 1938 schreit, ist nicht nur ein Revisionist, sondern gleichzeitig auch ein Faschist.*«

Die deutschen Medien suggerrieren in der Regel, die Ausweisungen seien die blutige Rache der Tschechen für den SS-Terror der Besatzungszeit – kollektive Strafe, die auch Unschuldige traf. Doch die eigentliche Vorgeschichte für die »Vertreibung« beginnt nicht mit dem Massaker von Lidice. Die Sudetendeutschen ließen sich in großer Zahl als Instrument der deutschen Aggression mißbrauchen. Die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakischen Republik (CSR) diente als Instrument der Desintegration dieses Staates. Zeitgenossen, die Opfer dieser Aggression geworden waren meinten, die Sudetendeutschen – von denen viele so gern »heim ins Reich« wollten – würden auch in Zukunft eine Gefahr für den Bestand der Tschechoslowakei sein. Diese Vorgeschichte soll der folgende Artikel nachzeichnen.

1918 zerfiel das Habsburger Reich. Eines der Zerfallsprodukte war die CSR, mit deren Gründung im Rahmen der Verträge von Versailles und St. Germain auch die sudetendeutsche Geschichte beginnt. Die deutschsprachige Bevölkerung in der CSR (1920: 3,1 Millionen Menschen bei einer Gesamtbevölkerung von 13,6 Millionen) bezeichnete sich nun als »Sudetendeutsche«. Innerhalb dieser Gruppe regte sich Widerstand gegen die Verträge, die u. a. die Bildung eines Großdeutschen Reichs unter Einschluß Österreichs und der deutschsprachigen Gebiete in der CSR verboten.

Sudetendeutsche Politiker forderten den Anschluß, weil jene Gebiete wirtschaftlich stark mit Österreich und Deutschland verflochten waren. Die großdeutsche Variante wäre für sie vorteilhaft gewesen. Außerdem fürchteten sie um ihre politische, soziale und ökonomische Vormachtstellung, die sie in der CSR kaum würden behaupten können. Keineswegs konnte von einer Unterdrückung des deutschsprachigen Bevölkerungsteils der CSR gesprochen werden: »*Die Stellung der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei konnte trotz ihrer ablehnenden Einstellung zum tschechoslowakischen Staat mit der Stellung aller übrigen nationalen Minderheiten, wo immer in Europa, nicht verglichen werden. Außer dem Monopol der Staatsgewalt behielten sie im wesentlichen alles, was sie in Österreich-Ungarn besessen hatten*«, so der Historiker Dr. Vaclav Kral.

Völkisch-faschistische Organisationen agitieren unter den Sudetendeutschen

Völkisch-national gedeutet und aufgeladen wurden die Motive der Ablehnung der CSR durch die Deutsche Nationalsozialistische Partei (DNSAP). Sie pflegte konspirative Beziehungen nach Deutschland. DNSAP-Führer Hans Krebs schreibt: »*Schon im Jahre 1919 hatte die zeitweise auch über die Grenzen herüberwirkende völkische Bewegung im Reich unsere Aufmerksamkeit gefunden. Die Geschichte des sudetendeutschen Freiheitskampfes ist auf das engste mit dem Nationalsozialismus Adolf Hitlers verknüpft. Wenn gleich wir aus staatlichen und außenpolitischen Gründen niemals eine organisatorische Gemeinschaft mit den Nationalsozialisten im Reich haben durften*«. Daneben wurden breite Teile der Minderheit in den bündischen Jugendorganisationen, sudetendeutschen Studentenorganisationen und Turnvereinen indoktriniert. Insbesondere letztere, unter dem spätere Führer der Sudetendeutschen Konrad Henlein, wurden ein Hort des Revanchismus.

In den Turnvereinen galt das Führerprinzip, politische Schulung wurde Teil jeder Turnstunde. Turnen wurde in den Dienst der »Wehrhaftmachung« der männlichen Vereinsmitglieder gestellt, während es die Frauen auf ihre Funktion als Gebärende des sudetendeutschen Nachwuchses vorbereiten sollte. Turnstunden wurden zu Wehrsportübungen, diese weiteten sich zu paramilitärischen Manövern aus, an denen jeweils mehrere hundert oder gar tausend Turner teilnahmen. Daß diese als »Gauwehrturntage« bezeichneten Manöver 1931 durch die CSR verboten wurden, kann nur als selbstverständlich gewertet werden – wie auch der 1932-33 geführte Prozeß gegen die »Volkssport-Organisation«. Sie war 1929 in Anlehnung an die SA von der DNSAP gegründet worden. In den Prozeß wurden auch die Führer der DNSAP und der Deutschnationalen Partei (DNP) gezogen. Einem Verbot zuvorkommend, lösten beide Parteien sich im September 1933 selbst auf.

Sudetendeutsche auf dem Weg in die deutsche »Volksgemeinschaft«

Nur eine Woche darauf konstituierte sich die Sudetendeutsche Heimatfront (SHF) unter Konrad Henlein. Sie war eine Nachfolgepartei von DNSAP und DNP, verbreiterte aber zusätzlich durch die Mitglieder des Turnverbandes die



Konrad Henlein, Führer der Sudetendeutschen Heimatfront

Basis für völkisch-faschistische Politik. Die Führung der SHF rekrutierte sich zum größten Teil aus den Reihen des elitären »Kameradschaftsbundes« (KB).

Sie agierte klüger, als die sudetendeutschen Dependancen der NSDAP, und sie besaß Freunde im NS-Staat mit großen Erfahrungen in der Steuerung auslandsdeutscher Organisationen: die Funktionäre des »VOLKSBUNDES FÜR DAS DEUTSCHTUM IM AUSLAND« (VDA) Sie hatten im »VOLKSDEUTSCHEN RAT« (VR) eine erste Koordinierungsstelle für Volkstumsarbeit des NS-Staates geschaffen.

Der VDA konnte in einer Weise agieren, wie es für die Gliederungen der NSDAP nach 1933 kaum mehr möglich war. Er war ein scheinbar privater Verein; gleichwohl – wie auch heute – eine Agentur der verdeckten deutschen Außenpolitik. Der VDA-VR, dessen treibende Kraft HANS STEINACHER war, stand unter der Protektion von RUDOLF HESS. Ab 1934 sollte er die Kontrolle über die sudetendeutschen Angelegenheiten übernehmen. Hess betonte, *»daß die Wirkungsmöglichkeit des Verbandes umso größer ist, je mehr er sich nach wie vor freizuhalten versteht von Einflüssen des offiziellen Deutschland, gleichgültig ob diese sich in Regierung oder Parteigebilden verkörpern«*. Steinnacher baute ein Netz von Mittelsleuten auf, z. B. um verdeckt finanzielle Transaktionen zwischen dem Reich und der SHF zu tätigten.

Ordner- und Schlägertrupp der SHF

Zum Testfall für die Zusammenarbeit von VDA-VR und SHF wurde die Wahl zum CSR-Parlament 1935. Die SHF, nun unter dem Namen »SUDETENDEUTSCHE PARTEI« (SdP), wurde über den VDA-VR mit großen Geldsummen ausgestattet. Sie konnte so einen grandiosen Wahlkampf leisten. Mehr als 60 % der sudetendeutschen Bevölkerung wählte die faschistische SdP, die jetzt die stärkste Partei in der CSR war.

Die SdP wußte in ihrer Propaganda die ökonomische Krise in der CSR, die die sudetendeutschen Gebiete besonders hart traf, auszunutzen. Der Minderheit wurde suggeriert, der tschechoslowakische Staat würde bewußt den ökonomischen Niedergang der sudetendeutschen Gebiete forcieren. Ursache war jedoch die Orientierung der Region auf die Märkte Österreichs und Deutschlands. Die Henleinpartei profitierte auch vom »Glanz« des NS-Regimes, weil sie zu Recht als Statthalter der NSDAP gesehen wurde.

Mit der Wahl von 1935 war die Mehrheit der Sudetendeutschen ins faschistische Lager geschwenkt. Dabei wußten die Sudetendeutschen sehr wohl von den Zuständen im Reich. KZ's, rassistische und politische Verfolgung waren bekannte Tatsachen: Die CSR gewährte Flüchtlingen aus Deutschland Asyl, durch die in der deutschen Minderheit publik wurde, wie man im dort mit politischen Gegnern und Juden verfuhr. War ihnen also das NS-Terrorregime ganz recht, oder nahmen sie es billigend in Kauf, um am ökonomischen Aufschwung in Deutschland teilzuhaben? Gleichviel was die Motive waren, es sind die von Faschisten, entweder als Überzeugungstäter oder Mitläufer.

Ein Verbot der SdP war nun sehr schwierig geworden. Sie agierte auch noch nicht offen als 5. Kolonne des NS-Faschismus, forderte noch nicht den Anschluß an Deutschland: das NS-Regime war darauf angewiesen, nach außen als friedliebend aufzutreten, um ungestört jene militärische Stärke entwickeln zu können, die es für eine aggressive Außenpolitik benötigte.

Aus Volkstumsorganisationen werden Terrorverbände

1938 war es dann so weit. Nach der Annexion Österreichs im März 1938, wandte sich der NS-Staat der CSR zu. Wirtschaftliche Expertisen lagen bereits auf dem Tisch, als die Wehrmacht in die Tschechei einmarschierte. Militärisch wichtig sei, so Hitler, daß mit der Zerschlagung der CSR große Mengen deutscher Truppen für andere Aufgaben frei würden. Die annektierten Gebiete sollten das Menschenmaterial für über zwölf Divisionen sowie Nahrung für 5-6 Millionen Menschen liefern.

»Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit zu zerschlagen«, eröffnete Hitler am 30. Mai 1938 seinen Oberkommandierenden. Statt einer militärische Okkupation wurde in Angriff genommen, was ein NS-Außenpolitiker die *»chemische Auflösung der CSR«* nannte: Ihr »Agens« sollte die sudetendeutsche Bevölkerung sein.

Diese scheinbar friedliche Methode kam dem »Appeasement«- (d. h. Beschwichtigungs) Kurs der Westmächte entgegen. Der britische Premier NEVILLE CHAMBERLAIN wollte den Deutschen anbieten: *»Gebt uns eine befriedigende Zusicherung, daß Ihr im Umgang mit Österreich und der Tschechoslowakei nicht Gewalt anwenden wollt, und wir werden Euch eine ähnliche Zusicherung geben, daß wir nicht Gewalt anwenden, um die Änderungen zu verhüten«*. Den notwendigen Druck für die Verhandlungen mit dem Westen zu erzeugen, war die Aufgabe der sudetendeutschen Organisationen.

Die SS-nahe VOLKSDEUTSCHE MITTELSTELLE (VOMI) übernahm die Koordination. Es wurden Gerüchte in Umlauf gebracht, wonach der Einmarsch deutscher Truppen in die CSR kurz bevorstünde und der Turnverband bewaffnet würde. Im Mai 1938 wurden deutsche Truppen in Richtung CSR verschoben, woraufhin die CSR ihre Armee mobilisierte. Ziel der deutschen Maßnahmen war, die sudetendeutsche Bevölkerung zu aktivieren. In einer Weisung Hitlers vom 20. 5. 38 wurden die weiteren Pläne fixiert: *»Den politischen und militärisch geeigneten Zeitpunkt abzuwarten und herbeizuführen ist Sache der politischen Führung. Eine unabwendbare Entwicklung der Zustände innerhalb der Tschechoslowakei, (...) die eine überraschende, vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit schaffen, können mich zu frühzeitigem Handeln veranlassen.«* Henlein wurde von Hitler angewiesen, Scheinverhandlungen über eine Autonomie der Sudetendeutschen zu führen: *»Wir müssen immer soviel fordern, daß wir nicht zufriedengestellt werden können«*. Henlein hatte nun die Aufgabe zu bewältigen, Forderungen aufzustellen, die nicht zu radikal erscheinen durften, damit die CSR Verhandlungen nicht von vornherein ablehnen würde, und die Sudetendeutschen in den Augen der Westmächte nicht diskreditierten. Sie sollten aber genügend interpretationsfähig sein, um, wenn die Regierung der CSR drohte, auf die Forderungen einzugehen, weiter gefaßt zu werden. Ziel war, die Spannungen in den sudetendeutschen Gebieten in Zusammenarbeit mit



den zuständigen Stellen des NS-Staates aufrecht zu erhalten und so zu steigern, daß allein der Anschluß dieser Gebiete an Deutschland Befriedung versprach. Mit dem 8-Punkte Programm vom 24. 4. 38 gelang dieser Schachzug. »*Die acht Punkte waren als Autonomie getarnt, hätten aber bei ihrer Verwirklichung praktisch einer Vereinigung mit Deutschland entsprochen*«, so der Historiker Ronald M. Smelser.

Während sich die Verhandlungen hinzogen, erhöhte sich der Druck auf die CSR sowohl aus der sudetendeutschen Bevölkerung, die permanent Zwischenfälle provozierte, als auch durch die englischen Regierung. Am 7. 9. 38 war die Regierung der CSR zur faktischen Annahme der 8-Punkte genötigt. Inzwischen hatten die Unruhen in Teilen der sudetendeutschen Gebieten unter Anleitung der SdP und mit Unterstützung des NS-Staates bürgerkriegsähnliche Formen angenommen, gegen die die Regierung der CSR das Standrecht ausrief. Dies nahm die SdP am 14. 9. zum Vorwand, die Verhandlungen abzubrechen. Gestärkt durch Reden der Naziführung forderte Henlein am 15. 9. : »*Wir wollen heim ins Reich*«

Als jedoch die Maßnahmen der CSR-Regierung griffen und die Lage sich beruhigte, während Hitler drohte, das Reich werde auch das Risiko eines Weltkrieges nicht mehr scheuen, entstand eine Diskrepanz zwischen den abflauenden Unruhen in der CSR und dem sich verschärfenden Kurs des NS-Staates. Hier griff man auf eine schon vorbereitete Strategie zurück. Bereits im Juni 38 war auf deutscher Seite der Grenze eine Befehlszentrale eingerichtet worden, von der aus Henlein im Bedarfsfall die Aktionen der Sudetendeutschen befehligen konnte. Am 17. 9. 38 erteilte Hitler den Befehl zur Aufstellung eines SUDETENDEUTSCHEN FREIKORPS (SFK), das aus in den NS-Staat geflüchteten Sudetendeutschen unter dem Befehl Henleins gebildet werden sollte. Der Einsatzbefehl lautete: »*Dauerndes Beunruhigen längs der gesamten Front. Durchführung von kleinen Unternehmungen gegen tschechische Postierungen, Wachhäusern usw. Auftreten in Form von Terrorgruppen. Aufrechterhaltung weiterer Unruhen und Zusammenstöße*«. Die Leitung des SFK durch Henlein und die Ausrüstung mit österreichischen Waffen sollte verschleiern, daß diese Truppe (ca. 10-15. 000 Mann) von deutschen Gebiet mit deutscher Unterstützung operierte. In 164 Aktionen des SFK kamen 110 Tschechen ums Leben, 2029 weitere wurden gefangengenommen. Bereits jetzt übte das SFK Funktionen der SS aus, die auch die Ausschaltung von Kommunisten und Antifaschisten im sudetendeutschen Gebiet umfaßten.

Dem Freikorps gelang es, die Unruhen aufrechtzuerhalten und die deutsche Propaganda vermochte es, diese Aktionen als sudetendeutschen Selbstschutz darzustellen. Damit konnte Hitler gegenüber den längst zu allen Konzessionen bereiten Westmächten am 29. 9. 38 das Münchener Abkommen durchsetzen. Wehrmacht und SS fielen in die CSR ein, über 1.000.000 Tschechen wurden vertrieben, politische Flüchtlinge aus dem NS-Staat verhaftet und die jüdischen Bevölkerung ihren Mördern ausgeliefert. Nun und nach der Zerschlagung der »Rest-Tschechei« im März 39 besetzten die Sudetendeutschen die Führungspositionen in der ehemaligen CSR. Widerstand gegen das NS-Regime wurde mit Terror beantwortet. Die Auslöschung des tschechischen Dorfes Lidice und die Ermordung seiner männlichen Bewohner waren »nur« ein Fanal für das, was der NS bezüglich der Tschechen geplant hatten: »*Wir werden die Tschechen und Böhmen nach Sibirien oder in die wolhynischen Gebiete verpflanzen, wir werden ihnen in den neuen Bundesstaaten Reservate anweisen. Die Tschechen müssen raus aus Europa*«, so erläuterte Hitler seine Pläne.



Einmarsch tschechischer Partisanen in Prag im Jahr 1945

Potsdamer Abkommen und Ausweisung 1945

Heute wird die Ausweisung der Sudetendeutschen bei Kriegsende als Völkerrechtsverbrechen und ethnische Säuberung interpretiert. Diese Darstellung verschweigt, wozu sich die Minderheit bei der Zerschlagung der CSR benutzen ließ. Sie ist zudem sachlich falsch: »*Während der geregelten und unter Aufsicht der Siegermächte durchgeführten Aussiedlung der Sudetendeutschen wurde keineswegs nach dem Prinzip der Kollektivschuld gehandelt*«, so die tschechische Widerstandskämpferin Vera Pickova. Antifaschistische Sudetendeutsche konnten bleiben, nur waren sie eine verschwindend kleine Minderheit. Die Prager Zeitung bemerkt, daß bezüglich der Sudetendeutschen nach dem 2. Weltkrieg »*die Frage 'Wohin mit ihnen' offen war im Gegensatz zur Frage warum sie irgendwo weg mußten*«.

Nach den Worten von Bundesaußenminister KLAUS KINKEL habe die Bundesregierung »*die Vertreibung der Deutschen nach Kriegsende immer als völkerrechtswidrig verurteilt. Sie hat die Potsdamer Beschlüsse nie als eine Rechtfertigung dieser Vorgänge angesehen*« Wer das Potsdamer Abkommen in Frage stellt und gleichzeitig die Ungültigkeit des Münchener Abkommens bestreitet, droht gegenüber Tschechien mit der Wiederbelebung dessen, was 1945 beendet werden sollte: des Pangermanismus. Die USA und Großbritannien stellten sich daher demonstrativ hinter die tschechische Regierung. Eine Revision des Postdammer Abkommens werde auf ihren entschiedenen Widerstand stoßen. Eine »Großmachtsohrfeige« für die Bundesregierung, wie die Prager Zeitung kommentiert. Doch gerade hier in Deutschland ist anitfaschistischer Widerstand nötig gegen die Koalition aus Politzombis der Vertriebenen, völkischen Nachwuchskadern und bundesdeutschen Großmachtinteressen. Denn wohin eine solche Koalition treibt, lehrt der Blick in die Geschichte. ■

NVA – Armee für Frieden und Sozialismus?

Die Bundesrepublik versucht seit einigen Jahren ihre Armee außenpolitisch fit zu machen. Mit der Wiedervereinigung wurde die BUNDESWEHR nicht länger als das Ersatzrad am NATO-Wagen begriffen, sondern übernimmt nunmehr eine militärische und politische Schlüsselstellung nicht nur in Europa. Über die Nationale Volksarmee der DDR (NVA) spricht heute kein Mensch mehr. Dabei ist es aber bei der Betrachtung des deutschen Militarismus unumgänglich, die Geschichte der NVA mit einzubeziehen, entstand sie doch genau wie die Bundeswehr aus der Tradition des preußischen Militärstaates und der WEHRMACHT.

Entstehung der NVA

In der damaligen SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE (SBZ) wurde unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges mit der Aufstellung von bewaffneten Polizeikräften begonnen, die der zentralen Innenverwaltung der SBZ unterstellt wurden. Im Sommer 1946 zentralisierte die SOWJETISCHE MILITÄRADMINISTRATION (SMAD) diese Polizeitruppen unter der DEUTSCHEN VERWALTUNG DES INNERN (DVI). Zu diesem Zeitpunkt umfaßte die Truppe 45.000 Mann.

Im Herbst des gleichen Jahres entstand die Transportpolizei mit 7.400 und die Grenzpolizei mit 10.000 Mann. Der erste Abschnitt der Wiederbewaffnung in der SBZ vollzog sich in zwei größeren Etappen, die wesentlich von der sicherheits- und militärpolitischen Interessenlage bestimmt wurden. In der ersten Etappe von 1947/48 bis zur Jahreswende 1951/52 kam es auf Befehl der SMAD zur Bildung von Volkspolizei-Bereitschaften und Einsatzkommandos (kasernierte Verbände). Ende 1950 verfügte die DDR über 39 kasernierte Bereitschaften und 17 Schulungslager mit einer Gesamtstärke von ca. 70.000 Mann. Hinzu kamen die Deutsche Grenzpolizei mit 18.000 Mann, die Transportpolizei mit 11.500 Mitgliedern, sowie das MfS-Wachbatallion mit 5.000 Waffenträgern; summa summarum etwa 100.000 Mann unter Waffen.

Auffallend ist die große Anzahl von ehemals hochrangigen Wehrmachtsangehörigen die entscheidend am Aufbau der bewaffneten Organe in der DDR beteiligt waren und dort selbst Schlüsselpositionen besetzten (siehe Kasten). Möglich wurden solche neuen Karrieren durch die Mitgliedschaft im »BUND DEUTSCHER OFFIZIERE« (BDO) und im NATIONALKOMMITEE »FREIES DEUTSCHLAND« (NKFD). Diese beiden Organisationen wurden noch während des Krieges 1943 von Offizieren und Soldaten der Wehrmacht und deutschen Exilkommunisten gegründet. Ziel war die propagandistische Beeinflussung der Wehrmachts -Truppen an der Ostfront. Zur eigentlichen Gründung der NVA kam es am 1. März 1956. Die KASERNIERTE VOLKSPOLIZEI (KVP) und die anderen bewaffneten Verbände gingen in ihr auf, so das die NVA zu diesem Zeitpunkt 120.000 Mann unter Waffen hatte. Die Führungskräfte der KVP übernahmen die Befehlsgewalt. Chef des Hauptstabes des Ministerium für Nationale Verteidigung wurde VINCENZ MÜLLER, sein Stellvertreter war BERNHARD BECHLER. Letzterer sagte 1949 in der Polizeischule Frankfurt/Oder: »*Wir werden den Anglo-Amerikanern zusammen mit den Truppen der Sowjetarmee ein derartiges Dünkirchen bereiten, daß ihnen die Lust und das Interesse an Deutschland ein für alle Male vergeht.*«

Nach Beendigung der Aufbauphase der NVA wurde durch das Politbüro der SED am 15.2.1957 beschlossen, die früheren Wehrmachtsoffiziere aus der Armee zu entlassen. Sie organisierten sich nun in der »ARBEITSGEMEINSCHAFT EHEMALIGE OFFIZIERE«. Diese hatte zur Aufgabe »*deutsch-deutsche*« Soldatentreffen ehemaliger WM-Offiziere zu organisieren. Die Frage, »*Was wird aus Deutschland?*« war Kernpunkt der Gespräche.

Deutsch-Deutsche Gespräche

Die deutsch-deutschen Gespräche waren Treffen von ehemaligen hochrangigen Wehrmachtsangehörigen aus Ost und West. Diese Treffen wurden mit Wissen sowohl der sowjetischen Militäradministration als auch der ORGANISATION GEHLEN (Vorläufer des BND), welche u.a. die Reisen des ehemaligen Wehrmachtsoffiziers HERMANN TESKE zu Treffen mit Vincenz Müller finanzierte, durchgeführt. Zwischen 1952 und 1954 reiste Teske mehrfach in die DDR und traf sich dort nicht nur mit Müller, sondern auch mit HEINRICH HOMANN, dem stellvertretenden Vorsitzenden der National Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) und ehemaligem Wehrmachtsmajor, sowie dem sowjetischen Oberst ALEKSANDROV, SMAD-Offizier der sowjetischen Truppenführung in Berlin-Karlshorst.

»*Was ist zu tun? Ich sehe die einzige Verbindungsmöglichkeit auf soldatischer Grundlage. Die den Charakter ansprechende gleiche Erziehung zu gleichem Denken und Handeln im 100.000 Mann-Heer, aufbauend auf der gefestigten Schule der alten Armee von 1914, ist die Grundlage, auf der sich auch die größten politischen Gegensätze treffen können. Herr General, die Silvesternacht von 1812/13 von Tauroggen* (Friedenspakt zwischen dem preußischen General York und den russischen Truppen gegen Napoleon – Anm. d. A.) *ist im Offizierskorps unvergessen. Damals war der gemeinsame nationale Gedanke stärker als die außenpolitische Bindung...*« so Teske in einem Brief an Müller. Müllers Antwort: »*Ich bin einig mit Ihnen, daß es für uns Deutsche mehr gibt als Gegensätze zwischen Ost und West.*« Und in

Einige Beispiele für die Kontinuität zwischen Wehrmacht und NVA

- Paul Markgraf
ehem. Hauptmann der Wehrmacht, Ritterkreuzträger, 1945-49 Polizeichef von Ost-Berlin

- Hermann Rentzsch
ehem. Oberleutnant der WM, bis 1949 Chef der Hauptabteilung Grenzpolizei und Bereitschaften in der DVI

- Bernhard Bechler
ehem. Major der WM, 1946-49 Innenminister des Landes Brandenburg

- Arno von Lenski
Ehrenmitglied des Volksgerichtshofes in Berlin, Panzergeneral der WM in Stalingrad, später Chef der Verwaltung Panzerdienst, 1952-58 Generalmajor der Kasernierten Bereitschaftspolizei und später der NVA, Abgeordneter der Volkskammer, Mitglied des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Medaille für »Kämpfer gegen den Faschismus 1933-45«

- Dr. Otto Korfes
Generalmajor der WM, in Stalingrad

- Vincenz Müller
Befehlshaber des 12. Armeekorps an der Ostfront, Generalleutnant der WM, nach Kriegsende Chef des Hauptstabes der KVP und später inoffizieller Chef der NVA

Richtung der westlichen Anbindung sagte er: »*Von der anderen, von Dir nicht genannten Seite her wollen wir unsere Lebensweise ebenfalls nicht vereinnahmen lassen. ...(Wir) müssen (...) alle dafür sein, daß die vier Großen sich einigen und daß sie dann baldmöglichst alle verschwinden.*« Und weitergehend, »*Ich schlage weder eine westliche noch östliche Politik vor, sondern eine Politik, die der Wiedererlangung der Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands dient und dadurch eine Garantie für die Erhaltung des Friedens bietet.*«[1]

Im Jahre 1954 wurden die Treffen durch Müllers Schweigen und auf Weisungen der Organisation Gehlen eingestellt. Dennoch gab es weiterhin bis in die achtziger Jahre hinein solche »Soldaten-Treffen«, deren Ansatz mehrfach die gemeinsame Schützengrabenerfahrung war. Jedoch lassen nur wenige Dokumente oder Berichte etwas darüber erfahren, so daß uns keine überschauende Bewertung gelang.

Traditionslinien der NVA

Die NVA sah sich in ihrem Selbstverständnis stets als Armee des Volkes. »*Die NVA ist tief in den fortschrittlichen und revolutionären, militärhistorischen Traditionen des deutschen Volkes verwurzelt.*«[2] Die erste Traditionslinie der NVA führt in graue Vorzeit zurück: »*Im Kampf der Volksmassen entstehen die progressiven Traditionen, deren Anfänge für unser Volk in jener Epoche zurückreichen, da es germanischen Stämmen, aus denen sich später das deutsche Volk bildete, gelang, ihre totale Unterjochung durch das römische Sklavenhalterimperium zu verhindern. Die freien germanischen Bauernkrieger waren nicht bereit, zu Knechten und Sklaven der Römer zu werden. (...) Die römische Ausplünderung und Unterdrückung führte über die Stammesgrenzen hinweg zu einer germanischen Gegenfront. (...) Während der Germanenkrieger wußte, daß der seine Waffe für die Befreiung seines Landes und für seine Freiheit einsetzte, kämpfte der römische Legionär im Interesse fremder Eroberungspolitik. (...) Die germanischen Stämme wehrten die von der historisch niedergehenden Sklavenhalterordnung drohende Knechtschaft ab.*«[3]

Die Traditionslinie der NVA setzt sich fort in den Bauernkriegen, preußischen Militärreformern und deutschen Patrioten zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Zentraler Anknüpfungspunkt für die Ideologen der NVA ist dabei die Idee der allgemeinen Wehrpflicht, das Fundament der für eine nationale Verteidigung nötige Einheit von Volk und Armee. Man beanspruchte für sich, die progressiven Grundanliegen der Militärreformer des 19. Jahrhunderts »*konsequent realisiert*« zu haben. In der einschlägigen Fachliteratur zitierte man Gneisenau mit den Worten: »*Aber es ist billig und staatsklug zugleich, daß man den Völkern ein Vaterland gebe, wenn sie ein Vaterland kräftig verteidigen sollen.*« Dabei wird auch ausdrücklich auf die »Waffenbrüderschaft« von Preußen und Russen während des Befreiungskrieges 1813/14 hingewiesen.

Weitere Bezugspunkte waren die revolutionären Auseinandersetzungen und Bürgerkriege bis zum Zweiten Weltkrieg. Allen diesen Traditionslinien war gleich, der in der NVA verwirklichte Soldatentypus wäre all diesen Kämpfen entsprungen. »*Mit dem Klassenauftrag der NVA kommt die entschiedene und konsequente Abkehr der DDR von allem Reaktionärem und Fortschrittsfeindlichem in der deutschen Militärgeschichte, insbesondere von Militarismus und imperialistischer Kriegspolitik, zum Ausdruck.*«[4]

Die zentrale Rolle der Wehrerziehung wurde kriegsmüden Untertanen schon früh vermittelt. »*Eine zunehmende Zahl von Jugendlichen wünschte, sich in wehrsportlichen und technischen Interessen Gemeinschaften zu betätigen. (...) Die wehrsportliche Arbeit weckte oder vertiefte bei nicht wenigen Jugendlichen die Bereitschaft, den Frieden mit der Waffe zu schützen und in die Reihen der KVP einzutreten.*«[5] Der anfängliche Freizeitcharakter der GESELLSCHAFT FÜR SPORT UND TECHNIK (GST) wurde bald durch Rekrutierung und Wehrerziehung ersetzt. 1956 wurde die GST dem MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG unterstellt. »*Immer war und ist die Einheit von Volk und Armee ein bedeutender Kraftquell für die sozialistische Wehrerziehung. Je mehr sich die politisch-moralische Einheit unseres Volkes festigte, um so stärker entwickelte sich die Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit der Bürger und um so enger gestalteten sich ihre Beziehungen zu den sozialistischen Streitkräften.*«[6] »*Eng verbunden mit der Sache der Arbeiterklasse und dem werktätigen Volk, war und ist es insbesondere die Jugend, die seit der Übernahme der Patenschaft über die bewaffneten Organe durch die FDJ mit Herz und Verstand, Sachkenntnis und Leidenschaft Kapitel für Kapitel der Geschichte der bewaffneten Verteidigung der DDR mitgeschrieben hat.*« [7]

»*Wer die Jugend hat, der hat die Armee!*« Dieses Zitat von Liebknecht spielte bei der Nachwuchsförderung der NVA eine große Rolle. Für Jugendliche in der DDR bot sich durch die GST viele Freizeitmöglichkeiten, die es anderswo nicht gab (z.B. Fallschirmspringen und Tauchen) – natürlich vorrangig auf junge Männer zugeschnitten. Mädchen und junge Frauen waren durch die Teilnahme an Pflichtübungen der Zivilverteidigung in die Wehrerziehung eingebunden. Offensiv wurde der Beruf des sozialistischen Soldaten propagiert. Bewerbergespräche ab der 6. Klasse waren gang und gebe. Zulassungsbedingung zum Abitur bzw. Studium oder die Ausbildung in bestimmten Berufen war oft die freiwillige Bereitschaft eines mindestens dreijährigen Armeedienstes.

Die GST war beliebt, da dort beispielsweise der Führerschein schneller und wesentlich billiger gemacht werden konnte. Weitere persönliche Vorteile der freiwilligen Verpflichtung waren Aussichten, u.a. ohne Wartezeit eine Wohnung zu bekommen. Die Begeisterung der sozialistischen Jugend hielt sich allerdings in Grenzen. Viele durchliefen diese Stationen als notwendiges Übel. Die Zeit bei der »Asche« und der preußisch anmutende Kasernenschliff war eher verhaßt, denn als Klassenauftrag begriffen. Das Bild der »sozialistischen Soldatenpersönlichkeit« wurde von frustrierten, betrunkenen Diskogängern in Uniform geprägt und die vom Staat gewünschte gesellschaftliche Anerkennung der Berufssoldaten blieb ebenfalls aus.



Übergabe der ersten Truppenfahne am 30.4.56 an das erste Regiment der NVA

Vincenz. Müller veranlaßte, daß die Uniform der NVA den früheren Traditionen der Reichswehr und der Wehrmacht angepaßt wurde, um durch den Rückgriff auf preußisch-deutsche Militärtraditionen die ablehnende Haltung der DDR-Bevölkerung gegenüber den eigenen Streitkräften zu überwinden. ■

1) Wiederbewaffnung in Deutschland nach 1945, Hrsg.: A. Fischer, 1986
2) Armee für Frieden und Sozialismus, Hrsg.: Militärverlag der DDR, 1987, S.21
3) Doehler u. Haufe, Militärhistorische Traditionen der DDR und der NVA, Militärverlag der DDR, 1989, S. 17
4) Armee f. Frieden..., ebenda
5) aaO. S. 61f
6) Doehler u. Haufe, S. 95
7) 7) E. Honnecker, Frieden – höchstes Gut der Menschheit, S. 300

»Leib«-Philosophie und New Age - Grundbausteine des Feminismus?

Als Vorstandsfrau des im April '96 gegründeten Landesverbandes der feministischen Partei »Die Frauen«, versucht die freischaffende Berliner Philosophin ANNEGRET STOPCZYK den Einstieg in die Politik. Als Arbeitsschwerpunkt sei es ihr wichtig eine »mütterliche Internationale« aufzubauen. Was eine angebliche Feministin damit meint, wird deutlicher bei einem Blick auf ihre »Leib«-Philosophie.

Stopczyk war an der Berliner »Schule für Erwachsenenbildung« tätig und schleuste dort Vertreterinnen der »Heidnischen Gemeinschaft« in eine Frauenklasse ein. Als Dozentin für Lehrende des neuen Brandenburger Lehrfaches Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER), hatte sie bereits die Möglichkeit die fragwürdigen Inhalte ihrer Philosophie weiterzugeben.

Der folgende Artikel ist bereits in der antifaschistischen Zeitung »Der Rechte Rand« Nr. 41, Juli/August 96 erschienen, in ihrer nächsten Ausgabe wird eingehender auf das Weltbild OTTO WEININGERS eingegangen.

Leibphilosophie

Im März und April 1991 wurde im Schulfunk des SDR/SWF eine sechsteilige Sendereihe ausgestrahlt die mit dem Namen Leibphilosophie titelte, und in der die Berliner Philosophin Annegret Stopczyk ihre Theorie den HörerInnen näherbrachte. *»Unser Leib ist nicht nur einfach unser Körper. In der bisherigen Philosophie wurden Körper und Geist getrennt [...]. Es hatte zur Folge, daß wir die Verbindung zwischen unserem Geist und unserem Körper kaum noch wahrnehmen können. Früher wurde diese Verbindung Gemüt genannt, ein schönes deutsches Wort, [...], im modernen Wort, Gefühlswelt. Ja, und das meine ich mit dem Wort »Leib«* (O1/10). »Sophia« (Philo-sophia d.A.) versteht Stopczyk als (weibliche) Weisheit in dem Lebenserfahrung eine große Rolle spiele, wobei sie die *«Mächte erziehender Frauen«* (O3/2) betont, denn *»es gibt eine spezifisch weibliche Erkenntnis«* (O6/1).

Bessere Zeiten - stammesgesellschaftliche Verbände und Blutslinien

In Abgrenzung zum klassischen Griechenland (4. Jh. v.u.Z., d.A.) und der sich dort entwickelnden »vernünftigen« Philosophie, beruft sich Stopczyk auf mutterzentrierte Gesellschaften der »archaischen Zeit«, die sich durch Lehrerinnen und Priesterinnen, Muttergottheiten und weise Frauen ausgezeichnet hätten. In den »stammesgesellschaftlichen Verbänden«, wäre das Haus die Entscheidungsstätte gewesen und die Frau die Entscheidende (O3/5). Mit den Stadtstaaten (ab 800 d.A.) wären geschriebene Gesetze aufgekommen, statt den alten Bräuchen und Sitten oder Blutslinien (!) und leiblichen Bindungen (O3/5f). Die Kämpfe »für das Vaterrecht und gegen die Beibehaltung der mutterzentrierten Gesellschaften« (O2/1) datiert Stopczyk auf etwa 1000 v.u.Z.. Das was sie die »archaische Zeit« nennt - die sie an keiner Stelle genau definiert- wird von der Geschichtswissenschaft auf die Spanne vom 8. bis zum Anfang des 5. Jahrhundert festgelegt und ist hinsichtlich der Stellung der Frau jedenfalls soweit erforscht, daß es beispielsweise noch Priesterinnen gab, darüber hinaus sich die Stellung der Frau jedoch verschlechterte, möglicherweise wegen der gestiegenen Bedeutung des Krieges, von dem Frauen ausgeschlossen waren (M24ff). Daß Frauen, und vor allem Göttinnen, eine herausragende Rolle in vielen Mythen spielten, sind jedoch keine neuen Erkenntnisse - und genau die gibt Stopczyk vor zu haben. Folgen wir weiter ihrer Leibphilosphie. Mit den klassischen Philosophen wie Sokrates, Platon oder Aristoteles und ihrer »vernunftorientierten« Philosophie, beginnt für Stopczyk das eigentliche Patriarchat (O5/7) und dadurch die bewußt herbeigeführte Trennung von Körper und Geist.

Das »mütterliche Prinzip«

Ansätze zu abstraktem, statt bildlichem und auf Mythen oder Erfahrung basierendem Denken, gab es jedoch bereits bei den ionischen Naturphilosophen (7. Jh. vor unserer Zeit). Die Umbrüche dieser Zeit sind weniger auf eine patriarchalische Verschwörung zurückzuführen, als vielmehr auf einen zwingend zivilisatorischen Prozeß. Stopczyk sagt über die klassische Zeit: *»Das geschriebene Wort war nun wichtig, ebenso Logos und Vernunft. [...] Vorher, [...], galten das gesprochene Wort und die mündliche Rede [...] bestimmte, was als Wahrheit und Weisheit anerkannt wurde«,* statt *»ge-*

schriebener Gesetz[e]« (O5/3). Deshalb plädiert sie dafür sich von den Grenzen der Vernunft frei zu machen (O1/9), da Vernunft Erkenntnis einzig darin suche *»in dem gerade vom konkreten Leben abstrahiert werden soll«* (O2/15). Die eigene Natur würde als etwas Fremdes erkannt und folglich seien die ökologischen Probleme beispielsweise nicht mit herkömmlichem Vernunftsdenken zu lösen. Sei es doch diese patriarchalische Vernunft, die die ökologischen Probleme verursacht habe. Weibliche Weisheit und Lebenserfahrung, beinhalte männliche Vernunft, das mütterliche Prinzip ordne das männliche unter. (O4/15). Auffällig ist, daß der Logos, der hier verurteilt wird, von der Autorin angewandt wird, um zu einem Urteil zu kommen. Wenn Philosophie, bzw. Sophia Lebenserfahrung ist, so hieße das, daß vor allem erfahrene, also in der Regel ältere Menschen allein wirklich urteilen können und dürfen. Es dürfte beispielsweise niemand über das Dritte Reich urteilen der es nicht miterlebt, nicht »erfahren« hat. In ihrem Artikel »über den Begriff Mensch« spricht sie sich für die Abschaffung des Vernunftgedankens vor allem deshalb aus, damit Frauen aus der vernünftigen Welt nicht mehr ausgeschlossen werden können (R). In ihrer bewußten Betonung der Frau als »leiblich« emotionale Entsprechung zu »männlicher Vernunft«, spricht sie all jenen aus dem Herzen, die die vermeintlich biologistische Aufteilung der Geschlechter ideologisch vertreten. Statt dafür einzutreten das jeder Mensch, sowohl Mann als auch Frau, vernunftbegabt ist, argumentiert Stopczyk biologistisch mit umgedrehten Vorzeichen. Die weibliche Fähigkeit zum leiblichen Fühlen (laut Stopczyk nicht erlernt, sondern genetisch bedingt (O6/1)), ist mehr Wert als die (»männliche«) Ratio. Der Schritt dahin nicht nur Geschlechter biologistisch aufzuteilen, sondern auch Ethnien ist naheliegend, und wurde bzw. wird von einigen oft genug vollzogen.

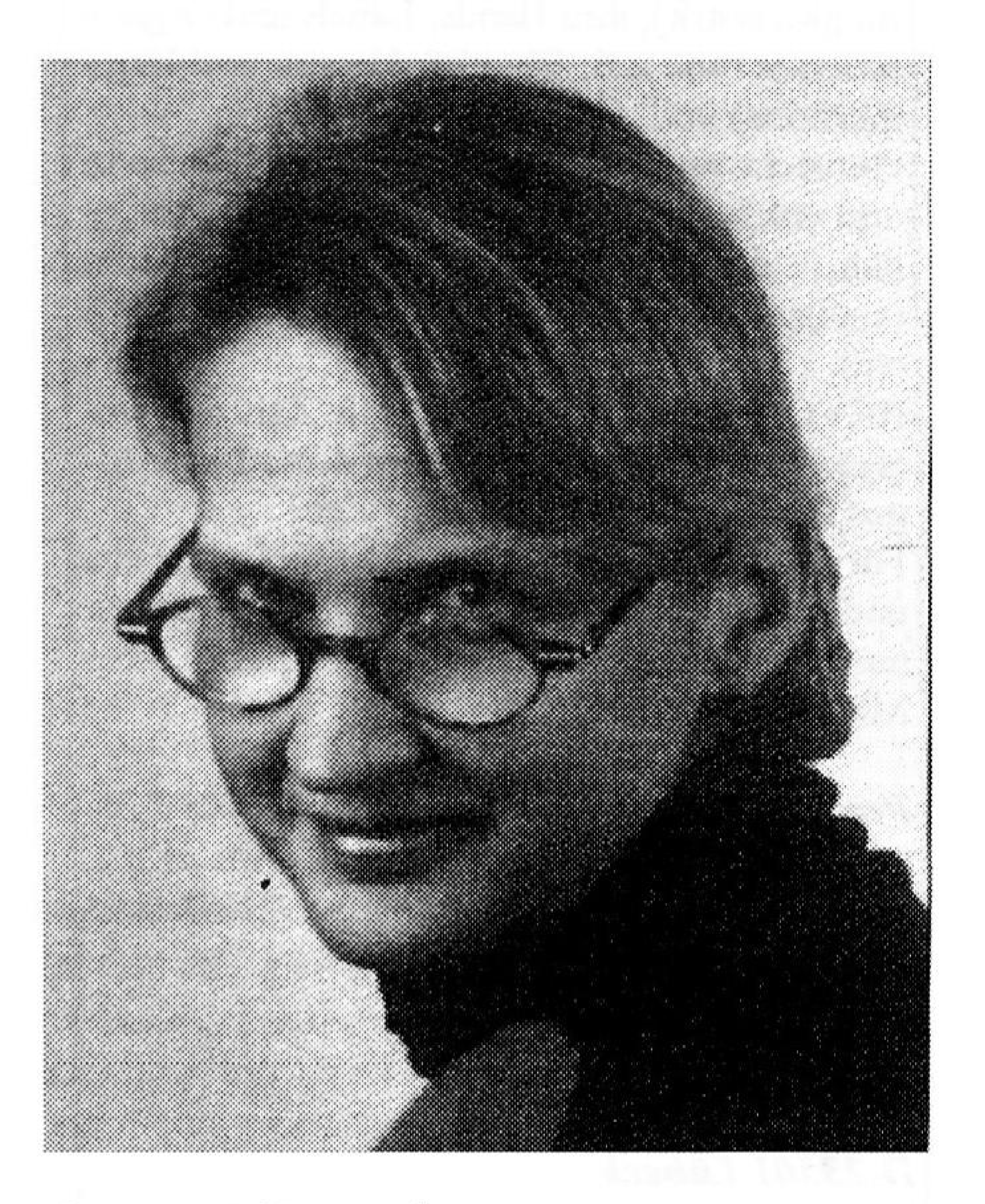
Das Gebären bestimmt das Bewußtsein?

Um »eigenleiblich« Denken zu können, sollten wir uns mehr *»auf den Magen einlassen, dahinspüren und jenen Gedanken lauschen, die da kommen«* (O1/15), ist schließlich der Rat den Stopczyk uns erteilt. Da der Körper das Denken bestimme, beeinflusse auch die weibliche Möglichkeit zu gebären die Denkweise maßgeblich. Ihre »Philosophie der Geburtlichkeit« (O3/19) sieht schließlich auch eine spezifisch weibliche Erkenntnis vor, wozu jedoch jede Frau erst einmal Mutter sein müßte, um zu einer weiblichen Erkenntnis zu kommen (O6/6). In ihrer Vernunftskritik, die zu globaler Ausbeutung unserer Umwelt geführt hätte, blendet Stopczyk aus, daß diese durchaus nicht nur im westlichen Abendland stattfindet, das sich darauf beruft seine Wiege in der antiken »vernunftorientierten« Kultur zu haben und das sich als Reaktion hierauf gerade in Westeuropa (besonders in Deutschland) eine starke öko- und friedensbewegte »vernünftige« Klientel entwickelt hat.

Hinsichtlich unseres von der Natur entfremdeten Wissens preferiert die Autorin die Naturerkenntnis statt der konventionellen und »männlichen« Naturwissenschaft (O1/3). Naturerkenntnis sei intuitiv und mit Leibphilosophie verbunden. Die Erkenntnisse würden über eigenleibliche Forschungsweisen erreicht (O5/1f). *»Naturerkenntnis im nichtvernünftigen Sinne sucht nicht vorrangig nach Gesetzten der Natur, um diese zu beherrschen, sondern sie sucht Wahrheit...«* (O5/9). Daß Menschen heute Jahrzehnte länger leben als in früheren Jahrhunderten, daß viele Krankheiten kein Grund mehr sind zu sterben, ist also deshalb unwesentlich, weil beispielsweise auch medizinische Erkenntnisse aus einer «männlichen« Naturwissenschaft entstanden sind und nicht aus angeblicher weiblicher Emotionalität und Erfahrung. Die biologistisch-reaktionäre Stoßrichtung mit stark esoterischem Einschlag, die hier als »Leibphilosophie« vertreten wird, ist alles andere als neu und durchaus nicht nur weiblich. Wenngleich das Konglomerat aus natürlichem Ganzheitsbewußtsein, Kulturpessimismus, Matrialismusablehnung, Vergangenheitsverherrlichung und dem Schreckenszenario eines in der »kalten« Welt untergehenden Individuums auch Teile der Frauenbewegung erfaßte. Gerade die Besinnung der Frau auf ihre Gebärfähigkeit und die Überhöhung dieser, die der Frau ihren rechtmäßigen Platz in dieser Welt verschaffen sollte, wurde von mancher als weibliche Antwort auf eine männliche Welt verstanden. Es bedarf einigen Zynismus, Naturvölker als Vorbilder zu zitieren,-man denke nur an die Beschneidungen von Frauen in Afrika- ohne sich für deren Lebenssituation zu interessieren. Die Frage warum es erstrebenswert sei in Stammesverbänden oder Großfamilien zu leben, die meistens hierarchisch und patriarchalisch strukturiert sind, wird nicht beantwortet.

Harmonie und heile Welt

Esoterik (gr.) heißt »nach Innen gerichtet«. Es ist der Versuch, auf der Ebene perönlicher Erfahrungen die Geheimnisse des Daseins erlebbar zu machen' (B10). Obwohl Stopczyk behauptet, nicht esoterisch zu sein (P233/273), ist die intuitive (weibliche) Lebensbewältigung ein Grundstein ihrer Philosophie. *»Selberdenken oder Philosophieren sollte [...] immer mit vielfältiger Lebenserfahrung verbunden sein...«* (P273). *»Es ist diese intuitive beziehungsweise visionäre Erkenntnisart, die immer wieder als spezifisch weiblich klassifiziert wird«* (6/11). Männer, so Stopczyk, könnten diese jedoch ebenfalls erlernen.



Annegret Stopczyk

Die Überbetonung von »Intuition«, durch die die wichtigsten Entscheidungen zu treffen seien, hat jedoch auch die Aufgabe vor allem »heftige Debatten« überwinden zu helfen. Die Ablehnung dieser *»heftige[n] Debatten und endlose[n] Meinungsverschiedenheiten«* (I:2), stellen nicht nur demokratische Gesellschaftsformen in Frage, sondern zeigen auch den ewigen Wunsch, einer esoterischen Klientel angesichts kapitalistischer Krisenhaftigkeit, nach Harmonie.

New Age

Ein näherer Blick auf die New Age-Bewegung zeigt die ideologische Verstrickung Stopczyk's mit dieser. Auf groteske Art wird dadurch der Titel ihres neuen Buches, »Nein danke ich denke selber« - Philosophieren aus weiblicher Sicht ad absurdum geführt. Stopczyk: *»Auf meinem eigenen Forschungsweg habe ich mir vorgenommen, [...], auch in unwissenschaftlichen, trivialen Gefilden nach Kenntnissen und Erfahrungen zu fischen«.* URSULA HOMANN schreibt in ihrem Artikel »Wie realistisch sind die Träume und Visionen von New Age?«: *«New Age ist keine fest umgrenzte Gruppe, Organisation oder Sekte mit einem eindeutigen Gedankensystem oder entsprechender Lehre und*

stellt keine neue Glaubensrichtung dar, sondern ist eher ein stillschweigendes Bündnis verschiedener Menschen mit einer gemeinsamen weltanschaulich-religiösen Grundströmung, die wiederum auf einem heterogenen, aus verschiedenen Quellen gespeisten Gemisch von Kultur-, Zivilisations- und Technikkritik basiert« (E12). Demzufolge verkörpert New Age in *»erster Linie Abkehr vom technisch-naturwissenschaftlichen Fortschrittsglauben und Protest gegen die Vernunftbesessenheit der modernen Gesellschaft und Zivilisation [...].»* (E13). Im Fall des irrationalen Weltbildes der Philosophin Stopczyk äußern sich die Inhalte des New Age und dessen Kritik am Vernunftdenken, indem sie dieses als patriarchalisch deklariert und so eine positive Hinwendung zu Mütterlichkeit und »vorhistorischen« Weiblichkeitsmythen vollzieht. Sie schreibt dazu: *»Die Vernunftaufklärung herrscht etwa seit der Zeit vor der Französischen Revolution...«* (O1/4). *»Ein Ergebnis dieser Tradition (die humanistische d.A.) ist unsere heutige ausgebeutete und kranke Erde und Erdatmosphäre, aussterbende Tierarten, vergessenes Naturwissen, gewaltsam zivilisierte Naturvölker, Desensiblisierung unserer Gemütswelt und Gedankentätigkeit (P81f). »Auf der Suche nach der Weisheit zu sein, ist ein philosophischer Weg, auf dem es insbesondere Frauen leichter haben...«* (P181).

Neben den berechtigten Kritikpunkten die New Ager ansprechen, liegt die Gefahr ihres Weltbildes vor allem darin, daá mit der Abkehr von Vernunft und rationalem Denken, unter Hinzuziehung von Gefühlen, alten und neuen Irrationalismen der Weg geebnet wird, bei denen die Fähigkeit zur Selbstreflexion verloren ginge. Stopczyk ist beispielsweise der Meinung: *»Ich vertraue da einfach meinem Bauch - ja ganz primitiv. Mein Kopf kann nämlich alles für richtig halten, wenn es ein paar gute Gründe dafür gibt«* (O6/7). Gerade hier liegen gefährliche Ansatzpunkte, denn es sind vor allem Gefühle die beispielsweise traditionelles Denken oder Vorurteile noch verstärken. Obwohl Stopczyk die Ansicht vertritt, daß «rational-patriarchales« Denken die ökologischen Probleme hervortrieb und deshalb durch eben dieses Denken nicht beseitigt werden könnten, so ist genau das Gegenteil der Fall. Den heutigen Problemen kann nur mit Rationalismus entgegengetreten werden, um »technische Korrekturen« vorzunehmen. Homann schreibt hierzu: *»Naiv mutet auáerdem der Glaube an, die Weltkrisen seien in erster Linie durch übertriebene Rationalität entstanden. Wissenschaft ist zwar eine Sache des Verstandes, aber bei der Anwendung ihrer Produkte steht die Vernunft nicht immer Pate«* (E18). Dieses mystisch-esoterische Weltbild beklagt zwar die Technik, Vernunft und Umweltzerstörung; durch die Vereinfachung der komplexen Welt werden jedoch gravierende Probleme oder soziale Ungerechtigkeiten weder thematisiert noch Lösungsangebote entwickelt. Zu dem Problem von Armut und Reichtum weiß Stopczyk lediglich folgendes zu sagen: *»Ein armer Mensch ist glücklich über eine trockene Scheibe Brot, und ein reicher Mensch ist glücklich über eine Million. Das Gefühl »Es geht mir gut« ist weder im Reichtum noch in Armut bevorzugt zu erreichen. Es ist eine Frage der menschlichen Möglichkeiten, mit unbefriedigten Bedürfnissen, die ständig da sind, trotzdem zufrieden leben zu können«* (P272). Ein Aufbegehren gegen soziale Ungerechtigkeiten ist in dieser Weltsicht nicht mehr möglich, da scheinbar unnötig, außerdem ein individuelles Problem. ■

Annegret Stopczyk mit 20 Jahren



Literaturverzeichnis:

1: Assheuer, Thomas/Sarkowicz, Hans: Rechtsradikale in Deutschland – Die alte und die neue Rechte, München 1994
2: Asta Antifa Referat (Hg.): Von Karma bis Lebensschutz, Bielefeld 1992
3: Berding, Helmut: Moderner Antisemitismus in Deutschland, Frankfurt/Main 1988
4: Henkel, Sabine: Große Worte in kleiner Runde, in: Zitty vom 9.5.-22.5. 1996, S. 40
5: Homann, Ursula: Wie realistisch sind die Träume und Visionen von New Age?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament', B 40/89, 1989, S.11-19
6:Hummel,J./Kunz,B./R"der,B.: Göttinnendämmerung, München 1996
7: Maegerle, Anton: Neuheidentum und neugermanische Glaubensgemeinschaften, in: Der Rechte Rand, Nr.14, 1991, S. 9-10
8: Niedenführ, Roger: Das Neue Bewußtsein – die esofaschistische Ausdünstung des Mittelstandes, in: Der Rechte Rand, Nr.14, 1991, S. 1-6
9: Presseagentur GmbH (Hg.): 'Völkische' Ideologien und Gruppierungen, Berlin 1985, S. 1-5
10: Reis, Gilbert: Waldorfschulen für Arier?, in: AKAZ, Nr.3, 1992, S.4-9
11: Reschke, Renate: Platon I: Die Welt der Ideen und die Erscheinungswelt, in: Historische Profile ästhetischen Denkens (VL) am 3.6.1996
12: Schuller, Wolfgang: Frauen in der griechischen Geschichte, Konstanz 1985
13: Schröder, Hannelore: Zur Neuauflage von faschistischem Antifeminismus und Antisemitismus. Oder: Vor Weininger wird gewarnt, in: Was Philosophinnen denken, herausgegeben von Griesbach, M.-A../Weisshaupt, B., Bd.2, Zürich 1986, S.134-156
14: Stopczyk, Annegret: Leibphilosophie, Schulfunk SDR/SWF, Heidelberg 1991
15: Dies.: Nein danke, ich denke selber. Philosophieren aus weiblicher Sicht, Berlin 1996
16: Dies.: Was Philosophen über Frauen denken, München 1980
17: Dies.: Zum Begriff »Mensch«, in: Was Philosophinnen denken, herausgegeben von Griesbach, M.-A./Weisshaupt, B., Bd.2, Zürich 1986, S.60-70
18: Dies.: Der Bildungskampf um ein neues Fach geht in die letzte Runde, in: Frankfurter Rundschau vom 22.2.1996, S.16
19: Weininger, Otto: Geschlecht und Charakter, München 1980



1:1 für die Autonome Antifa (M)?

Nach 5-jährigen Ermittlungen, 13929 abgehörten Telefongesprächen, 30 Hausdurchsuchungen und 143 Überprüfungen auf Mitgliedschaft in der Antifa (M) wurde das Verfahren gegen die Göttinger Gruppe nun gegen Auflagen vom Gericht eingestellt.
Zweieinhalb Jahre lang wurde die Antifa (M) als terroristische Vereinigung nach §129a verfolgt, danach zweieinhalb Jahre als kriminelle Vereinigung gemäß §129. Angriffspunkt der Ermittlungen waren in erster Linie ein Plakat zu einer Veranstaltung unter dem Motto »Kampf der Klassenjustiz« und der Forderung nach ersatzloser Streichung der §§129, 129a und ihre offensive Bündnispolitik zu der auch das Demokonzept mit einem ausgerüsteten schwarzen Block gehörte.
17 Personen wurden schließlich angeklagt, gegen 17 weitere liefen Verfahren unter anderem wegen Mitgliedschaft in der Antifa (M). Übriggeblieben von alledem sind nun Bedingungen, mit denen allem Anschein nach alle Seiten leben können.
Von Anfang an war klar, daß es hier um ein von der Staatsanwaltschaft initiiertes Politspektakel und um die Einschüchterung und Durchleuchtung linker, antifaschistischer Strukturen ging. Letztlich eine bittere Niederlage für die Verfolgungsbehörden, versuchen diese nun die verlorene Schlacht mit den gestellten Bedingungen zu einem politischen Erfolg zurechtzubiegen.

AIB: Das Verfahren gegen Euch ist gegen Auflagen eingestellt worden. Kann man Euch beglückwünschen?

Lea: Teilweise. Wir sagen, daß es ein 1:1-Sieg für uns ist. Auf der einen Seite ist das Ziel, den §129 StGB – kriminelle Vereinigung – zu kippen, erreicht worden. Was nicht erreicht wurde, war die bedingungslose Einstellung des Verfahrens. Es ist in jedem Fall eine herbe Niederlage für die Generalstaatsanwaltschaft, weil die Staatsschützer mit ihren Konstruktionen nicht zum Ziel gekommen sind.

Jakob: Den Glückwunsch kann man nicht so allgemein teilen, weil ein Ziel der Überwachung, die umfassende Ausleuchtung vieler linker Gruppen in Göttingen, erreicht wurde.

AIB: Ist es bei Eurem Verhältnis zu Staat und Justiz die Einstellung des Verfahrens nicht eher eine Niederlage oder zumindest eine bittere Kröte, die Ihr da schlucken müßt?

Lea: Dazu muß die Gruppe der Angeklagten ausreichend berücksichtigt werden. Das sind 17 Personen, teilweise Leute, die gar nicht in der Gruppe waren, die mit der Politik direkt nichts zu tun hatten, die sich woanders hin orientiert haben. Insofern war das Ziel, möglichst einheitlich vorzugehen, solange es eben geht. Und die Bedingungen, die jetzt von Seiten des Gerichts und der Staatsanwaltschaft gestellt worden sind, sind die, worauf sich alle einigen konnten. Die andere Konsequenz wäre gewesen, daß einige auf diese Bedingungen eingegangen wären und andere nicht, was gegebenenfalls einen Zerfleischungsprozeß im Gerichtssaal hätte bedeuten können. Es hätte eine Situation entstehen können, in der die einen gegen die anderen hätten aussagen müssen.

AIB: Das heißt, da gab es schon Konflikte innerhalb der Gruppe von Angeklagten, die im Prozeß zu einem Bruch hätten führen können?

Lea: Unter Umständen schon.

Jakob: Nur weil wir einheitlich vorgehen, heißt das ja nicht, daß wir alle die gleiche Meinung haben. Vieles erklärt sich aus der politischen Perspektive und dem sozialen Sein der einzelnen Menschen, und ob du schon 1994 bei den Durchsuchungen nicht mehr politisch aktiv warst, oder nicht mehr in der Gruppe etc. Das muß unterschieden werden: Die Autonome Antifa (M) hat sich im politischen Sinne gewissermaßen zur Verfügung gestellt, um für die Angeklagten nützlich zu sein, diese sind aber nicht gleichzeitig identisch mit der Autonomen Antifa (M).

Wir haben hierzu gezielt keine Aussage getätigt, weil dies ein wichtiger Punkt in der Konstruktion der »kriminellen Vereinigung« war. Die Ankläger hätten nachweisen müssen, wer in der Autonomen Antifa (M) ist. In dem Moment, wo du etwas zum Status der Leute sagst, ob sie in der Gruppe sind oder nicht, sagst du gleichzeitig, wer im Falle der Verurteilung nach §129 in der »kriminellen Vereinigung« ist.

Lea: Also, es bleibt nach wie vor Spekulation, was gewesen wäre, wenn alle 17 noch weitergegangen wären. Es hätte sein können, daß damit das Verfahren bedingungslos eingestellt worden wäre. Es hätte aber auch das andere eintreten können.

AIB: Nun tretet Ihr nach außen immer ziemlich vollmundig gegen Repression und Klassenjustiz auf. Wäre es da nicht konsequenter gewesen den anderen Weg zu gehen?

Jakob: Das hieße, daß einige jetzt den Prozeß führen.

AIB: Das Angebot das Verfahren einzustellen, ging von der Staatsanwaltschaft und vom Gericht aus. Die werden ihre Gründe dafür haben. Wäre es nicht u.U. auf eine Blamage für sie hinausgelaufen, wenn der Prozeß geführt worden wäre?

Jakob: Unter Umständen schon. Konsequenter wäre es natürlich gewesen. Aber es hat auch noch Konsequenzen in andere Richtungen. Es ist auch ein Signal an die antifaschistische Bewegung, wenn



Leute vor Gericht stehen und gegeneinander ausgespielt werden. Du kannst eine Person nicht nur nach der Frage beurteilen, wie sie sich zum Prozeß verhält. Im Gerichtssaal ist es reduziert auf diese Frage und du hast da Leute gegen dich, die eigentlich nicht gegen dich sind. In Abwägung all dieser Faktoren, empfanden wir das jetzige als die bessere Lösung.

Lea: Dazu muß noch angemerkt werden, daß jetzt mit diesen Bedingungen alle Folgeverfahren gegen die anderen Beschuldigten und Verdächtigten eingestellt werden, was noch mal 17 Leute sind und alle Folgeverfahren in Bezug auf Demonstrationen und Aktionen, die nach den Hausdurchsuchungen stattgefunden haben. Und es bleibt die Frage, ob dies am Ende des Prozesses auch so gewesen wäre. Selbst wenn der §129 gefallen wäre, wären die ganzen Kleinverfahren wie Landfriedensbruch, Verstoß gegen das Vermummungsverbot usw. noch nicht automatisch aufgehoben, jetzt allerdings ist das alles vom Tisch.

AIB: Die Ermittlungen liefen schon seit einigen Jahren gegen die Antifa (M). Wenn man sich dann anschaut, was bei den Durchsuchungen gefunden wurde, kann man sagen, daß einiges hätte vermieden werden können.

Jakob: Wir haben das vor und auch nach den Durchsuchungen immer so diskutiert, daß wir aus einer Scheinkonspirativität heraus wollen, die arbeitsbehindernd ist. Zu sagen »alles muß total sauber sein«, geht nicht. Wir sprechen von legal angelegter Organisierung, und es war uns gleich, ob da das eine oder andere Flugblatt gefunden wird. Das spielt juristisch zunächst keine große Rolle. Wenn aber das Organisationsdelikt nach §129 durchgekommen wäre, wäre jedes kleinste Indiz, also jedes Flugblatt, alles, was zu einer politischen Äußerung in diese Richtung hindeutet, verwendbar gewesen. Wenn diese Möglichkeit der Kriminalisierung als diejenige hingestellt wird, die in jedem Falle eintritt, dann steht das der Arbeitsfähigkeit gegenüber. Du kannst die Struktur nicht »sauber« aufbauen, legal angelegte Politik betreiben und noch arbeitsfähig sein.

Nichtsdestotrotz sind überflüssige Sachen gefunden worden. Zwei Dinge sind hierbei im Nachhinein hervorzuheben. Das ist einmal das Protokollbuch und dann die Menge an abgehörten Telefonen. Wobei der einzelne Inhalt der Telefonate zunächst nicht erheblich scheint, sondern das, was zusammengesetzt wird. Wenn du dir anguckst, wie sie von außen observieren, muß festgestellt werden, daß sie schlechter sind, als gemeinhin angenommen wird. Aber indem sie durch Durchsuchungen hier und da Informationen bekommen, die Verbindungen zwischen den äußeren Beobachtungen erkennen lassen, läßt in der Akte dann die Organisation entstehen. Da sind sicherlich einige Dinge zu vermeiden gewesen, wir werden schauen, daß wir in Zukunft noch einiges verbessern.

AIB: Wenn ihr das als Teilerfolg einschätzt, wie würdet Ihr die Bedingungen beschreiben, die diesen Erfolg ermöglicht haben?

Jakob: Wir haben in den ersten Veröffentlichungen dazu geschrieben, daß die beste Bedingung immer der öffentliche Druck ist. Dieser Apparat ist nicht kontrollierbar. Deshalb ist eine Öffentlichkeit notwendig, die über die linksradikale Szene hinausgeht, und da war die Bündnisarbeit und die relativ lange im Vorfeld laufenden Ermittlungen dienlich. Seit Ende 1991 wurden die Ermittlungen öffentlich, seit Mitte 1992 war sicher, daß sie maßgeblich gegen uns laufen. Dies wurde stets innerhalb der Bündnisarbeit vermittelt. Dadurch war auch eine breitere öffentliche Reaktion direkt nach den Hausdurchsuchungen möglich. Ich denke, das ist der Hauptfaktor, zu versuchen, die Öffentlichkeit immer wieder als Druckmittel oder gar Kontrolle zu benutzen über die Überwachungsbehörden. Was anderes hast du nicht. Vorschläge wie Gegenobservationen, die außerhalb der Öffentlichkeit stattfinden, sind für eine Gruppe wie die unsere unrealistisch.

AIB: Was habt Ihr für Lehren daraus gezogen? Wie wird sich das auf eure Politik auswirken?

Lea: Direkten Einfluß auf unsere Politik hat das insofern, als daß die Gruppe komplett durchleuchtet ist, daß die Struktur aufgedeckt ist. D.h., daß mit jeder Aktion, die die Autonome Antifa (M) macht, immer mindestens 17 Namen verbunden sind. Das sind die direkten Auswirkungen, wobei wir uns in Zukunft überlegen müssen, wie wir Aktionen ankündigen und wie wir sie durchsetzen.

AIB: Ihr hattet mit der AA/BO ein Kampagne geplant, die sich gegen die staatliche Repression richtet, werdet Ihr diese noch durchführen, nachdem der zentrale Moment weggefallen ist?

Jakob: Unsere Kriminalisierung sollte in der AA/BO-Kampagne nur ein Schwerpunkt sein. daß es anders aussah, hat sich so ergeben, weil es eine konkrete Aktion, die Demonstration zum Prozeßbeginn, geben sollte. Aber diese Kampagne eigentlich zweiteilig gedacht, einmal die Repression nach innen und andererseits die Aggression der deutschen Politik nach außen zu thematisieren. Das war zunächst die allgemein erarbeitete Vorgabe. Durch die Einstellung des Verfahrens und damit des Wegfalls der Demonstration fiel eine zentrale Aktion zum Thema weg. Deshalb wurde die Thematik nicht mehr unter einer gemeinsamen Kampagne zusammengefaßt. Mehrere BO-Gruppen haben jedoch einzelne Aktionen dazu durchgeführt, die sich inhaltlich an den gemeinsam diskutierten Positionen orientierten. Hierbei sind eine Broschüre der RAI ("Kriegskurs – Bundeswehr und deutscher Imperialismus"), die Demonstration am 1. September gegen das Revanchistentreffen in Göttingen und die Demos in MZ/WI und Bielefeld zu erwähnen

Daß es eine allgemeine Entwicklung im Apparat der Inneren Sicherheit gibt, die nicht nur eine Tendenz, sondern eine massive Umstrukturierung ist, wollen wir aufzeigen. Dazu werden wir auch weiterhin arbeiten, wie die letzten Jahre eigentlich auch, und einer unsrer Schwerpunkte wird es sein, das weiterzugeben, was wir für Erfahrungen mit der Kriminalisierung gemacht haben.

AIB: Hat das Einfluß auf Eure Politik, die ihr z.B. mit dem sogenannten schwarzen Block betrieben habt, da er sich angesichts der angezogenen Repressionsschraube, als nicht haltbar erwiesen hat.

Lea: Dazu möchte ich ersteinmal sagen, daß der Schwarze Block für uns immer ein Großteil Symbolik war, nicht nur, aber auch und daß es darum ging, im Bündnis eine radikalen Ausdruck zu finden, um nicht in Bündniskonstellationen mit den Grünen, Gewerkschaften usw. völlig unterzugehen, wie es häufig für andere linksradikale Gruppen in anderen Städten der Fall ist. Also einen radikalen Impuls anhand des Schwarzen Blockes deutlich zu machen, dies auch visuell. Das hat ja so auch funktioniert, also würde ich nicht sagen, daß es ein Flopp war.

Berichtigung zur Nr. 35

An dieser Stelle müssen wir noch berichtigen, daß ein absoluter Großteil des Artikels »Zum Prozeß gegen die Autonome Antifa (M)« aus der Rote Hilfe Zeitung 2/96 entnommen wurde. Wir vergaßen dies in der letztem Ausgabe dazuzuschreiben und bitten um Entschuldigung für das Versehen.

Jakob: Da muß zwischen zwei Konzepten unterschieden werden. Aus einer Demonstration heraus vermummt eine Aktion durchzuführen ist eine Sache, den Schwarzen Block, so wie wir, auf politischer Ebene als Symbol militanter Politik in einem Bündnis durchzusetzen, ist eine andere Sache. Das letzte war sicherlich kein Flopp. Konkret ist es natürlich so, daß sich die Bedingungen durch die Repression geändert haben. Natürlich damit, daß 17 Leute konkret mit der Politik verbunden werden. Der Schwarze Block wurde in der Vergangenheit ja nicht vor Ort, sondern im Vorfeld durch Beeinflussung des politischen Kräfteverhältnisses durchgesetzt, ob dies in Zukunft möglich sein wird, darf bezweifelt werden.

Da wir ausgeleuchtet sind, wird dieses Konzept der Durchsetzung des Schwarzen Blockes so nicht mehr funktionieren.

Das Problem ist eigentlich weniger, daß der Schwarze Block hier und da nicht militant auftritt, sondern, daß sich – mit seinem vorläufigen Wegfall – auch der Charakter der Bündnisses verändert. Denn es hat ja eben das Spezielle des Göttinger Bündnisses ausgemacht, daß es ein visuelles Bild gab, das unzweideutig dokumentierte, hier demonstrieren Linksradikale bis hin zu bürgerlichen Kreisen. Hier ziehen radikale und reformistische AntifaschistInnen an einem Strang. Insofern hat dies alles nicht nur Auswirkungen auf unsere Politik, sondern auch auf die des Bündnisses.

AIB: Das heißt, es wird zwangsläufig eine Neuorientierung in Eurem Auftreten auch nach außen hin geben?

Lea: Ja.

AIB: Ich würde da gleich eine Frage anknüpfen. Heißt das für Euch auch eure Politik gegenüber anderen Antifas neu zu stellen? Also daß z.B. die AA/BO ein weniger starker Schwerpunkt wird oder daß Ihr den abgebrochenen Diskussionsprozeß wieder aufnahmen werdet?

Lea: Was die Antifaschistische Aktion/BO angeht, ist die Konsequenz eben nicht, daß wir dort weniger reinstecken werden, sondern im Gegenteil mehr. Durch die Bedingungen der letzten zwei Jahre war klar, daß wir schwerpunktmäßig Anti-Repressionsarbeit leisten mußten, wobei wir stets versucht haben, alle anderen Politikfelder weiter zu bearbeiten. Durch die fehlenden Kapazitäten konnten wir nicht so viel leisten, wie die Jahre zuvor. Das galt auch für das Einbringen in der AA/BO. Das wird sich jetzt wieder ändern.

Jakob: Was Du angesprochen hast, mit dem beendeten Diskussionsprozeß; da kann man nicht sagen, daß es von uns aus einen bewußten Beschluß gegeben hat, daß wir bestimmte Diskussionen nicht mehr führen. Das ist ins Stocken geraten und das hat was mit verschiedenen Ansätzen zu tun, die versucht wurden umzusetzen. Ich finde das immer positiv, wenn du kurz inne hältst, dich austauscht, reflektierst, was gut an jenem Konzept ist und was brauchbar an einem anderen ist. Ich denke schon, daß es für uns ersteinmal keine Alternative zur bundesweiten Organisierung gibt. Wir wollen aber auch in der Region weiterhin verstärkt arbeiten.



Verbotene Symbolik?

AIB: Ich komme noch mal auf die Soliarbeit zurück. Was ich stellenweise von außen als einen Rückschritt empfunden habe gegenüber den Startbahnschüssen oder den Aktivitäten im Kaindl-Prozeß ist, daß wenig vermittelt wurde zu Verhalten gegenüber Justiz und Polizei. So wurde 1987 viel mehr über Aussageverhalten vermittelt. Ich sage jetzt mal, vielleicht war das nicht nötig für Euch.

Jakob: Dinge, wie falsche Verhaltensweisen bei den Durchsuchungen, hatten wir im Vergleich zu vielen kleineren Verfahren bei Antifa-Gruppen nicht. Keine der betroffenen Personen hat geredet. Ich denke, wir konnten da auf Erfahrungen von Kriminalisierungen anderer Gruppen in den 80er Jahren zurückgreifen. »Anna und Arthur halten das Maul!« haben wir stets so verstanden, daß es sich auf ganz konkrete Situationen bezieht und nur so finden wir das auch richtig. Aber dieses Verhalten auf eine Prozeßführung übertragen zu wollen, halten wir für grundfalsch. Innerhalb unserer Gruppe waren diese Grundverhaltensweisen schon klar und deshalb haben wir keine Notwendigkeit gesehen, dies zu einem Schwerpunkt innerhalb der Repressionarbeit zu machen.

Lea: Es ging uns vielmehr darum, was dieser Angriff bedeutet, gegen was er sich richtet und was für Auswirkungen kann er für die gesamte Linke für die Zukunft haben. Also die politische Ebene war uns wesentlich wichtiger, als Fragen, wie du dich konkret gegenüber Bullen verhältst.

AIB: Repression ist auch eine psychologische Belastung. Könnt Ihr etwas über eure Umgehensweise damit sagen?

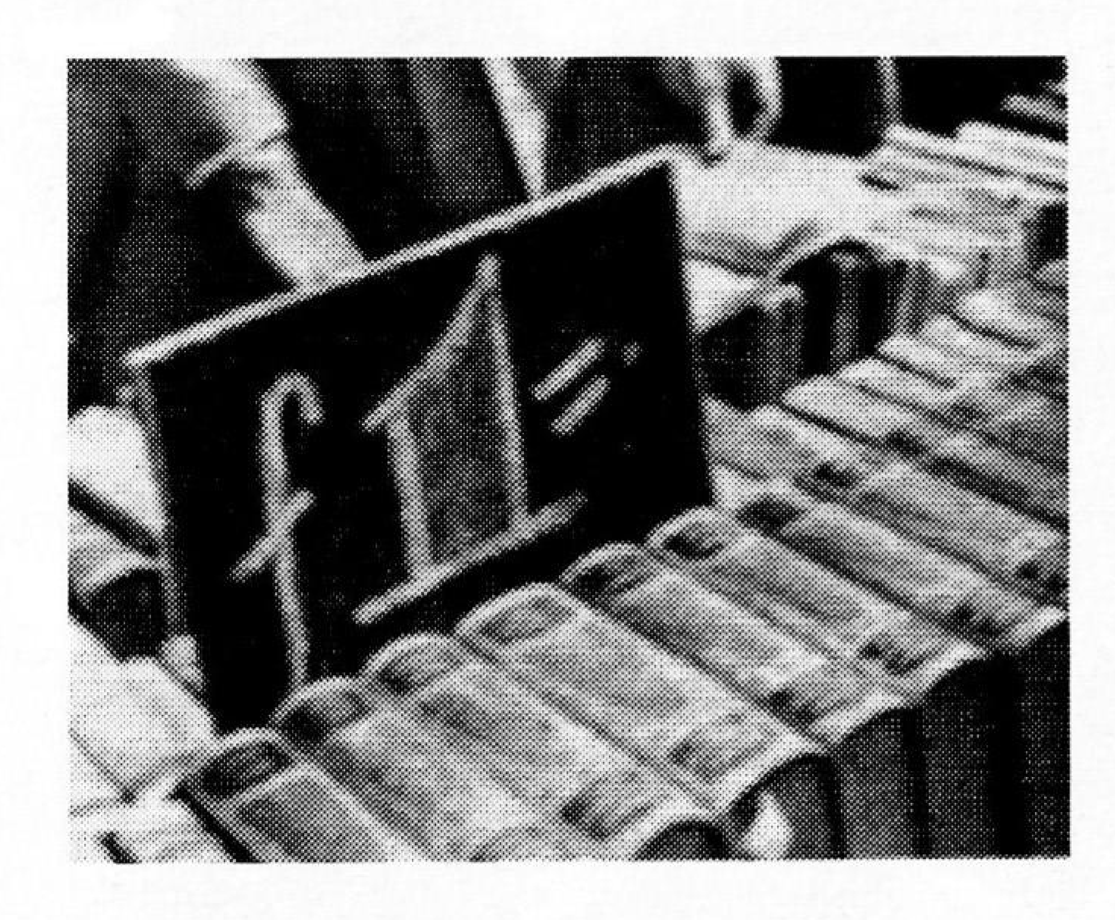
Lea: Ja, wir haben versucht dies innerhalb der Gruppe zu berücksichtigen. Wir haben versucht, alle Angeklagten möglichst lange unter einen Hut zu halten.

Ich meine, das war keine psychologische Strategie, sondern einfach eine politische Diskussion, was macht Sinn, auch unter dem Aspekt natürlich, wie weit die einzelnen Leute gehen wollen und können, um das dann zu einander in Beziehung zu setzen und in eine politische Linie zu bringen.

Jakob: Wir haben auch versucht, nicht in so eine Schwarz-Weiß-Diskussion zu geraten, Verräter oder nicht, weil das uns nicht weiterbringt. Wir haben von Anfang an eigentlich gesagt, wer klar hat, daß er aus dem Verfahren raus will, wer klar hat, er will unter keinen Umständen den Prozeß führen, der muß es deutlich sagen und wir müssen anhand der verschiedenen Positionen diskutieren, was gemeinsam möglich ist und das haben wir gemacht. So kam es dann auch zu dieser Lösung, weil einige gesagt haben, wir wollen aus unterschiedlichen Gründen nicht in diesen Prozeß gehen. Und es muß auch klar gesagt werden, daß alles andere, was darüber hinausgegangen wäre, nicht mit allen funktioniert hätte.

AIB: Danke für das Gespräch. ■

Bücher, Broschüren, Filme



Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989. Dietz, Bonn 1996, 695 S., DM 58,-.

Biographien von Nationalsozialisten laufen immer Gefahr, verharmlosend zu wirken: sei es, weil sie Sympathien mit der Person des »Täters« schaffen, sei es, weil sie die Verantwortung für die Taten personalisieren und damit von Strukturen und Hintergründen ablenken. Ulrich Herberts Studie über den hohen SS-Führer Werner Best (1903-1989) beweist die Möglichkeiten, die in einer Biographie stecken, wenn die Person günstig ausgewählt ist und wenn genügend Distanz zum Objekt der Untersuchung gewahrt wird.

Der Verfasser entstammt jener aus der undogmatischen Linken kommenden Gruppe von Sozialwissenschaftlern, die in den 80ern versuchten, die Erfahrung der Politik im Alltag breiter Bevölkerungsgruppen aufzuarbeiten. Dabei stießen sie bald auf die Möglichkeiten »lebensgeschichtlicher« Untersuchungen. Herbert hatte dabei in besonderen Maße immer den NS im Blickfeld. Er betont die enge Zusammenarbeit mit Lutz Niethammer, der in antifaschistischen Kreisen wegen seiner jüngeren Buchenwald-Forschungen hart umstritten ist.

Hier interessiert, was AntifaschistInnen aus der Studie ziehen können. Ihre Mängel aus wissenschaftlicher Sicht, die wohl anzumerken wären, erweisen sich in diesem Zusammenhang gerade als Vorteile, insbesondere für die Lesbarkeit.

Herbert gliedert seine Studie nach den Stationen des Lebensweges Bests in sieben Kapitel, die er jeweils als eigenständige Untersuchungen bezeichnet. Tatsächlich können sie so gelesen werden, was die Arbeit mit dem umfangreichen Werk sehr erleichtert. Auch die Sprache bleibt verständlich. Material sind umfangreiche Archivbestände, darunter eine ganze Reihe unveröffentlichter Pamphlete und Erinnerungen Werner Bests.

Er beginnt seine politische Karriere in Weimar im Umfeld jener völkisch-nationalistischen Bünde - u.a. dem Kreis um Ernst Jünger -, die für die »Neue Rechte« der BRD der entscheidende Bezugspunkt sind. Erfreulicherweise verwendet Herbert nicht den Begriff »Konservative Revolution« hierfür, der von Armin Mohler in den 50ern in verherrlichender Absicht geprägt wurde. Um 1930 stößt Best zur NSDAP. Er ist ausgebildeter Richter, muß diesen Beruf aber aufgeben, nachdem seine Ausarbeitungen zu einem nationalsozialistischen Umsturz bekannt werden. Antifaschisten sollten diese berüchtigten »Boxheimer Dokumente« einmal daraufhin untersuchen, ob sie Vorbild für die »Notverfassung des Deutschen Reiches« von Reinhard Oberlercher sind.

Ab 1933 beteiligt Best sich am organisatorischen Aufbau des NS-Polizei- und Terrorapparates. Bald gehört er dem Kreis junger Akademiker an, die Reinhard Heydrich um sich sammelt. Die organisatorische und verwaltungsmäßige Zusammenfassung von Parteigeheimdienst (SD) und staatlichen Polizeistellen, in ihrem Kern die GESTAPO, im Reichsicherheitshauptamt der SS ist nicht zuletzt ein Werk Bests. Damit macht er den Weg frei zur Vernichtungspolitik, deren »Kerntruppe« nach Herbert die Mitarbeiter des RSHA sind. Er selbst scheidet jedoch wegen Differenzen zu Heydrich aus der Terrorzentrale aus. Seit 1940 ist er zunächst Verwaltungsfachmann der Militärverwaltung im besetzten Frankreich - wo er u.a. die antisemitischen Maßnahmen forciert; dann Reichsbevollmächtigter in Dänemark. Die Auffassung, Best habe die dänischen Juden gerettet, erweist Herbert differenziert als historische Legende.

In den 40er Jahren ist Best auch beteiligt an der Auseinandersetzung mit Carl Schmitt um die juristische Definition eines deutschbeherrschten europäischen Großraumes; in diesem Zusammenhang rechtfertigt er in überraschend deutlichen Worten die Vernichtung »fremden Volkstums« unter bestimmten Bedingungen.

Nach dem Krieg sitzt Best für einige Jahre in dänischer Haft, wird aber auf Betreiben u.a. des deutschen Auswärtigen Amtes 1951 entlassen. Zunächst ist er im »Gauleiter-Kreis« um Werner Naumann politisch aktiv. Diese 1953 ausgehobene Verschwörung versuchte unter Führung von Ernst Achenbach, die FDP zu unterwandern. In der Rechtsanwaltskanzlei Achenbach betreibt Best eine Kampagne zur Generalamnestie für alte Nazis. Nach dem Scheitern der Naumann-Verschwörung ist er bis zu seinem Tod 1989 an einflußreicher Stelle beteiligt an der Ausarbeitung der Verteidigung alter Nazis; daneben prägt er als oft gehörter Zeitzeuge in wesentlichen Elementen die westdeutsche Geschichtsschreibung. Aus der eigentlichen Politik zieht er sich zurück, nachdem ihm der Stinnes-Konzern zu seinem Justitiar machte.

Hannah Arendt prägte für Adolf Eichmann, Verwalter der Judenvernichtung im Reichssicherheitshauptamt (RSHA), den Begriff von der »Banalität des Bösen«. Eichmann war ausführendes Organ höherer SS-Führer. Nach der Lektüre der Herbert'schen Biographie möchte man über Best, Planer und Organisator im RSHA, von der »Rationalität des Bösen« sprechen. Der entscheidende Befund ist eine Mischung aus radikaler völkisch-rassistischer Weltanschauung in Verbindung mit auf Effektivität orientierter Rationalität im Aufbau der Verwaltung. Sie ist dabei Mittel der Umsetzung dieser Weltanschauung. Best bleibt ein kalter Planer, weltanschaulich überzeugt und gleichzeitig persönlich teilnahmslos. Er ist aber doch kein Technokrat. Als die Realität des NS-Eroberungsfeldzuges mit den Anforderungen seiner fundamentalistischen Ideologie in Konflikt gerät, begibt er sich zunehmend in innere (!) Distanz zu dieser Praxis - weil sie eben nicht radikal genug scheint.

Für die aktuelle antifaschistische Diskussion steckt das Buch voller Material: zur »Konservativen Revolution«, zu den NS-Europa-Konzepten, zur Volkstumspolitik der NSDAP - also zu jenen Fragen, die für die aktuellen Auseinandersetzungen der deutschen Rechten und für die Außenpolitik Deutschlands Bedeutung gewinnen. Durch den Blick auf die Frühgeschichte des Neofaschismus läßt sich die Frage der Kontinuität: extreme Rechte in Weimar - NS - Bundesrepublik aufwerfen. Die Konfrontation der Weltanschauung mit der Praxis der Vernichtungspolitik mag dazu beitragen, daß Antifas nicht immer nur gebannt auf die Ideologie schauen, und dabei deren Funktion aus dem Blick verlieren.

In der Aufmachung erscheint das Buch etwas zu protzig - sie rechtfertigt den Preis kaum. Bei einem solchen Werk reicht auch das - vorhandene - Personenregister nicht aus; Stichwort- und Organisationsindex wären einer weiteren Auflage zu wünschen. Die breite Diskussion um das Buch und die große Nachfrage - so hatte der Verlag für das AIB kein Rezensions-Freiexemplar mehr übrig - lassen eine bald erscheinende und unbedingt wünschenswerte Taschenbuchausgabe vermuten, die dann hoffentlich auch für unsere LeserInnen erschwinglich ist.

Buerjes, Jule und Kleffner, Heike: »Hinter diesen Mauern«, Mumia Abu-Jamal und der lange Kampf um Freiheit. Kaos, Köln 1996, 70 Minuten.

Am 17. August 1995 sollte im US-Bundesstaat Pennsylvania der afro-amerikanische Journalist und ehemalige Black-Panther-Aktivist Mumia Abu-Jamal hingerichtet werden. Sein Fall – einer von mehr als 3.000 Todeskandidaten in den USA – erregte internationale Aufmerksamkeit. Der Hinrichtungsbefehl wurde schließlich zehn Tage vor dem Termin ausgesetzt. Pennsylvanias konservativer Gouverneur Thomas Ridge hat jedoch schon angekündigt, daß er zum juristisch nächst möglichen Zeitpunkt einen neuen Hinrichtungsbefehl für Mumia Abu-Jamal unterschreiben wird.

Der Film dokumentiert durch ein Interview mit Mumia Abu-Jamal vom Februar diesen Jahres, durch Gespräche mit politischen Weggefährten, Familienangehörigen, Prozeßbeteiligten und Archivmaterial wesentliche Teile von Abu-Jamals Biographie, den Prozeßverlauf und den langen Kampf für ein Wiederaufnahmeverfahren.

Eine Dokumentation, die wachrüttelt, fesselt und trotz ihrer Informationsgeladenheit nicht langweirig wird. Man sollte den Film nicht verpassen.

Im Verleih bei KAOS Film- und Videoteam, Genter Str. 6, 50672 Köln, Tel.: 0221/952 12 88.



Spanien:

Südzipfel der Europäischen Festung

Die Bundesrepublik Deutschland gilt als Exportweltmeister. Nicht allein in Sachen Industriegüter. Auch Deutschlands rigorose Abschottung gegenüber Flüchtlingen erfreut sich in anderen europäischen Staaten großer Beliebtheit. Das Schengener Abkommen macht ein gemeinsames Wirken der EU-Länder am Ausbau der Festung Westeuropa möglich.

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit der Einführung des Artikels 16a im Grundgesetz und dem Zaubermittelchen Drittstaatenregelung die Maßstäbe gesetzt. Der Staat, der einem Flüchtling den Eintritt in das vor Reichtum nur so strotzende Europa der 15 ermöglicht, muß ihn wieder zurücknehmen, denn nur in diesem Land darf Asyl beantragt und gewährt werden.

Der vermeintliche Schutz der westeuropäischen Wohlstandsinsel wird dort zum Problem, wo eine direkte Nachbarschaft zu jenen besteht, auf deren Rücken es sich der reiche Kontinent bequem macht. Die Bundesrepublik hat an ihren Ostgrenzen gezeigt, wie damit umzugehen ist: Schotten dicht, Aufrüstung des Bundesgrenzschutzes, ob daß kein einziger »Wirtschaftsasylant« Deutschlands wohlstandschauvinistisches Paradies zu stören vermag.

Andere EU-Staaten müssen und wollen nachziehen, die erfolgreiche Strategie der Bundesrepublik wird da mit Interesse und Anerkennung beobachtet. Auch Spanien sieht sich mit einem sogenannten »Flüchtlingsproblem« konfrontiert. Nur die Straße von Gibraltar schützt das südeuropäische Königreich vor dem »Ansturm« jener, auf deren Kosten mensch es sich in der EU gutgehen läßt. Die Aufrüstung der Küstenpolizei in den letzten Jahren war so eine klare Sache - der heimischen Rüstungsindustrie wirft man die Staatsgelder halt' lieber in den Rachen als irgendwelchen Menschen, die irgendwie irgendwoher gekommen sind, weil sie nicht mehr wissen, wohin.



Doch die Abschottung des Südausläufers der europäischen Festung gestaltet sich schwieriger als gedacht. Denn die ehemalige Entdeckernation hält hartnäckig an zwei Stützpunkten auf dem afrikanischen Kontinent fest. Jene beiden Städte - Ceuta und Melilla werden für Spaniens Abschottungspolitik problematisch, denn hier trennen nur wenige Meter Asphalt den europäischen Reichtum von jenen, die die Lasten desselben tragen müssen. Seit der verschärften Kontrolle der iberischen Küste, kommt es hier immer wieder zu Auseinandersetzungen, zwischen Flüchtlingen, die es irgendwie geschafft haben, die nordafrikanischen Ableger der EU-Festung zu erreichen, und spanischen Sicherheitskräften. Am 11. Oktober 1995 forderten heftige Zusammenstöße sogar ein Todesopfer.

Die Flüchtlinge, deren Abschiebung nach dem spanischen Ausländergesetz untersagt ist, wenn sie keine gültigen Papiere mit sich führen, haben nichts zu verlieren – ihre Situation ist miserabel. Sie sind in Lagern untergebracht, müssen unter verheerenden Bedingungen leben, die Überquerung des Mittelmeeres wird ihnen untersagt. Polizei und Armee schikanieren die rechtlosen MigrantInnen, die Bevölkerung demonstriert gegen sie und fordert ihre Abschiebung. Denn das Leid, das der eigene Reichtum anderen einbringt, ist in Europa nicht gern gesehen.

In den Morgenstunden des 17.Juni kam es in einem Flüchtlingscamp in Melilla, im Hof eines ehemaligen Krankenhauses untergebracht, zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Ein Mann aus Nigeria war zuvor ausgerastet und hatte andere Insassen angegriffen. Die verständigte Polizei rückte mit einem Großaufgebot an. Von der Polizei nichts Gutes gewöhnt und über einige Tage zuvor erfolgte Wasserkürzung ohne Angabe von Gründen erzürnt, empfingen die Flüchtlinge die Ordnungskräfte mit allerlei Wurfgegenständen. Daraufhin setzte die Policia Nacional Gummigeschosse »und andere Mittel der Aufstandsbekämpfung« ein, um »Ruhe und Ordnung wiederherzustellen« – wie tags darauf in spanischen Tageszeitungen zu lesen war. Insgesamt zehn leicht Verletzte hatte der Zwischenfall zur Folge,

sieben davon Polizisten. Weiteres Resultat war die Umstellung des Lagers durch uniformierte Einheiten. Nur eine fünfköpfige Komission der Flüchtlinge durfte passieren, um den lokalen Behörden ihre Forderung nach einer Einreiseerlaubnis auf das spanische Festland vorzutragen. Melillas Bürgermeister Ignacio Velázquez meinte, die MigrantInnen würden bloß eine Möglichkeit suchen, öffentliche Aufmerksamkeit für sich und ihre Situation zu erregen. Zugleich nutzte er aber die Möglichkeit, eine verbesserte Abriegelung seiner Stadt zu fordern – zum Beispiel durch den Bau einer Mauer rund um Melilla und tat sich als Befürworter einer Einreiseerlaubnis auf die iberische Halbinsel hervor. Das Innenministerium sagte zu, diese Möglichkeit zu prüfen. Während den tagelangen Prüfungsbemühungen der Regierung, blieb das Camp abgeriegelt, nur das Rote Kreuz und andere Hilfsorganisationen durften den über 150 in der Hitze schmorenden Menschen ab und zu etwas Wasser bringen. Am 20. Juni wurden die Gruppe dann von angereisten Sondereinsatzkommandos der Polizei geteilt. 56 Menschen, die an den Auseinandersetzungen vom 16.Juni nicht beteiligt gewesen sein sollen, »dürfen« weiterhin im Hof des ehemaligen Hospitals bleiben, weitere 103 wurden auf Befehl eines Richters ins südspanische Málaga gebracht. Dort sollten Gerichte über die Zukunft jener entscheiden, die ohne Ausweise waren.

Doch statt vor Gericht ging es für die 103 Identitätspapierlosen – immer von Spezialtruppen begleitet – am 23.Juni in aller Heimlichkeit auf einen Luftwaffenstützpunkt auf Gran Canaria. Die Menschenherumschieberei war damit noch nicht beendet. Vier afrikanische Länder erklärten sich bereit, die Flüchtlinge aufzunehmen. Guinea-Bissau, Senegal, Mali und übergangsweise Kamerun hatte Spanien als vorläufige Heimat der MigrantInnen auserwählt und diese Staaten finanziell »entschädigt«, sowie bessere Wirtschaftskontakte versprochen. Zuvor hatten es die Kleinstaaten Cabo Verde und Santo Tomé in geheimen Verhandlungen abgelehnt, den Südeuropäern ihre unerwünschten, aus insgesamt zwölf Ländern stammenden Gäste abzunehmen. Beide hatten vor einiger Zeit der Aufnahme von mutmaßlichen ETA-Aktivisten zugestimmt, seitens Spanien war jedoch die zugesicherte Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen ausgeblieben.

Die Bürgermeister von Ceuta und Melilla sahen die Massenabschiebung mit Genugtuung und forderten weitere derartige Maßnahmen. Spaniens Enklaven wollen für Touristen attraktiver werden, und in dieser Konzeption des reichen Urlaubsparadieses ist für »Wirtschaftsflüchtlinge« aus dem Süden kein Platz vorgesehen. Während Ignacio Velázquez sich sehr zufrieden zeigte, hat sein in Ceuta ansässiger Amtskollege Basilio Fernández López bereits gefordert, mit den ca. 300 in seinem Ort untergebrachten MigrantInnen ohne Aufenthaltsstatus ähnlich zu verfahren. Schließlich, darin sind sich die beiden Stadtoberhäupter einig, verursachen die Flüchtlinge nur Probleme – sozialer wie finanzieller Art. Von Madrid und Brüssel fordern sie, die unerträglich scheinende Last, den Anblick von MigrantInnen ertragen zu müssen, solle den südlichen EU-Bastionen abgenommen werden.

Die Geheimaktion des spanischen Innenministeriums hat aber auch für große Proteste gesorgt. Allen voran Juan Rafael Benítez, jener Richter, der die Verlegung der 103 Flüchtlinge von Melilla nach Málaga gestattet hatte. Er sei von einer weiteren Verschiebung nicht unterrichtet gewesen und verlange eine Erklärung für das Verhalten der Regierung, so Benítez Ende Juni. Auch die Organisation »Richter für die Demokratie« verurteilte in einer Pressemitteilung diese »Massenabschiebung, (...) die grundlegende Rechte der Immigranten verletzt hat«. Laut dem fortschrittlichen Richterverband sei die »skrupellose Verletzung von Grundrechten« politisch motiviert. Ebenfalls empört zeigten sich die beiden mitgliederstärksten Gewerkschaften Spaniens sowie die Oppositionsparteien, die die Aktion als »illegal« bezeicheneten, weil sie dem Ausländergesetz widerspreche. Die Vereinigte Linke und die Sozialdemokraten kündigten an, den Innenminister im Parlament mit Fragen zu diesem Vorfall zu »bombardieren«. Laut Susana López, bei der Vereinigten Linken für Migrationsfragen zuständig, bestätige dieser Vorfall die Meinung von Nichtregierungsorganisationen, die zuvor angeprangert hatten, in Spanien gebe es Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen. Von desaparecidos, Verschwundenen, ist die Rede; amnesty international berichtete außerdem von Folter in spanischen Gefängnissen. Selbst das Hohe Flüchtlingskommissariat der UNO entsandte am 1.Juli Vertreter nach Madrid, um von der Regierung Spaniens Einzelheiten über die Geheimoperation einzufordern. Mittlerweile beschäftigt sich die Staatsanwaltschaft Málagas mit der ungesetzlichen Abschiebeaktion.

Zeitgleich bietet Spanien Illegalen die Möglichkeit zur Legalisierung. Wer sich zwischen dem 23.April und dem 23.August dieses Jahres bei den Behörden meldet, bekommt eine Aufenthaltsgenehmigung. Bis Ende Juni haben mehr als 13.000 Menschen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Für 14 von ihnen wird es aber nichts mit der versprochenen Legalisierung. Sie befanden sich unter den 103 Abgeschobenen. ■

Priebke-Prozeß:

Rattenlinie, Kalter Krieg und bundesdeutsche Justiz

Die Strafaussetzung des ehemaligen stellvertretenden Kommandeurs der Gestapo-Zentrale in Rom, Erich Priebke, durch ein italienisches Militärgericht hat zu heftigen Protesten in Italien geführt. Mehr als 500 DemonstrantInnen belagerten das Gerichtsgebäude, so daß Priebke und die Richter es für acht Stunden nicht verlassen konnten. Der Stadrat von Rom ließ die Lichter an allen Denkmälern und historischen Bauten löschen. Unklar ist, ob Priebke an die Bundesrepublik ausgeliefert wird. Dies ist nur möglich, wenn sein Urteil in Italien noch nicht letztinstanzlich (egal, ob Haftstrafe oder Freispruch) gefällt ist. Die Diskussion um Priebkes Auslieferung ruft wieder die Praxis der bundesdeutschen Rechtsprechung gegenüber NS-Verbrechern ins Gedächtnis. Auch zeichnet sich im Komplex Priebke bereits schemenhaft die typische Nachkriegskarriere von NS-Verbrechern ab: kurze Alliertenhaft, Flucht über die »Rattenlinie«, Arbeit für westliche Geheimdienste...

Bei einer Überstellung Priebkes in die BRD wäre eine Verurteilung sehr unwahrscheinlich. Der Autor des Standardwerkes »Furchtbare Juristen«, Ingo Müller, hat darauf hingewiesen, daß Priebke in der Bundesrepublik Freiheit und sogar eine Rente winken würden.

Die Nazi-Verbrecher seien in der Regel vor deutschen Gerichten als »Gehilfen« behandelt worden. Die »Täter« waren die Führer des Regimes, Hitler, Himmler, Kaltenbrunner. Als Gehilfe bekamen die NS-Verbrecher geringe Strafen, seit Ende der 60er Jahre sind Beihilfehandlungen sogar automatisch verjährt. Angeblich war die unscheinbare Gesetzesveränderung, die dies ermöglichte, ein Versehen und geschah rechtzeitig vor der großen Verjährungsdebatte zu NS-Verbrechen 1969.

Unter Völkerrechtlern ist die Erschießung von Zivilisten makabrerweise als Vergeltung für getötete Soldaten anerkannt. Viele halten zehn Zivilisten für einen Soldaten für angemessen. Priebke hätte demnach fünf zu viel umgebracht. Aber selbst diese »nicht gerechtfertigten« Erschiessungen würde die deutsche Justiz wahrscheinlich nur als Totschlag werten und wären im Fall Priebke 1960 verjährt. Einer Einstufung als Mord müßten nach Strafgesetzbuch Heimtücke oder Grausamkeit oder niedere Beweggründe zugrunde liegen. Würden die Richter das Priebke-Massaker als Tat interpretieren, die von der NS-Führung befohlen oder geduldet wurde, wäre Priebke wiederum aus dem Schneider: Es wäre dann Beihilfe zum Mord und wiederum 1960 verjährt.

Befände das Gericht, die NS-Führung hätte die Geisel-Erschießungen nicht gebilligt, würde Priebkes Tat nicht unter die Unverjährbarkeit für Mord fallen, die erst 1979 beschlossen worden ist. Seine Morde wären in diesem Fall im März 1969 verjährt gewesen.

Mit anderen Worten, Priebke hat von einer Auslieferung nichts zu befürchten. Im Gegenteil, er könnte nicht mehr nach Italien ausgeliefert werden und wäre sicher vor weiteren Verfahren der italienischen Justiz. Der Strafrechtler Ingo Müller verweist darauf, daß Priebke wahrscheinlich in der BRD wie die anderen NS-Verbrecher nachversichert und so in den Genuß einer Rente kommen würde.

Flucht über die Rattenlinie

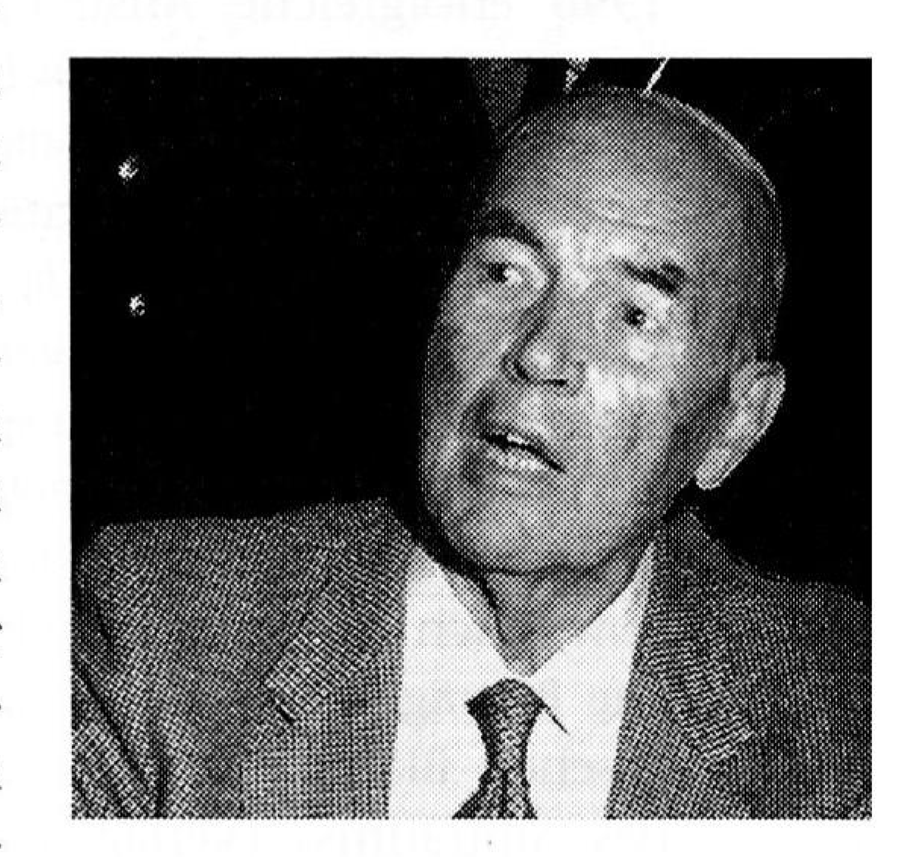
Priebke war im Rahmen des Under-Cover-Unternehmens des israelischen Journalisten Yaron Svoray ins Visier des amerikanischen Wiesenthal-Zentrums geraten. Als sich der ehemalige Offizier des Wehrmachtsgeheimdienstes ABWEHR und fleissiger Produzent antisemitischer Bücher, Reinhard Kops alias Juan Maler, unter Druck gesetzt fühlte, verwies er auf Priebke. Er selber hingegen sei doch nur ein kleiner Fisch. Kops war bei den Nazis in der blutigen Partisanenbekämpfung am Balkan eingesetzt und nach Kriegsende aus einem englischem Gefangenenlager »entlaufen«. In der Folge arbeitete er für den Vatikan als Flüchtlingskommissar, d.h. in der Praxis, er schleuste Nazi-Kriegsverbrecher über die »Rattenlinie« ins Ausland. 1947 machte er sich selber über diesen Weg auf nach San Carlos de Bariloche in Argentinien.

Sein dortiger Nachbar Erich Priebke hatte bei der Befreiung des italienischen Diktators Mussolinis mitgewirkt. Am Kriegsende befand er sich auf italienischen Boden in amerikanischer Haft. Wie aus Unterlagen aus den US National Archives in Washington hervorgeht, entkam er dort dreimal seinen Bewachern. Beim letzten Mal gelangte er über die Rattenlinie nach Argentinien.

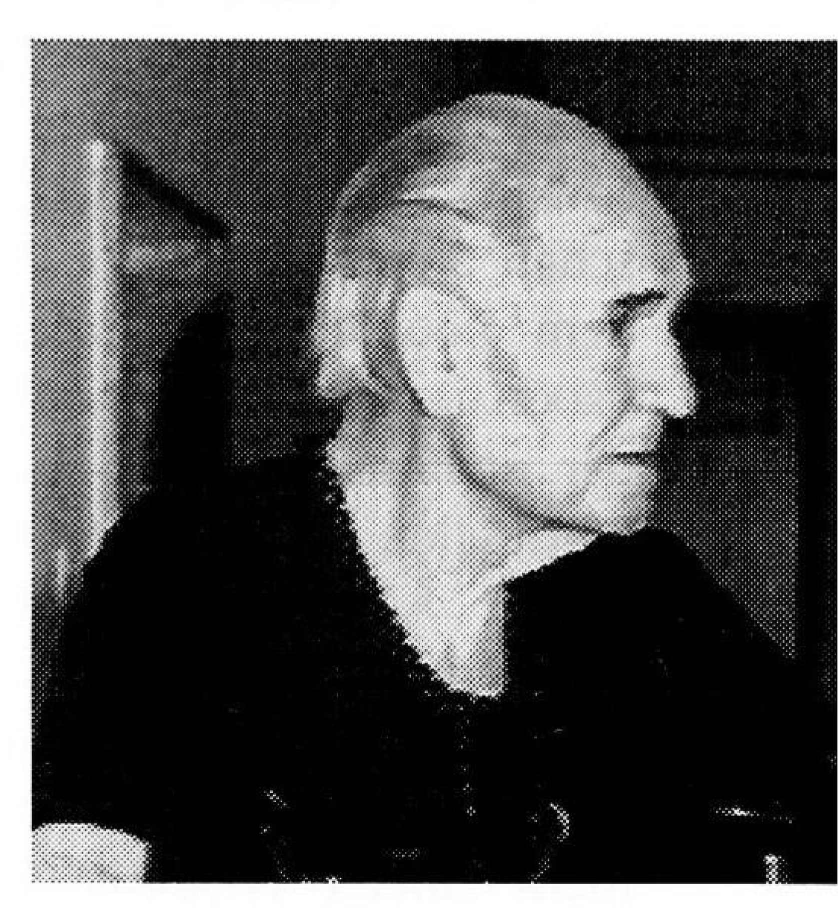
Im argentinischen Bariloche sammelte sich eine Kolonie von Altnazis, Priebke wurde dort Vorsitzender des Deutsch-Argentinischen Kulturvereins und Direktor einer deutschsprachigen Schule. In dem Prozeß in Italien hatten mehrfach Sachverständige geäußert, daß Priebke wie andere Nazis in Lateinamerika auch, den Schutz internationaler Geheimdienste genossen hätten.

In Richtung Unterstützung durch Geheimdienste weist auch der Fall des Priebke-Zeugen Karl Hass - eventuell auch auf ein noch intaktes NS-Netz. Der frühere SS-Major Hass aus der 6. SS-Kompanie war an der damaligen deutschen Botschaft in Rom, der Villa Wolkonsky, stationiert. Heute befindet sich dort die britische Botschaft. Die ermittelnde Dortmunder Staatsanwaltschaft hatte Hass bis zu seiner Zeugenaussage in Rom für tot gehalten. Von den Allierten war Hass 1945 gesucht worden, die Feststellung seines Todes ging 1947 nach Berlin. 1953 wurde seine Todesurkunde ausgestellt, die jedoch 1965 annulliert wurde. Hass bemühte sich inzwischen um eine Kriegsrente und hat sie wahrscheinlich auch jahrzehntelang bezogen. Ob direkt oder über eine Mittelsperson, könnte weiteren Aufschluß darüber geben, von welchen Stellen in der BRD er gedeckt worden ist.

Hass, der von italienischen Journalisten aufgespürt worden war und ein Interview gegeben hatte, reiste daraufhin nach Genf, wo ein Sohn von ihm lebt. Als der Anklagevertreter im Priebke-Prozeß das Interview las, nahm er Kontakt zu Hass auf. Er versprach ihm, daß er seinen Paß behalten könne und ihm keine Fragen zu seiner Vergangenheit gestellt würden, wenn er als Zeuge im Priebke-Verfahren auftreten würde. Hass stimmte zu und kehrte nach Italien zurück. Am folgenden Morgen fanden die Polizisten, die ihn schützen sollten, verletzt vor dem Hotel. Der 84jährige Hass hatte versucht,



oben: Ex-SS-Hauptmann Priebke
unten: Ex-SS-Major Hass



aus dem zweiten Stock aus dem Fenster zu kletternen. Was hatte Hass zu dem Fluchtversuch bewogen, schließlich war er doch freiwillig gekommen? Sogleich kursierten Gerüchte, daß das sagenumworbene Nazi-Nachkriegsnetz ODESSA Hass eine eindringliche Drohung übermittelt hatte.

Hass muß einflußreiche Schützer in Italien gehabt haben. Als die Nazis die Regie in Italien im September 1943 übernahmen, machte Hass seine Gestapo-Arbeit im deutschen Botschaftsgebäude. Im gleichen Monat sind 700 Italiener, die bei der Schlacht von Porta San Paolo gefangenA genommen wurden, Hass übergeben und in der Botschaft inhaftiert worden. Der italienische Partisan Franco Napoli beschuldigt in senem Buch »Villa Wolkonsky« Hass, alle Gefangenen exekutiert zu haben. Napoli behauptet, daß sie in einem Massengrab auf dem Botschaftsgelände verscharrt worden sind. Die britische Regierung hätte die Möglichkeit, es aufzudecken...

Ein weiterer Fragenkomplex betrifft das von den Nazis zusammengeraubte Gold aus ganz Europa. Der Geheimagent und Gestao-Mitarbeiter und spätere Vorsitzender der Geheimloge P2, LICIO GELLI, soll ein Teil des Goldes aus Jugoslawien herausgeschmuggelt haben. Nach Hass wurde das Gold nach Berlin zur Finanzierung der Industrie verschifft.

Es drängt sich auch die Frage auf, ob Hass nicht auch mehr über die Befreiung seines früheren Vorgesetzten KAPPLER, des Gestapo-Chefs von Rom, aus italienischer Haft weiß. Die Aktion Ende der 70er habe sie allein organisiert, behauptete damals Kapplers Ehefrau. Hass hat Kontakt zu Altnazis gehabt, darunter auch Priebke aus Argentinien. Ob es sich dabei um ein weiter aktives NS-Netz handelt, läßt sich noch nicht sagen. Inzwischen sollen in Italien Dokumente aufgetaucht sein, die Hass in Verbindung mit dem NATO-Terrornetz GLADIO bringen. ■

Russland

Im Osten was Neues

Die »Synergies Européennes«, das europäische »neu«rechte Netzwerk um ROBERT STEUCKERS, bleibt weiter auf Expansionskurs. Nachdem im Herbst vergangenen Jahres eine deutsche Sektion unter Führung des Hamburgers MARK LÜDDERS gegründet worden war, wurden im April 1996 erfolgreiche Anstrengungen unternommen, um einen russischen Ableger ins Leben zu rufen. Zu diesem Zweck reiste eine französische Delegation, bestehend aus dem Präsidenten GILBERT SINCYR, dem Vizepräsidenten der dortigen Sektion LOUIS SOREL und ihrem Generalsekretär JEAN DE BUSSAC, für eine Woche nach Moskau. Dort hatte der ehemalige Dissident ANATOLI IWANOW, auch in Deutschland durch zahlreiche Beiträge und Interviews in neofaschistischen Blättern sowie sein Buch »Logik des Alptraums« (Verlag der Freunde) bekannt, gemeinsam mit dem Geschäftsmann LOUKIAN STROGOFF ein umfangreiches Besuchsprogramm vorbereitet.

Die Kontakte erstreckten sich dabei über die gesamte Breite des neofaschistischen Spektrums. Zusammenkünfte gab es sowohl mit dem nationalbolschewistischen Schriftsteller EDUARD LIMONOW und dem neurechten Journalisten ALEXANDER PROCHANOW oder den beiden Herausgebern der neofaschistischen, hauptsächlich mit kulturellen Themen befaßten Jugendzeitschrift »Ataka« (»Angriff«), die einer zukünftigen Zusammenarbeit zustimmten, als auch mit den Parlamentsabgeordneten General VIKTOR FILATOW, DYJAKOW und nicht zuletzt WLADIMIR SCHIRINOWSKI. Mit letzteren allerdings hatte man sich anscheinend nur wenig zu sagen. Es wurde lediglich ein Austausch von Publikationen vereinbart. Erfolgversprechender waren dagegen die Zusammenkünfte mit dem Professor für Geopolitik an der Militärakademie Frunse OBERST E. MOROZOV und verschiedenen Vertretern politisch-esoterischer Gruppierungen.

Greifbarstes Ergebnis des Besuches war allerdings die Ernennung von Anatoli Iwanow zum offiziellen Vertreter der »Synergies Européennes« in Rußland. Da bereits vor diesem Besuch vielfältige Kontakte bestanden hatten, ist davon auszugehen, daß es in absehbarer Zeit auch hier eine Sektion der »Synergies Européennes« geben dürfte. Nachdem ALAIN DE BENOIST seine Beziehungen nach Rußland bereits vor einiger Zeit abgebrochen hat und seinen ehemaligen Bündnispartner ALEXANDER DUGIN inzwischen als Psychopathen bezeichnet, scheint sich auch in diesem Land ein Positionsvorsprung für die Konkurrenz um Robert Steuckers anzubahnen. (Jean Cremet)

USA

Frauenspezifischer Fluchtgrund: Anerkennung in den USA

Die oberste Berufungsinstanz der US-Einwanderungsbehörde hat nach einer dpa-Meldung aus dem Juni in einem Präzedenzfall einer Frau aus Togo das Recht auf politisches Asyl zugesprochen. Als Fluchtgrund akzeptierte das Gericht die Bedrohung der Frau durch Klitorisbeschneidung, die in vielen afrikanischen Ländern noch traditionell durchgeführt wird. Die Bedeutung der Entscheidung, die nun in den USA als verbindliches Recht gilt, darf nicht unterschätzt werden: Unseres Wissens wird damit international erstmals eine frauenspezifische Form von Verfolgung als Grund für politisches (!) Asyl anerkannt.

Die US-Einwanderungspolitik kann kaum als moderat gelten, umso mehr ist die Entscheidung zu begrüßen. Deutschland, für Afrikanerinnen geographisch viel leichter zu erreichen und de facto Einwanderungsland für etliche Frauen aus Ländern, in denen derartige Verstümmelungen noch Praxis sind, ist von einer solchen Regelung natürlich weit entfernt. Schwerer wiegt in unseren Augen noch, daß die deutsche antirassistische Bewegung in ihrem Abwehrkampf gegen die Abschaffung des Asylrechtes die noch in den 80er Jahren gängige Forderung nach der Durchsetzung frauenspezifischer Fluchtgründe beim Anspruch auf Asyl fast völlig aus den Augen verloren hat. Schon darum verdient die Entscheidung besondere Beachtung.

Guatemala

Bayer in Guatemala

Der deutsche Pharma-Konzern BAYER hat einen Werbeslogan in Guatemala zurückgezogen, der makabre Bezüge zu seiner Vergangenheit als IG Farben-Konzern herstellt. IG Farben hatte das Gas Zyklon B zur Ermordung der jüdischen KZ-Gefangenen hergestellt. Jetzt hatte BAYER mit dem Slogan geworben: :»*Sudden Death ist eine deutsche Spezialität.*« Gedacht war es als eine Anspielung auf das Golden Goal der deutschen Fußballnationalmannschaft gegen Tschechien.

Großbritannien

Adolf von Thadden war Agent

Der kürzlich verstorbene frühere NPD-Vorsitzende ADOLF VON THADDEN soll für den britischen Geheimdienst gearbeitet haben, berichtete das britische Antifa-Magazin SEARCHLIGHT in der September-Ausgabe. Hohe britische Geheimdienstoffiziere bezeichneten ihn als wertvollen Mitarbeiter zu den besten Zeiten seiner Nazi-Nachkriegskarriere.

Abo & Nachbestellung

Abos

Ein Abo kostet 30.- DM für fünf Ausgaben, bei zwei Exemplaren pro Ausgabe 50.- DM. Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten fünf Ausgaben. Wenn Du diese bezahlst, läuft das Abo weiter, wenn nicht, gilt dies als Kündigung.
Abos müssen bezahlt sein, bevor wir sie rausschicken, egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung. Bei Überweisungen bitte immer ganz sorgfältig drauf schreiben, von wem und für was das Geld ist. Besonders freuen wir uns über Förderabos und sonstige Spenden, da wir an notorischer Geldknappheit leiden.

○ Ich abonniere das Antifa Infoblatt ab Ausgabe Nr. ____ (incl.).

○ Geschenkabo: Ich möchte an die untenstehende Person ein Abo verschenken.

○ Knastabo: Ich übernehme ein Knastabo für untenstehende Person oder ihr sucht jemanden aus.

Nachbestellung

Die bereits erschienen Ausgaben können nachbestellt werden. Ausverkaufte Ausgaben sind nur noch als Kopien für Archive und in Sonderfällen erhältlich. Die Preise entnehmt bitte der nebenstehenden Liste. Zu dem Preis für die Ausgaben kommt nochmal der entsprechende Portobetrag dazu (3,- DM bis fünf Stück, darüber 7,- DM) und es muß ebenfalls im Voraus bezahlt werden.

○ Ich bestelle folgende alte Ausgaben / AIB-Pakete: ____

Adresse:

Den Betrag von ____ DM habe ich bar / als Scheck beigelegt / überwiesen (Beleg liegt bei).

Weiterverkauf

Bedingungen

Darüber freuen wir uns besonders. Ihr sagt uns, wieviele Ausgaben (mind. drei) Ihr haben wollt und ab welcher Ausgabe. Wir verschicken die Ausgaben mit beiliegender Rechnung. Vorkasse ist schön, aber nicht Bedingung. Die Preise stehen unten. Nicht verkaufte Exemplare könnt Ihr zurückschicken.

Preise

ab drei Stück pro Ausgabe: 5,00 DM
ab fünf Stück:20% Rabatt
ab 50 Stück:25% Rabatt
(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

Ich möchte das Antifa-Info weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung, die ich auf Euer Konto überweise.

○ Bitte sendet mir ____ Hefte ab der Nr. ____ solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile, an folgende Adresse:

Adresse:

Konto: J. Lehmann, Kto-Nr.: 411 960 - 105
BLZ: 100 100 10, Postbank Berlin

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist. Als Absender bitte Name und Adresse angeben, wenn bereits eine Lieferung erfolgt ist, unbedingt die Lieferadresse angeben.

Alte, noch lieferbare AIBs

AIB 11 (5/90): 3,00 DM
- Nationalismus
- »Neue Rechte«
- »Lebensschützer«
- Ausländer/innengesetz
- Kohls Statthalter in der DDR

AIB 13 (Win/90): 3,00 DM
- Rassismus: die Saat geht auf
- Ex-DDR: Linke zieht Kopf ein
- Interview: FAP von innen
- die »Deutsche Alternative«
- Italien

AIB 14 (Früh/91): 3,00 DM
- Gladio
- Antifa in Leipzig
- die »Deutsche Allianz«
- Interview mit franz. Antifas

AIB 15 (Som/91): 3,00 DM
- Gegen den Antisemitismus
- DDR wird abgewickelt
- Antifa-Aktionen zum 20.4.
- Polen

AIB 16 (Win/91): 3,00 DM
- Mete Ekci ermordet
- Flüchtlinge i. d. Innenpolitik
- Pogrom von Hoyerswerda
- Schweden & England

AIB 17 (3/92): 4,00 DM
- Kühnen-Beerdigung, Fiasko für seine Erben
- »Revisionismus« als faschistische Strategie
- Schweden & Frankreich

AIB 18 (5/92): 4,00 DM
- die »Neue Rechte«
- Neues von der GdNF
- Rassismus in Medien & auf der Straße
- Dänemark

AIB 19 (7/92): 4,00 DM
- Wunsiedel
- HIAG - die SS heute
- Banknotenfälschung im KZ
- Kroatien, CSFR, Südafrika
- Diskussion: Organisierung & Kaindl

AIB 21 (3/93): 4,00 DM
- Rechte Jugendarbeit?
- Demos und Lichterketten
- Verbote von Nazigruppen
- Morde an Antifas

AIB 22 (5/93): 4,00 DM
- Asylgesetze
- Freiwillige Polizeireserve
- GdNF intern
- »Deutsche Liga«
- Die Nationalen
- Frauen i. d. Naziskinszene

AIB 23 (Som/93): 4,00 DM
- Solingen: Einzeltäter?
- Behinderte im NS
- DESG und Denkfabrik
- »Die Bürger«
- die alte »Neue Front«
- die hist. Antifaschist. Aktion

AIB 24 (10/93): 4,00 DM
- NF- & NB-Nachfolgegruppen
- Aufmarsch in Fulda
- VDA
- Junge Freiheit
- Südafrika

AIB 25 (12/93): 4,00 DM
- Verhaftungen wg. Kaindl
- Nazi-Rock i.d. BRD
- Staatlicher Rassismus
- Eichberg, Burschenschaften
- Organisierung d. Nazisszene

AIB 26 (3/94): 5,00 DM
- Innere Sicherheit, Briefbomben, Anti-Antifa
- »Moderne Zeiten«
- Roma in Europa

AIB 27 (6/94): 5,00 DM
- illegale NSDAP
- FAP-Aufmarsch verhindert
- CDU und Innere Sicherheit
- Italien: Faschisten a.d. Regierung

AIB 28 (11/94): 5,00 DM
- der Apparat rückt nach rechts
- NF-Nachfolge
- Nationalbolschewismus
- Prozeßbeginn in Berlin
- Schweden: VAM

AIB 29 (3/95): 5,00 DM
- Wohin treibt die FDP?
- Frauen und Neofaschismus
- Einblick-Prozeß
- DKeG
- die KZs Oranienburg & Treblinka

AIB 30 (6/95): 5,00 DM
- Werwolf - Nazis go terror
- Gedenkveranstaltungen zur Befreiung
- der 8. Mai und die Rechte
- Anschlag in Oklahoma

AIB 31 (9/95): 5,00 DM
- aus dem Parteiarchiv der NF
- Roskilde: Nazis packen ein
- Verbrechen der Wehrmacht
- der Begriff »Neue Rechte«
- Frauen in der Anti-Antifa

AIB 32 (11/95): 5,00 DM
- Ausbau der Inneren Sicherheit
- Graue Wölfe
- Veganer auf rechtem Weg?
- Österreich: Prozeß, Bomben, Wahlen

AIB 33 (2/96): 5,00 DM
- Runde Tische
- das Netzwerk der Neonazis
- Beilage: Faschismus i.d. USA
- Nazis i.d. Hermann-Niermann-Stiftung
- »Lebenslänglich« im ersten Söldnerprozeß

AIB 34 (5/96): 5,00 DM
- Schwerpunkt: Deutschland auf dem Weg zur Weltmacht
- Umstrukturierung d. Naziskinszene
- »Befreite Zonen«
- Oklahoma-Prozeß

AIB 35 (7/96): 5,00 DM
- Nazis in der Offensive
- Aufmarsch in Marzahn
- neue Bedeutung der JN
- Ostpreußenblatt
- Band-Interview: rechte Grufties?

AIB 36 (9/96): 5,00 DM
- Schwerpunkt: Regionalismus
- Schwerpunkt: Lübeck - Grevesmühlen
- Aufmärsche zum 17.8.
- Interview mit der Antifa (M)
- Geschichte: die Sudetendeutschen

AIB-Pakete

AIB-Paket 1: Ausgaben 11,13,14,17,18,23 für 15,- DM incl. Porto.
AIB-Paket 2: Ausgaben 25,26,27,28,29,30 für 20,- DM incl. Porto.
AIB-Paket 1+2 zusammen gibt´s für 30,- DM incl. Porto.